

Abonnements-Bedingungen:
Wochenblatt 1.20 RM, monatlich 1.10 RM,
jährlich 12.00 RM, ...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
eine oder deren Raum 50 Pfg., für
vollständige und gewerkschaftliche
Berichtungs- und Besprechungs-Artikeln 30 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg., Stellenangebote und
Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg., ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Produktivität des Unternehmertums und der Arbeiter.

I.

Die „Kreuz-Ztg.“ verspürt allem Anschein nach seit ihrem jüngsten Redaktionswechsel den Ehrgeiz, zu ihren alten Traditionen aus den sechziger Jahren zurückzukehren. In der richtigen Erkenntnis, daß ihrer junkerlichen Leserschaft auf den Mitteltägern Ostelbiens nichts mehr fehlt als volkswirtschaftliches Wissen, beginnt sie wieder nach altem wagnerischen Rezept Rationalökonomie zu dozieren; doch die Zeiten ändern sich — die politischen Größen, die heute als Nachfolger eines Hammerstein und Kropatschek auf den Redaktionsbänken des feudalen Blattes thronen, haben von den geistigen Fähigkeiten des alten Bismarckschen Intimus nichts geerbt, und so besteht das Resultat ihrer Anstrengungen in Leistungen, die qualitativ fast noch tiefer stehen, als die malthusianistisch-feudalistisch-freihändlerischen Zeitartikeln, mit denen Ende der vierziger Jahre Graf L. v. Pfeil die „Kreuz-Ztg.“ versorgte.

Eine der schönsten Blüten dieses Ehrgeizes bildet der vor einigen Tagen von dem ehrsamem Blatt gegen die Marx'sche Mehrwerttheorie veröffentlichte Artikel „Die Produktivität des Unternehmertums und der Arbeiter“. Das Blatt hat sich, wie es selbst gesteht, sehr darüber geärgert, daß jüngst im Reichstag von sozialdemokratischer Seite behauptet worden ist, der Reichtum werde so gut wie ausnahmslos nicht durch eigene, sondern durch Anwendung fremder Arbeit gewonnen und für einen Millionär müßten immer fünfhundert „armer Teufel“ teilweise umsonst arbeiten. Nach Ansicht der „Kreuz-Zeitung“ ist das natürlich eine grundsätzliche Auffassung — in sonderbarer Ueberschätzung ihrer Qualifikation begnügt sie sich jedoch nicht damit, das nur zu behaupten, sie unternimmt es auch, die Richtigkeit ihrer Ansicht zu beweisen.

„Der Unternehmer“, schreibt sie, „bezahlt nach Marx in dem Arbeitslohn nur den Tauschwert, nicht den Gebrauchswert der Arbeitskraft; die Differenz, den „Mehrwert“ an „unbezahlter Arbeit“, eignet er sich widerrechtlich an, und aus diesem Raube bildet er seine Kapitalien. Wenn es hoch kommt, so wird dem Unternehmer ein Anteil an dem Arbeitsprodukt nach Maßgabe der von ihm geleisteten „notwendigen Arbeitszeit“ zugewilligt; denn nur die Arbeitszeit der Arbeiter, und zwar die „gesellschaftlich notwendige“, d. h. die nach dem jeweiligen technischen Standpunkt erforderliche, ist Maß des Wertes, wie die Arbeit einziger Quell der Wertbildung ist, so daß alle Waren, auch die wertvollsten, nur als „Arbeitsfrucht“ der allein wertbildenden Substanz, d. h. eben der Arbeit erscheinen.

Wegen nun die „führenden“ Geister unserer Sozialdemokratie wenigstens stillschweigend noch einen Unterschied zwischen höherer und niedriger, zwischen qualitativer und quantitativer Arbeitsleistung zugeben: in die verhegten Massen dringen solche Unterscheidungen nicht. Hier gilt nur die ihnen allein verständliche und zugleich ihren unklaren Instinkten schmeichelnde Vorstellung von der alleinigen Berechtigung der niederen, äußerlich erkennbaren und meßbaren, in irgend einem körperlichen Gegenstande, z. B. einem Paar Stiefel oder einem Eisenbahnwagen, einem Bau und dergleichen, niedergelegten Arbeit, wie sie selber sie leisten und zu beurteilen wissen.“

Ganz recht, nach Marx bezahlt der Unternehmer in dem Arbeitslohn nur den Tauschwert, nicht den Gebrauchswert der Arbeitskraft — allerdings nur ungefähr den Tauschwert, denn wie der Preis aller anderen Waren wird auch der Preis der Ware „Arbeitskraft“, der Arbeitslohn, durch Angebot und Nachfrage bestimmt und steht je nach der Lage des Arbeitsmarktes bald über, bald unter seinem Tauschwert.

Was ist nun dieser Tauschwert? Die Arbeitskraft setzt die Existenz des Arbeiters voraus, d. h. um Arbeit leisten zu können, muß der Arbeiter leben, und dazu gebraucht er eine gewisse Summe von Unterhaltsmitteln. Demnach besteht zunächst der Tauschwert seiner Arbeitskraft aus der Arbeitszeitsumme, die durchschnittlich zur Herstellung dieser Unterhaltsmittel unter den gesellschaftlich gegebenen Erzeugungsbedingungen erforderlich ist. Außerdem aber gebraucht der Arbeiter in fast allen Arbeitszweigen — in dem einen mehr, in dem anderen weniger — eine gewisse Bildung und Arbeitsfertigkeit (Geschicklichkeit). Auch die Kosten zur Erlangung dieser Arbeitsqualität gehören zu den Erzeugungskosten der Arbeitskraft; und ferner gehört dazu die Summe der Lebensmittel, die der Arbeiter notwendig zur Erhaltung einer Familie braucht, denn soll der Produktionsprozeß seine stetige Fortsetzung finden, so ist dazu nötig, daß nicht nur der Arbeiter selbst existiert, sondern auch neuer Nachschub, neue Arbeitskräfte entstehen.

Diesen Tauschwert der Arbeitskraft bezahlt der Unternehmer im Arbeitslohn nicht immer voll, sondern oft weniger, manchmal auch etwas mehr, je nach der Lage des Arbeitsmarktes. Der Unternehmer läßt nun aber den Arbeiter nicht nur so lange arbeiten, bis dieser so viel Wert erzeugt, als er an Arbeitslohn erhalten hat, sondern weit länger. Zahlt der Unternehmer dem Arbeiter z. B. pro Tag 4 M., so läßt er diesen nicht nur so lange arbeiten, bis dieser den von ihm bearbeiteten Gegenstand 4 M. an Wert zugefügt hat, sondern

darüber hinaus. Schüße der Arbeiter nur so viel neuen Wert, als er an Lohn erhalten hat, so hätte für den Unternehmer das ganze Verfahren keinen Zweck; denn er würde dann an seinem Arbeiter rein gar nichts verdienen und hätte obendrein noch die Last und Sorge, die hergestellten Erzeugnisse zu ihrem Werte an den Mann zu bringen. Der Unternehmer läßt also den Arbeiter länger arbeiten, als dieser zur Erzeugung eines seinem Arbeitslohn entsprechenden Wertes gebraucht, und diese unbezahlte Arbeit nennt Marx „Mehrarbeit“, und den durch solche Mehrarbeit geschaffenen überschüssigen Wert „Mehrwert“.

Daß solche „Mehrarbeit“ in unserem heutigen Wirtschaftssystem ständig stattfindet, vermag die „Kreuz-Ztg.“ nicht zu leugnen; sie sucht deshalb den Anschein zu erwecken, als berücksichtigten die marxistischen Theoretiker gar nicht die werthschaffende Tätigkeit der Unternehmer. Das ist eine absichtliche Verdrehung. Soweit der Kleinmeister selbst mit Hand anlegt oder der Großunternehmer zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötige technische oder kaufmännische Arbeiten leistet, haben sie, gleich dem Arbeiter, Anspruch auf eine Entschädigung, die dem Marktpreis ihrer Arbeitsleistung entspricht. Es ist eine direkte Fälschung, wenn die „Kreuz-Ztg.“ behauptet, die Sozialdemokratie bemesse alle unter dem heutigen Wirtschaftssystem geleistete Arbeit gleichwertig, und nur die „führenden“ Geister erkannten allenfalls stillschweigend einen Unterschied zwischen höherer und niedriger, qualitativer und quantitativer Arbeitsleistung an. Diese Unterscheidung wird nicht nur von Marx in seinem „Kapital“ selbst aufgestellt und begründet, sie findet sich auch in allen neueren sozialistischen Schriften, soweit diese sich mit der Mehrwerttheorie beschäftigen. Marx bestimmt — um ein Beispiel anzuführen — den Unterschied folgendermaßen: „Die Arbeit, die als höhere, kompliziertere Arbeit gegenüber der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit gilt, ist die Aueberung einer Arbeitskraft, worin höhere Bildungskosten eingehen, deren Produktion mehr Arbeitszeit kostet und die daher einen höheren Wert hat, als die einfache Arbeitskraft. Ist der Wert dieser Kraft höher, so äußert sie sich auch in höherer Arbeit und vergegenständlicht sich daher, in denselben Zeiträumen, in verhältnismäßig höheren Werten.“

Das ist kaum mißzuersehen; und die ganze Unterstellung, die sich die „Kreuz-Ztg.“ gestattet, hat denn auch keinen anderen Zweck, als den sogenannten „Arbeitsverdienst“ der Unternehmer mit dem Unternehmergewinn zu identifizieren und den letzteren als einfache Vergütung für die Arbeitsleistung des Unternehmers erscheinen zu lassen. Nachdem nämlich die „Kreuz-Zeitung“ noch etwas über den zunehmenden Dünkel der Arbeiterklasse räsonniert und als Beispiel für deren Einfältigkeit erzählt hat, daß man heute selbst in Mecklenburg auf dem platten Lande Nebenwendungen höre, wie z. B.: „Wi nit Jug doch dat Geld verdeen“, leistet sie sich folgende hochkomische Widerlegung der Werttheorie:

Als der ungergehlliche Frey Reuter seine „Stromtid“ schrieb, wußten die Tagelöhner von Hünphagen noch ganz genau, weshalb sie durchaus ihren „ollen Entspelter Hawermann zurückhaben wollten; sie spürten es an ihrem eigenen Leibe, daß ohne die sachkundigen, umsichtigen Dispositionen Hawermanns ihre eigene noch so fleißige Arbeit nichts, aber auch rein gar nichts wert war. Und heute? Wenn es mit der Verblödung und Aufhebung der Massen so weiter geht, so soll es uns nicht wundern, wenn man uns eines schönen Tages nachweist, die klassischen Bauwerke Athens, Rom's und der anderen Hauptstädte seien durchaus nicht Schöpfungen genialer Künstler, sondern Arbeitsprodukt wackerer Maurer- und Zimmergefallen, oder wenn „wahrhaft auf-gelärte“ Männer des Volkes uns mittelbig lächelnd auseinandersetzen, Goethes „Faust“ sei als „ökonomische“ Leistung im wesentlichen das Werk von Schreibern, Setzern und Druckern, die es innerhalb der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ zu einem verkäuflichen Arbeitsprodukt gemacht hätten und eigentlich von dem alten Goethe oder seinen Rechtsnachfolgern allen über den gezahlten Arbeitslohn hinausgehenden Ertrag der sämtlichen Auflagen des Werkes als widerrechtlich einbehaltenen „Mehrwert“, als „unbezahlte Arbeit“ wieder zurückfordern müßten.

Es ist jedenfalls Zeit, den der Menge ja leicht und angenehm eingehenden Vorstellungen von dem ausschließlichen Werte der äußeren, körperlichen Arbeit plannmäßig und energisch entgegenzutreten. Die Erkenntnis muß wieder Gemeingut werden, daß der Unternehmer nicht einfach „Ausbeuter“ oder Antreiber des eigentlich schaffenden Produktionsfaktors, der äußerlich erkennbaren und meßbaren Arbeit, sondern diesem Faktor völlig gleichwertig, ja zu dessen Führung berufen ist. Man denke doch nicht, daß es sich dabei nur um einen theoretischen Streit handle. Ganz im Gegenteil! Der in unsere Arbeitermassen sich immer tiefer hineinschneidende Irrtum, daß sie die alleinigen „Drotverdiener“ seien und die Herren ihnen bloß als „Ausbeuter“ gegenüberständen, ist die Wurzel, welche der Umsturzdree unaufhörlich auch die stärksten praktischen, weil aus den Tiefen der mißleiteten Volksseele hervorgeholten Triebkräfte liefert.

Der Grundirrtum der sozialdemokratischen Auffassung von der Wertbildung liegt aber in dem Mangel an Unterscheidungsvermögen für die beiden Seiten wertbildender Tätigkeit: der leitenden und der geleiteten. Die letztere mag man mit Marx in Quantitäten, in Arbeitsstunden und dergleichen auflösen; bei

der ersteren ist das nicht möglich. Der fleißigste Arbeiter (Unternehmer) kann unter Umständen in allen seinen Arbeitsstunden keinen Wert schaffen.

Eine größere Begriffsverwirrung ist kaum möglich! Die Mehrwerttheorie bezieht sich auf die kapitalistische Warenproduktion. Die „Kreuz-Zeitung“ sucht ihre Unrichtigkeit dadurch nachzuweisen, daß sie sich auf die alten Bauwerke Griechenlands und Roms beruft und anstatt deren einstige Produktionskosten ihre jetzigen Kunst- und Marktwerte in Betracht zieht — ungefähr das selbe, als wenn die „Kreuz-Zeitung“ die Behauptung eines Bachmannes, daß in Deutschland die meisten Häuser aus Ziegeln errichtet werden, mit der Einwendung widerlegen wollte: das sei nicht richtig, denn gewisse alte Bauwerke der Ägypter oder Ägypter seien nicht aus Ziegeln gebaut.

Und noch alberner ist die Berufung auf Goethes „Faust“. Erstens ist die Abfassung eines Dichterverkes keine kapitalistische Warenproduktion, und zweitens ist der „alte Goethe“ unseres Höchstenfalls dann die Rede sein, wenn er seine Werke nicht selbst verfaßt, sondern sie von anderen hätte schreiben lassen und sie dann mit Gewinn an seine Verleger verkauft hätte. Der Unternehmer, der Mehrwert „einbehalten“ hat, ist in diesem Falle gar nicht Goethe, sondern sein Verleger, der von ihm sein Geistesprodukt kaufte und dann daraus Bücher fabrizierte.

Nicht das Unterscheidungsvermögen der „Kreuz-Zeitung“ aber schon nicht so weit, um diese ganz einfachen Unterschiede zu begreifen, so vermag sie noch viel weniger die technische oder kaufmännische Mitarbeit des Unternehmers in seinem Betriebe von seiner Unternehmertätigkeit zu trennen. In ihrer geistigen Rückständigkeit geht sie noch immer von dem im eigenen Betriebe mitarbeitenden Handwerksmeister der ostelbischen Landstädte als dem Normaltypus des Unternehmers aus und eignet sich die in diesen Kreisen landläufige Auffassung an, daß das Jahreseinkommen eines solchen Meisters nichts anderes sei, als sein „Arbeitsverdienst“. Man braucht nur von diesen Kleinbürgerlichen Verhältnissen abzusehen und den Blick der großen modernen Warenproduktion zuzuwenden, um sofort zu erkennen, daß dieser „Arbeitsverdienst“ aus zwei ganz verschiedenen Faktoren besteht. Nehmen wir eine Aktiengesellschaft, so sehen wir sofort klar und deutlich den Unterschied. Die Leitung liegt in den Händen der Direktoren, der Ober-Zugemeure usw.; die Unternehmer, d. h. die Aktionäre, haben mit der Leitung des Unternehmens absolut nichts zu tun, häufig haben sie sogar von der Betriebsweise nicht die geringste Kenntnis. Für ihre Arbeitsleistung werden die Leiter bezahlt, meist sogar überbezahlt; dennoch bleibt ein Betriebsübersehau, der in der Form von Dividenden an die Unternehmer (Aktionäre) geht, obgleich diese, wie gesagt, keinerlei Arbeit für das Unternehmen geleistet haben. Hier zeigt sich deutlich, daß der Betriebsgewinn durchaus nicht als Bezahlung für die Leitung des Unternehmens gelten kann, sondern etwas ganz anderes darstellt: nämlich den Unternehmerprofit.

Woraus fließt nun dieser Gewinn der Aktionäre? Sie selbst haben nicht die geringste Arbeit für den Betrieb geleistet; folglich muß der Gewinn aus der Arbeitsleistung anderer stammen, und zwar der im Betrieb Beschäftigten, der Kopf- wie der Handarbeiter. Ihre „Mehrarbeit“ ist die Quelle des Unternehmergewinnes. Und nicht nur dieser ist von ihnen erarbeitet; auch der Zins, den das Unternehmen für geliehene Kapitalien zahlt, die Bodenrente, die es für das Fabrikgrundstück entrichtet: alles ist unbezahlte Arbeit, und ebenso, was beim Vertrieb der hergestellten Produkte Groß- und Kleinhändler über die notwendigen Kosten des Transportes, der Lagerung, der Arbeitsentschädigung hinaus an besonderem Handelsprofit „verdienen“.

Diese Tatsache läßt sich nicht bestreiten. Zwar lassen manche Ökonomen den Mehrwert nicht im Warenproduktionsprozeß entstehen, sondern im sogenannten Warenaustausch, indem sie Unternehmergewinn, Zins, Grundrente als besondere Aufschläge betrachtet wissen wollen, welche der Kapitalbesitzer vermöge seiner ökonomischen Ueberlegenheit erhebt. Aber ganz abgesehen davon, daß diese Theorie bei näherer Prüfung sich sofort als nicht stichhaltig herausstellt, ändert sie an der Tatsache der Ausbeutung nicht das geringste. Denn wer muß schließlich diese Aufschläge entrichten? Die Kapitalbesitzer schaffen durch das Einstreichen von Unternehmergewinnen, Zinsen, Grundrenten doch keine neuen Werte; die Werte, die sie sich aneignen, müssen also von anderen erarbeitet sein. Der Unterschied läuft schließlich nur darauf hinaus, daß die einen annehmen, der Arbeiter sei unter dem heutigen Wirtschaftssystem gezwungen, unbezahlte Arbeit zu leisten, die anderen dagegen, daß er zwar in seinem Arbeitslohn ein richtiges Äquivalent seiner Arbeitsleistung erhalte, hinterher bei der Bewertung seines Lohnes, d. h. bei dessen Umkehrung in Gebrauchswerte, aber unverschämte geprellt werde. Die „Kreuz-Zeitung“ mag entscheiden, welche Alternative ihrem Geschmack mehr entspricht.

Die Revolution in Rußland.

Die neue Anleihe.

Der Telegraph bringt die Nachricht, der neue Riesenpump der russischen Regierung sei fertig. Die Nachricht kommt zwar nicht überraschend, aber viele Begleiterscheinungen der Anleihe verdienen die Beachtung eines jeden, der sich über ihre Bedeutung im innerpolitischen Leben Rußlands klar werden will. Vor allem deutet sie auf eine äußerste Geldnot der Regierung hin, da die Bedingungen, an die ihre Gewährung geknüpft war, äußerst schwerer Natur sind: nominell erhält die Regierung 2 Milliarden Franken, in Wirklichkeit aber nur 1700 Millionen Frank, da der Emissionskurs 88 Prozent beträgt; von dieser Summe bleibt ein beträchtlicher Teil im Auslande zur Tilgung der Schulden, außerdem hat sich Rußland verpflichtet, im Auslande große Bestellungen zu machen. Bei solchen für die Geldgeber außerordentlich günstigen Bedingungen ist es ja ohnehin selbstverständlich, daß das Wetteln der russischen Regierung bei den ausländischen Bankiers willige Ohren fand, trotz der genügend bekannten finanziellen Zerrüttung Rußlands. Aber noch andere Umstände haben bei der Unterzeichnung der Anleihe mitgewirkt: Frankreich, welches den größten Teil der Summe aufgebracht hat, ist nicht nur im Innern Rußlands stark interessiert, sondern viel schwerer fällt der Umstand ins Gewicht, daß in den Händen des französischen Publikums — keinen Rentiers, Beamten usw. — sich eine Menge russischer Staatspapiere und Schuldscheine befinden, in denen sie ihre Ersparnisse angelegt haben, so daß ein Finanzbruch Rußlands für sie sehr schädlich wäre. Es liegt deshalb nichts näher als der Versuch, seinem „Verbündeten“ wenigstens für einige Zeit auf die Beine zu helfen und damit auch sich selbst vorläufig vor Geldberaubung zu schützen.

Sehr bezeichnend ist aber der innerpolitische Hintergrund, auf dem sich diese Anleihe abspielt. Ihre Unterzeichnung kaum einige Tage vor dem Zusammentritt der Duma verleiht ihr mehr wie den früheren Pumpen der Regierung den Charakter eines Kampfmittels des alten bürokratischen Regimes gegen die aufkeimende Volksherrschaft: die Macht des Geldes gewährt der Regierung einige Bewegungsfreiheit, gibt ihr die Möglichkeit, auch weiter ohne die Duma fertig zu werden; schon die Tatsache der Unterzeichnung der Anleihe ohne die Zustimmung der Duma ist an und für sich eine Schmälerung ihres ohnehin largen Budgetrechts und bedeutet einen Schlag ins Gesicht dieser „Volksherrschaft“. Noch mehr wird aber diese Bedeutung unterstützt durch die Veröffentlichung eines Manifestes über die künftige Aufnahmeordnung von Anleihen, die Hauptrolle wird hierin dem Finanzkomitee zugewiesen, einer Art Geheimkommission, gebildet aus Vertretern der hohen Finanzbürokratie nach Bestimmung des Kaisers; die Duma kann fortan nur ihrer Meinung Ausdruck geben, ob eine Anleihe nötig ist — alles übrige — Emissions- und Realisationsbedingungen u. a. wichtige Fragen gehen sie nicht an und gehören zur Kompetenz des Komitees, dem überhaupt die ganze Verwaltung der Finanzen zufällt. So sehen wir, wie die Duma immer mehr zum Rubeau einer Beratungskommission herabgedrückt und ihr nach und nach jede Möglichkeit der Gesetzgebung, jedes Budgetrecht entzogen wird. Zuerst kam das Gesetz über den Reichsrat, das diesem halb ständischen, halb bürokratischen Institut den Charakter und die Befugnisse einer zweiten Kammer verlieh; ihm folgte das Budgetgesetz vom 2. April, das der Regierung ein unkontrolliertes Wirtschaften mit den Reichsfinanzen gestattet; und endlich als Krone des Werkes — die neue Anleihe und das Finanzkomitee als Oberherr über die ganze Finanzpolitik! Stellen wir diesen Rückentwicklungspfad der Duma die Pläne der Regierung über den Verkauf der ersten Session entgegen — mögliche Beschränkung der Redezeit, etwa zwölf Geschäftsordnungsfragen und dann Schluss — so sehen wir klarer denn je den wahren Zweck der Dumalombdie: Die Regierung braucht Geld und inszenierte die Duma; sowie sie den ruhigen Fortgang der Wahlen sah, beeilte sie sich, mit einer regelrechten Volksvertretung prahlend, die Anleihe abzuschließen. Hat sie nun einmal diesen Zweck erreicht, klumpert ihr das heißersehnte Geld in der Tasche, so sind alle schönen Versprechen vergessen, die Duma wird mit Füßen getreten und — „es lebe die Selbstherrschaft!“ Alles bleibt wieder beim alten!

Petersburg, 18. April. In der hiesigen Baltischen Schiffsbauanstalt ist von der Polizei eine Bombenniederlage entdeckt worden.

Moskau, 16. April. Alle Juden sind aus Madjowskoi ausgewiesen worden; zur Erledigung ihrer Geschäfte wurde ihnen eine dreitägige Frist bewilligt. Die russischen Behörden machen bekannt, daß künftighin niemand ohne militärischen Erlaubnischein nach Madjowskoi reisen darf.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. April.

Auslandspolitik mit Zuckerbrot und Peitsche.

Es scheint mehr und mehr bei uns Sitte werden zu sollen, die Methode der inneren Politik, die mit Zuckerbrot und Peitsche arbeitet, auch auf die äußere Politik zu übertragen. Während man die eine Nation heute mit Aufmerksamkeit überschüttet und ihr ungewöhnliche Liebenswürdigkeiten geradezu aufdrängt, glaubt man eine andere Nation förmlich mit dem Korporalstock regulieren zu dürfen. So überschüßte und überschüßt man die Vereinigten Staaten mit den ausgefeiltesten, zuweilen geradezu festsamen Aufmerksamkeiten, während man England, Frankreich und zuletzt Italien gegenüber in der letzten Zeit nicht einmal die Formen internationaler Rücksicht beobachtete, die die Nationen untereinander selbst in gespannten Situationen zu beobachten pflegen. So war die Tanger-Reise des Kaisers und die dabei gehaltene marokkanische Programmrede eine diplomatische Kriegserklärung an Frankreich und England, eine Kriegserklärung von einer Schroffheit, die bis dahin ganz unerhört war. Und die Art, wie dann durch das Gutschowski-Telegramm Italien ein Mißfall erlitt wurde, überbot fast noch die Tanger-Reise.

Daß sich die Politik des Zuckerbrotes und der Peitsche in der inneren deutschen Politik bewährt habe, wird selbst der enthusiastische Lobredner des neuen Kurzes nicht behaupten können. Das deutsche Proletariat hat sich in dem Gefühle, Anrechte auf solidere Verhältnisse zu haben, durch die faden Schmeicheleien ebenso wenig ködern lassen, wie es vor der Peitsche kuschelte. Und denselben Mißerfolg wird auch die in gleich naivem und impressionistischem Stile gehaltene Auslandspolitik haben.

Das zeitweilige internationale Zusammengehen der Nationen beruht auf der zeitweiligen Gemeinschaft der Interessen. Existieren solche Interessengemeinschaften, so ist jede abstrakte Lebenswürdigkeit zwischen den Verbündeten überflüssig. Existiert sie aber nicht, so vermag auch das exaltierteste Liebeswerben einer Nation die andere Nation nicht zu einem zuverlässigen Bundesgenossen zu machen.

Amerikas weltpolitisches Interesse läuft darauf hinaus, keine europäische Macht allzu übermächtig werden und keine europäische Kombination entstehen zu lassen, die Amerika bedrohlich werden könnte. Amerika kann es also ganz angenehm sein, wenn die europäischen Mächte sich gegenseitig im Schach halten. Es wird bei etwaigen Konflikten als Neutraler die Rolle des lahenden Dritten spielen, aber im Ernstfalle schwerlich jemals Partei ergreifen. An dieser durch Amerikas Interessen gebotenen Haltung wird auch die übertriebene Umschmeichelung durch Deutschland nicht das geringste ändern.

Andererseits ist es genau so naiv anzunehmen, durch Drohungen Gefühle internationaler Zuneigung erwecken zu können. Italien schloß sich dem Dreibund an, weil es durch ihn seine Interessen am besten gewahrt glaubte. Aber Italien hat auch alles Interesse daran, sich mit Frankreich auf möglichst guten Fuß zu stellen, so daß es eine ganz unbillige Zumutung war, von ihm zu verlangen, sich bei dem ohnehin so nebensächlichen und an den Nerven herbeigezogenen Marokkokonflikt blindlings für Deutschland ins Zeug zu legen und Frankreich vor den Kopf zu stoßen. Wenn jetzt Italien dafür geriffelt wird — italienische Blätter erblickten in der Verheißung des Gutschowski-Telegramms, daß Deutschland Österreich gegenüber sich gleichfalls als „brillanter Schutzbund“ erweisen werde, sogar eine bedrohliche Anspielung auf die Unterstützung einer österreichischen Offensivpolitik im Adriatischen Meere — so wird das Band zwischen Italien und Deutschland nicht um die Dicke eines Spinnwebfadens verstärkt. Im Gegenteil, Italien muß unter solchen Umständen gerade bemüht sein, anderweitig Anschluss zu suchen, was bei der Veränderung der politischen Konstellation auch keineswegs unmöglich wäre. Ist doch schon jetzt von einem englisch-französisch-italienischen Dreibund die Rede.

Andererseits freilich wird man auch sowohl in Oesterreich wie in Italien das Gutschowski-Telegramm nicht überschätzen. Man weiß ja seit dem Krüger-Telegramm, daß höfische Kundgebungen nicht immer werthlich genommen werden dürfen. Und Fürst Bälows Erklärung ja erst vor wenigen Tagen im Reichstage, daß Deutschland — trotz der Tanger-Reise und -Nede — wegen Marokkos niemals zu den äußersten Mitteln gegriffen haben würde. Auch in Deutschland sprechen schließlich trotz aller impulsiven Kundgebungen die großen wirtschaftlichen Interessen das entscheidende Wort.

Deshalb soll natürlich der Schaden, der durch unsere eigenartige Auslandspolitik angerichtet worden ist und angerichtet werden kann, nicht gering veranschlagt werden. Unsoweniger, als durch Deutschlands Forderung dem Volke immer unentraglichere Militär- und Marinekosten aufgebürdet werden. Ein einziges Telegramm kann so dem Volke hunderte von Millionen kosten! —

Wiederbeginn der russisch-borussischen Ausweisungsjagd.

Der sich je in dem Kinder-, richtiger Schülerglauben gewiegt haben sollte, die preussisch-deutsche Reaktion sei unter dem Erbdeben des russisch-japanischen Krieges und dem Gewitter der russischen Revolution über die selbe Amtenherrschaft der Jahre 1902/1904 hinausgewachsen, findet prompt sein Damaskus. Am 14. April d. J. — vor vier Tagen — ist der neue russische Milliardenpump abgeschlossen. Am 14. April — am gleichen Tage noch — weist die Abteilung VII (die politische Abteilung) des Berliner Polizeipräsidiums zwanzig oder noch mehr russische Studenten und Studentinnen aus. Der Kredit des Jaren ist hergestellt — es lebe der Jar. Der russische Fußtritt von Algebras ist vergessen. Bälows machte Miene aufzumachen — seine in dieser Beziehung ihm sicherlich wohlthätige Erkrankung im Reichstage verhinderte, Gott sei Dank! wird er jetzt sagen, die offizielle Abgabe an den Jarismus. Der Jar ist wieder mächtig — er hat Geld! Die russische Revolution ist — so wähnt man — vorüber oder dem Ende geweiht — denn der Jar hat Kredit. Vor Schwachen Halbstapferkeit vor Starren Vandalen. Das ist seit je die Quintessenz der Bälowschen Politik.

Rußland hat Kredit — tusch Bälow! Sei tapfer gegen — die Schwachen und Wehrlosen! Zeig Dich untertan Deiner russischen Obrigkeit!

Zwanzig russische Studenten und Studentinnen! Weshalb? „Als lästige Ausländer!“ Weshalb lästig? Schweigen! Kein Wort der Begründung; jede Begründung schroff abgelehnt! 20 Existenzen schwer getroffen, zum Teil vernichtet. Mehrere der Ausgewiesenen sind lange Jahre in Berlin und hier fest eingewurzelt. Auch ganze Familien sind unter den Ausgewiesenen. Einige stehen mitten im Examen. Eine ausgewiesene Ehefrau ist, wie wir hören, in hochschwangerem Zustande. Tut nichts. Es gilt Laçi spielen und das heißt: brutal nach unten sein.

Der Minister des Innern soll hinter der Schmach stehen; und hinter ihm natürlich der preussische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler Fürst Bälows.

Die politische Abteilung hat die Ausweisungen verfügt — politische Gründe haben also die erbärmliche Maßregel diktiert, die gerade dadurch doppelt erbärmlich ist. Und keiner der Ausgewiesenen hat sich etwas zuschulden kommen lassen, keiner hat je Konflikte mit der Polizei oder den Gerichten gehabt. Und dafür die grausame administrative, jeder Rechtsgarantie entbehrende Strafe der Ausweisung!

Das deutsche Volk, die deutsche Intelligenz, alles, was auf Kultur steht, jeder, der sich seines Vaterlandes schämt, wenn es sich zum Kojaken-Stiefelpuger erniedrigt, muß gegen diesen neuesten Ausweisungsschandaus aus dem März 1904 mit aller Macht protestieren. Das deutsche Proletariat wird seine Schuldigkeit tun, die Ehre Deutschlands vor der Welt zu retten.

Wird nicht nur ein Freischützer des deutschen Bürgerthums den Kampf aufnehmen?

Deutsches Reich.

Sonderbar! höchst sonderbar!

Während Rossische Gemütsmenschen es für recht und billig halten, daß Deutschland die durch den Aus-

Zum 60. Geburtstag Ignaz Auer's.

„Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst“... Genosse Ignaz Auer, der heute den 60. Geburtstag begeht, hat es erfahren. 40 Jahre Arbeiterbewegung liegen hinter ihm, und alle sind sie für ihn Jahre treuer und harter Arbeit gewesen.

Im demokratischen Arbeiterunterstützungsverein zu Passau hat sich in den 60er Jahren der eben aus der Lehre des Sattlerhandwerks entlassene junge Ignaz Auer die ersten Sporen verdient. Dort hat er zuerst jene Eigenschaften entwickelt, die ihn in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als eine Persönlichkeit voller Eigenart vom Untergrund der großen Bewegung abheben. Den gutmütig-farkastischen Witz, die nie verlassende Schlagfertigkeit, die passende zwingende Beredsamkeit. Und hier im kleinen Rahmen schon erlangt sich der 23jährige schnell die Anerkennung seiner organisatorischen Kraft. 1868 ward er Vorsitzender des Vereins.

Das Jahr 1869 sah ihn schon als sozialistischen „Geher“ in großen Versammlungen zu Rünchen und Augsburg. In Berlin wurde er 1872 Mitglied der Eisenader und des Vereins der „Mühlendammer“, wie der fröhliche Witz der feindlichen Brüder, der Lassalleaner, den demokratischen Arbeiterverein wegen seines großen Prozentgehalts an jüdischen Mitgliedern getauft hatte. Es war eine Sammelstelle vieler versprechender junger Parteigenossen, von denen viele das Offizierspatent in der Tasche, aber alle noch keine Truppen hinter sich hatten. Sie haben sich ihre Arme später redlich erobert, hat Genosse Wibel in einem Auer-Kritikel geschrieben, den er vor einigen Jahren in der leider wieder eingegangenen „Hütte“ veröffentlichte. Mit demselben Eifer wie auf politischem wirkte Auer auch auf gewerkschaftlichem Gebiete. Er organisierte seine Berufsgenossen in Berlin.

Das Jahr 1873 ist der Beginn seines offiziellen Parteibienstes. Auer trat in die Expedition des Dresdener „Volkboten“ ein. Von dieser seiner Dresdener Tätigkeit hat er vor einigen Jahren beim Jubiläum der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ eine humorvolle Schilderung gegeben, die uns die unfähigen Schwierigkeiten, womit die Partei in ihren Jugendjahren zu kämpfen hatte, lebendig vorführt. Auer plaudert in der Jubiläumnummer der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“:

„Zu jener Zeit war es mit der Redaktion unseres Partei-Blattes gar sonderbar bestellt. Offiziell war der Genosse August Otto-Walster damit betraut, aber Freund Walster hatte Familie und er war so anspruchsvoll, mit dieser, wenn auch noch so bescheiden, so doch immerhin Leben und sich fast offen zu wollen. Um dies aber zu können, mußte er arbeiten, um Geld zu verdienen, solches war aber in der Klasse des „Volkboten“ selten, ja fast nie vorhanden. Dazu kam, daß die jungen Parteigenossen — es gab auch damals schon „Junge“ und ich gehörte dazu — überhaupt die Meinung vertraten, Bezahlung für parteigenössische Tätigkeit — ist nicht. So kam es, daß Walster sich nur zu oft anderwärts Brot suchen mußte, und der „Volkbote“ dann keinen Redakteur, dafür aber eine Kollektivredaktion hatte. Was auf die Redaktionskübe kam und schreiben oder — lächelten

konnte, wurde in Tätigkeit gesetzt, um Manuskript zu schaffen. Diese so gefertigten Geistesprodukte sahen freilich manches Mal auch danach aus, aber unser Lesepublikum war nicht verwöhnt; nur kräftig mußte die Speise sein und daran — dafür sorgte unsere Jugend und Begeisterung für die Sache — ließen wir es nicht fehlen. Allerdings war auch, außer Walster, noch ein Journalist unter uns. Freilich stand er damals noch am Schicksal und hantierte noch mit dem Wirtelhaufen. Aber er hatte einen Vorzug, worin es ihm sobald keiner gleich tut. Max Regel brachte kein Manuskript — er setzte den Leitartikel aus dem Kopfe. So ging es in der Woche. Am Sonntag aber zogen wir kolonnenweise hinaus in die Dörfer des 4. und 6. Wahlkreises und suchten und fanden in Arbeiter- und Bauernbüchern neue Anhänger und Abonnenten für den „Volkboten“. Die jüngeren Genossen mögen daraus ersehen, daß auch die Land agitation keine Errungenschaft der Reuzzeit, sondern schon eine alte Einrichtung in der Partei ist. Es blieb so, bis die liebe Obrigkeit — sie hat sich auch damals unserer Partei schon liebevoll angenommen — dem „Treiben ein Ziel setzte“. Genosse Walster wurde wegen „Milde“-Beleidigung auf mehrere Monate im Gefängnis zu Döbeln einquartiert. Ich aber hatte eine alte Schuld von 30 Talern, zu denen mich die Kreisgericht-Deputation in Alt-Landsberg wegen „Verächtlichmachung“ verurteilt hatte, zu bezahlen. Da ich aber nicht 30 Groschen, viel weniger Taler hatte, um sie dem Fiskus in den Taschen zu stecken, so mußte ich zehn Tage brummen. Die Folge davon war, daß ich „als bestrafte Person“ aus Dresden — und wenn ich nicht irre — auch aus dem Königreich Sachsen auf ein Jahr ausgewiesen wurde. Damit war es mit meiner Redaktions-tätigkeit zu Ende.“

Die Parteibeamtenschaft wurde also unterbrochen. Auer griff in Berlin wieder zum Handwerksgerät. Aber noch im selben Jahre wählte ihn der Hamburger Ausschuss der Eisenader ins Parteisekretariat, das durch den Tod Jork's verwaist war. Der Einigungskongress zu Gotha vom Mai 1875, der die Eisenader und Lassalleaner vereinte zu der einen sozialdemokratischen Partei — an der Vorbereitung der Einigung hatte Auer erheblichen Anteil — bestellte ihn neben Deroffi zum Sekretär der neuen Organisation. 1877 eroberte er das Mandat des sächsischen Reichstagswahlkreises Reichenbach-Auerbach. Er verlor es wieder 1878 in der Hitze der Witterungswahlen. Es war das Vorbild zu Schlimmerem. Das Sozialistengesetz sollte die Bürgerfinger, und neben vielen anderen hüßte auch Auer seine Gliedmaßen ein. Im Jahre 1877 war er neben Rost in die Redaktion der „Berliner Freien Presse“ eingetreten. Das Ausnahmegericht erdroffelte sie und jagte 67 Genossen von der Stätte ihre Arbeit — unter ihnen war auch Auer. Vergeblich waren seine Versuche sich in der Redaktion der „Hamburger Gerichtszeitung“, die im Diebstahl Verlag an Stelle des verbotenen „Hamburg-Altonaer Volksblattes“ erschien, erst in Hamburg selbst, dann, nachdem auch von hier die Ausweisungsbefehle ergangen, in Harburg eine neue Position zu gründen. Der keine Belagerungszustand folgte dem zähen Kämpfer, die „Gerichtszeitung“ verfiel dem Verbot. Ignaz Auer stand abermals vor dem Nichts. In Schwertin fand er als Gehülfe in der Altmöbelhandlung

seiner Schwiegermutter notdürftigen Unterschlupf. In diese Jahre der Not und der Ausweisungen aber fällt seine zweite Wahl zum Reichstagsabgeordneten. Der sächsische Wahlkreis Glauchau-Merane fiel ihm 1880 in der Nachwahl zu. Zweimal noch, 1881 und 1887, verlor er ihn wieder. Seit 1890 aber ist der Kreis unentbehrlicher Bestand der Partei geworden.

Auer hat mit zu den eifrigsten, unerschrockensten Kämpfern unter dem Ausnahmegericht gehört. In allen Kongressen der Partei hat er teilgenommen; mit Vebel, Vollmar, Frohme, Bierck, Heintzel, Müller-Darmstadt und Ulrich-Offenbach wurde er als einer der von der Polizei abgefangenen Delegierten vom Kopenhagener Kongress am 4. August 1886 vom Freiburger Landgericht wegen „geheimer Verbindung zu ungeschlichen Zwecken“ verurteilt und mit 9 Monaten Gefängnis belegt, die er zu Joidau verbüßte. In München, wohin er Mitte der 90er Jahre gezogen, mußte er 1888 abermals einen großen Scheimbundprozess mitbestehen, der wesentlich infolge des meisterhaften Operierens Auer's trotz aller Nachforschungen des Reichsjustizrats, wie der Münchener Polizeikommissar Vebel mit Recht genannt worden ist, mit dem Freispruch endete.

Die Geschichte dieser schmachvollen Periode der Lockspielei und der Scheimbundprozesse hat Genosse Auer in einer Broschüre geschrieben, die 1890 in Jülich unter dem Titel „Rach 10 Jahren“ erschien. Sie ist ein Spiegel der Schmach, die die bürgerliche Ordnung in jenen ersten 10 Jahren des Schandgeschicks auf sich geladen hat, ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Partei, ein Dokument ihres Heldenzeitalters.

Der erste Parteitag, der nach dem Fall des Ausnahmegerichtes wieder auf deutschem Boden tagen konnte, hat Ignaz Auer wieder zum Sekretär der Partei berufen. Was er als solcher, als Agitator und Reichstagsabgeordneter für die Partei geleistet hat, das brauchen wir hier nicht im einzelnen anzuführen. Auf fast allen Parteitagungen ist seine kluge Rede gehört worden, hat sein lautscher Humor die Kämpfe gemildert. Und wenn auch in den inneren Auseinandersetzungen, die die Partei seit Jahren bewegen, wir und viele Genossen mit manchen seiner Wege nicht einverstanden waren, keinen wird es in der deutschen Sozialdemokratie geben, der nicht überzeugt ist, daß alles, was Genosse Auer getan hat, geschehen ist aus dem tiefinneren Bestreben, das Beste der Partei zu fördern. Keinen, der nicht wünschen möchte, daß er an der Schwelle des 7. Jahrzehnts mit gleichem Rechte von sich sagen dürfte, daß er alle Zeit mit allen Fasern seines Seins für die Partei gearbeitet und ihr Wohl über das seine gestellt hat, wie es Ignaz Auer von sich sagen darf.

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst... Ignaz Auer hat es erfahren. Not und Verfolgung und Mühsal sind ihm in überreichem Maße zu teil geworden. Der tapferste Kampf, den er gefochten, hat ihm schwere Wunden gebracht. Noch immer verbieten ihm die Nachwehen langwieriger schwerer Krankheit, in der Öffentlichkeit so für die Partei zu wirken, wie früher. Wir wissen keinen besseren Glückwunsch zum 60. Geburtstag als den, daß die Genesung in Wälde zur vollständigen Wiederherstellung der alten Kraft führen möge. Und in diesem Wunsche ist mit uns die ganze deutsche Sozialdemokratie einig.

Bruch des Besuchs niedergebengenen Italiener zur Strafe für die Haltung der italienischen Regierung in Algerien nicht unterstütze, scheint in gewissen hohen und höchsten Kreisen eine ganz andere Ansicht über diese Dinge zu herrschen.

Kaum ist Kaiser Wilhelms kühle Haltung zur Frage der Unterstützung der bedauernswerten Opfer der Vesuvikatastrophe bekannt geworden, da muß selbstverständlich das „Berliner Tageblatt“ in dieselbe Kerbe hauen. Es bringt folgendes Telegramm seines römischen Korrespondenten: „Auch die Provinzpresse fährt fort, sich eingehend mit dem deutsch-italienischen Zwischenfall zu beschäftigen. Die „Stampa“ schreibt, das deutsche Beileid komme, wenn der Vulkan erloschen sei! Bei früheren Anlässen sei die deutsche Reichsregierung immer die erste gewesen, ihre Teilnahme auszudrücken. Freilich, man könne einen nicht zur Höflichkeit zwingen. Immerhin habe die nachträgliche Kondolenz wenigstens den Anschein gereizt. Auch die „Capitale“ beklagt, daß der Kaiser nicht sein Beileid persönlich telegraphisch habe, wie er es früher zu tun pflegte, und sich des Vorkaufers bedient habe. Daraus gehe hervor, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien nicht mehr so herzlich seien wie früher.“

Und zu diesem Telegramm bemerkt das edle „Berliner Tageblatt“:

In Italien scheint man geglaubt zu haben, die gutmütigen Deutschen ließen sich ungefragt allen Schimpf und Lort gefallen. Da irrt man sich freilich jenseits der Alpen gründlich. Wir sind gottlob nicht mehr so waldsappig gutmütig. Weber von Freund noch von Feind gedenken wir uns Anstoß zwischen die Beine werfen zu lassen, ohne solche Liebesdienste mit Zins und Zinsen heimzuzahlen. Weil wir keine Freunde nötig haben, können wir verlangen, daß diejenigen, die sich als unsere Freunde ausgeben, auch wirklich unsere Freunde sind. Danach soll sich richten, wer unser Freund sein will.

Ein so gemeiner Zynismus im Anschluß an einen so traurigen Anlaß ist uns denn doch noch nicht vorgekommen. Man spricht in Mosse-Kreisen sonst gern vom „jüdischen Herzen“!

Ein alter Mann, wie der Kaiser von Oesterreich, muß den Moskauer als ein komischer Kauz erscheinen. Hat dieser Monarch, als Dreibundsfürst seiner Pflichten zur Mitleidslosigkeit im deutsch-preussischen Sinne uneingedenk, doch ganz sonderbare Zeichen von Sympathie und Erbarmen mit dem schwer heimgejagten Italien gegeben. Wir lesen an der Spitze der „Nordd. Allg. Zeitung“:

„Der Kaiser von Oesterreich hat von dem König von Italien folgendes Danktelegramm erhalten: Den Worten des Beileids und des Mitgeföhls, die Eure Majestät aus Anlaß der Vesuvikatastrophe an mich gerichtet haben, haben Eure Majestät die hochherzige Spende für die Verunglückten folgen lassen und hierdurch Ihre Freundschaft für mein Land und Ihre Menschenliebe noch mehr zu erkennen gegeben. Ich danke Ihnen hierfür von ganzem Herzen und verjichere Sie meiner tiefgefühlten Dankbarkeit.“

Sonderbar! Höchst sonderbar! Was wird Rudolf Mosse, was wird Wilhelm II. dazu sagen? —

Neue Kriegserklärungen des Herrn Erzberger.

Stuttgart, 17. April. (Fig. Ber.)

Herr Erzberger hielt am Ostermontag drei Versammlungen ab, in Aulendorf, Ulm und Sigmaringen. In Aulendorf verbreitete er sich ausführlich über die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches, die er aufs schärfste kritisierte. Seit 1885 hätten wir 768 Millionen Mark für die Kolonien, abgesehen von den Kosten der Bekämpfung des Aufstandes in Südwestafrika, ausgegeben und in dieser Zeit nur für circa 318 Millionen Mark Waren in die Kolonien verkauft. Man könne jetzt ohne Hebertreibung von einem Zusammenbruch des deutschen Kolonialsystems reden.

Dann berichtete Herr Erzberger, was er getan habe, um diesem „Zusammenbruch“ entgegenzuwirken. Auf mehrere seiner Anträge hin, die der Reichstag angenommen habe, habe man in diesem Staatsjahre — 22 Millionen an Kolonialetat abgetrichen! (Zitieren eine große Geldentlastung! Wenn man ein System für zusammengebrochen hält, dürfte eine solche Witzigkeit wie der Abstrich von 22 Millionen nicht zu der Beseitigung der im Wesen des Systems liegenden Schäden führen!)

Diese Anträge aber, so führte Erzberger weiter aus, hätten ihm die Feindschaft der Liberalen Presse zugezogen; denn durch den erwähnten Abstrich sei für die Großindustriellen eine Verdienstminderung von 8—10 Millionen erfolgt. Doch je mehr diese Presse schreie, desto mehr wisse er, daß er auf richtigem Wege sei.

Kaum Erzberger sich so den Lorbeer für die bereits erbrachten Verdienste um die Sten gewonnen, kündete er neue Taten an. Eines der traurigsten Kapitel der deutschen Kolonialverwaltung sei die Prügelschule, die nicht immer als gerichtliches Strafmittel, sondern auch als Disziplinarstrafe angewendet werde. Zur Bekämpfung der hier vorhandenen Mißstände werde er bei der ersten sich gebenden Gelegenheit einen neuen Vorstoß mit schwerwiegendem Material unternehmen. Die Wuchungen der Prügelschule seien nach der Schilderung der Missionare geradezu entsetzlich. Es sei daher nicht zu verwundern, wenn die Schwarzen sich gegen uns erheben.

Aber auch sonst sei „vieles faul, ja oberfaul“ in der Kolonialverwaltung: Die „Provisions“-Wohn in Kamerun, der jetzt gekündigte Vertrag mit Tzipelstrich, das Monopol der Firma Wörmann, die Fälle Nammenberg, Buttamer. Es gehöre nicht zu den Annehmlichkeiten eines Reichstagsabgeordneten, solche unangenehmen und nicht wohlriechenden Dinge zu berühren. Der Reichstag aber müsse scharf dagegen vorgehen, weil die maßgebenden Stellen von all diesen höchst bedauerlichen Zuständen Kenntnis gehabt hätten, ohne dagegen einzuschreiten. Wenn er, Erzberger, erst einmal den Schleier über den Naturkampf in Togo zerreiße, werde ein Schrei der Entrüstung durch das ganze katholische Deutschland gehen, und wenn alle Taten in dieser und der Nachbarzone Kamerun in der Öffentlichkeit bekannt würden, werde das ganze zivilisierte Deutschland sich entrüsten. Ferner sehe ihm aus Deutsch-Südwestafrika eine Unmenge durchaus beglaubigter Materialien zur Verfügung, das keine Sympathie für die deutsche Kolonialpolitik zu erwecken geeignet ist.

Also zittere, Kolonialverwaltung! Erzberger kündigt die neue Fehde an. Sagte er doch im weiteren Verlauf seiner Rede: Man könne es mit seinem Gewissen nicht vereinen, für die seitherige Art der Kolonialpolitik noch weitere Reichsgelder zur Verfügung zu stellen. Eine totale Reform an Haupt und Gliedern sei notwendig.

„Ein wackerer Schwabe forcht sich nit“ — und so setzte sich Herr Erzberger in dieser Rede auch mit Herrn Spahn auseinander.

Somit Herr Erzberger zur Rechtfertigung seiner kolonialpolitischen Haltung im Reichstag. Nichts liegt uns ferner, als uns über seine Ankündigungen noch aufzubedenker Mißstände lustig machen zu wollen. Das kann uns nur recht sein, wenn die Auffassung von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Kolonialpolitik auch in den bürgerlichen Kreisen zunimmt. Herr Erzberger wird aber noch den Beweis dafür zu erbringen haben, daß seine kolonialpolitische Opposition ernst genommen werden muß. Große Sprüche, wie man in Schwaben sagt, hat er schon oft gemacht, auch in der flüchtigen Ostermontagsrede. Aber der Taten sind noch gar wenige zu verzeichnen. Wenn jemand es „mit seinem Gewissen nicht vereinen“ kann, für die seitherige Kolonialpolitik noch Reichsgelder zu bewilligen, und wenn er ferner von einem völligen „Zusammenbruch des deutschen Kolonialsystems“

redet und sich dann rühmt, diesem System durch Abstrich von 22 Millionen Mark auf den Leib gerückt zu sein, so ist der Eindruck, der hierdurch erzeugt wird, allerdings ein lächerlicher. Dann braucht sich auch Herr Spahn nicht weiter zu bemühen, um Herrn Erzberger in seiner Partei unschädlich zu machen, und die Kolonialverwaltung braucht sich vor Herrn Erzbergers fürchterlichen Reden nicht mehr zu hangen, denn auf eine Opposition, die durch einige Abstriche so leicht zu befriedigen ist, paßt das altdeutsche Sprichwort:

Da wird ein Berg schwanger und die
Und ist doch all verlohren.
Wenn man's beim Recht und recht befißt,
So wird ein Planz gebohren. —

Die katholischen Arbeiter und der neue Zolltarif.

Der katholische Arbeiterverein in Goch, einem Industriestädtchen von etwas mehr als 10 000 Einwohnern, im Kreise Kleve-Geldern, hat Stellung zu der Verteuerung der Lebensmittel nehmen müssen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltariffs hat nämlich die Vergünstigung aufgehört, kleinere Quantitäten Fleisch und sonstiger Lebensmittel von der holländischen Grenze zollfrei einzuführen. Dieses Verbot wird von der arbeitenden Bevölkerung in Goch sehr schwer empfunden, weil die Löhne, die im allgemeinen am Niederrhein niedrig sind, dort durch die vielen holländischen Arbeiter noch mehr gedrückt werden. Der katholische Arbeiterverein hat nun durch den Zentrumsabgeordneten Marcour dem Bundesrat eine, mit 1800 Unterschriften versehene Petition überreicht, in welcher um Aufhebung des Verbots ersucht wird. Interessant ist die Begründung der Petition, die von der Zentrumspresse geflüsterlich veröffentlicht wird. Nachdem in der Begründung auf die sehr schlechten Löhne, die die Zigarrenarbeiter, Schuhmacher und die Arbeiter in den Pinselabriken erhalten, hingewiesen worden ist, heißt es in bezug auf die Konkurrenz der holländischen Arbeiter:

„Hier drücken die jenseits der Grenze wohnenden, zu Fuß und auf dem Rade oder mit der Eisenbahn in großer Zahl herüberkommenden holländischen Arbeiter den Arbeitslohn gedrückt, daß die Konkurrenz des einheimischen Arbeiters fast unmöglich ist. Während nämlich die hiesigen Arbeiter eine hohe Hausmiete zahlen und alle Lebensbedürfnisse mit barem Gelde bestreiten müssen, haben die holländischen Arbeiter fast ausnahmslos jenseits der Grenze ein kleines Anwesen, welches sie selbst in der freien Zeit oder durch ihre Angehörigen bewirtschaften. Dazu genießen sie noch den weiteren Vorteil, dort die für den Lebensunterhalt am meisten in Betracht kommenden Nahrungsmittel wie Fleisch, Kaffee, Mehl usw. bedeutend billiger einkaufen zu können.“

Wenn es nun bislang unseren einheimischen Arbeitern bei der größten Sparsamkeit möglich war, sich mit ihrer Familie notwendig zu ernähren, so hatte das eben seinen Grund in der bisherigen Vergünstigung der zollfreien Einfuhr der sogenannten Fremdlingen. Mit ihrem Aufhören aber werden die hiesigen Arbeiterfamilien gezwungen sein, wenn nicht auf den Genuß von Fleisch ganz zu verzichten, so doch ihn ganz bedeutend einzuschränken zum Schaden der Arbeitskraft des Mannes und der Gesundheit von Frau und Kindern.“

Es wird hier also unumwunden zugegeben, daß der Zoll die Waren um die Höhe desselben verteuert. Dieses Zugeständnis ist um so wertvoller, weil es von der Seite des Zentrums kommt, von welchem die stets von uns konstatierte Tatsache fortwährend bestritten wurde, daß diese Grundgebungen der Zentrumspresse und den leitenden Personen in der Partei unangenehm sind, läßt sich erklären und ist ein Verstoß dieser Dinge zu bestehen.

Wemeren wollen wir noch, daß es sich in Goch um gut katholische Unternehmer handelt, die die billigen holländischen Arbeitskräfte gegen ihre deutschen katholischen Glaubensgenossen auspielen.

Neue Verluste. Im Gefecht bei Fekflust am 8. April 1906 sind gefallen:

Geleiter August Jolisch, geboren am 27. 12. 82 zu Groß-Allendorf. Reiter Adolf Volle, geboren am 13. 1. 81 zu Sieverdorf. Reiter Karl Armbracht, geboren am 8. 10. 83 zu Dorste. Reiter Karl Dienas, geboren am 7. 4. 84 zu Klein-Stanowich. Reiter August Draeger, geboren am 16. 4. 84 zu Czernien. Reiter Adolf Meyer, geboren am 7. 6. 82 zu Kralodorf. Schwer verwundet: Leutnant Artur Waede, geboren am 12. 2. 81 zu Stettin; Streifschuß über linkes Auge, rechten und linken Gehegenger, Schuß rechten Arm, linke Schulter. Unteroffizier Josef Rahnner, geboren am 4. 5. 80 zu Saarau; Schuß linke Brust. Reiter Josef Buhmann, geboren am 27. 4. 84 zu Hamm; Schuß Unterleib, rechten Oberarm, linke Hand. Reiter Ernst Reumann, geboren am 1. 1. 84 zu Wiloliken; Schuß Unterleib. Reiter Johann Gruber, geboren am 25. 6. 84 zu Prud; Schuß rechten Oberarm. Reiter Friedrich Kronenberger, geboren am 25. 6. 80 zu Gonsen; Schuß linkes Auge.

Im Gefecht an der Onahajschlucht am 10. April 1906: Leicht verwundet: Oberleutnant Leo v. Wachz, geboren am 6. 2. 72 zu Wittigwalde. Sergeant Paul Wiese, geboren am 21. 12. 80 zu Lautermühle.

Ferner: Unteroffizier Erich von Hohendorff, geboren am 27. 3. 79 zu Inowrazlaw, am 13. April 1906 im Lazarett Warmbad an Typhus gestorben.

Der armen ausgebeuteten Arbeiter nimmt sich wieder einmal die „Post“ an. Natürlich nicht gegen die ausbeutenden Unternehmer, sondern gegen die sozialdemokratischen „Millionenproletarier“, die ihrer Meinung nach nicht tief genug in denbeutel greifen.

Wir haben nicht nötig, uns mit den gemeinen Anwürfen des Scharfmacherorgans gegen die Betroffenen Ungeheuer weiter zu beschäftigen. Wir wollen nur die stinkende Unehrlichkeit der „Post“-Scribenten an der einen Tatsache feststellen, daß sie z. B. vom Genossen Bebel schreiben, er sei ein „enorm reicher Mann“, daß sie erzählen, er habe eine „Niesenerbschaft“ ererbt, ohne zu verzeichnen, daß er von der Erbschaft große Summen an die Partei gegeben hat, und daß sie endlich fragen, weshalb Bebel nicht Singer veranlasse, „einer vor noch nicht 25 Jahren ganz plötzlich entdeckten, bisher nicht gekannten, geschweige denn beschäftigten Liebe zur Arbeiterschaft endlich einmal praktischen Ausdruck zu verleihen, indem er einen Teil seines großen Vermögens für Parteizwecke opfert“?

Genosse Singer pflegt seine Spenden für die Partei nicht an die große Glocke zu hängen und der Sozialdemokratie Art ist es auch nicht, besser situierte Genossen wegen größerer Gaben für die Partei besonders zu feiern. Indes ist es kein Geheimnis und die Posttribünen, die berufsmäßig alle Verheerungen unserer Partei verfolgen, müssen es wissen, daß Genosse Singer große Teile seines Vermögens für Parteizwecke gegeben hat und gibt. Über diesen Menschen kommt es natürlich sehr wenig darauf an, ob sie der Wahrheit einige Male mehr oder weniger Gewalt antun. Reinliche Menschen werden das schwer begreifen können, aber es ist so. —

Ausland.

Ungarn.

In den Hüttenwochen.

Am Mittwoch empfing Ministerpräsident Dr. Welferle in Budapest eine Deputation der Stadt Temesvár. Aus Welferles Rede ist folgende Stelle bemerkenswert:

„Wir müssen alles anstreben, um eine großangelegte Industrie zu gründen. Das geeignetste Hilfsmittel für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Regelung der Geld- und Kreditverhältnisse. Unerlässliche Vorbereitung hierfür ist die dauernde Sicherung der staatlichen Einnahmen auf der Grundlage der Leistungsfähigkeit des Staates. Dazu gehört eine unserer Verhältnisse entsprechende moderne Steuerreform. Ein geregelter Staatshaushalt bildet die Grundlage des Staatskredits.“

In einem Staate, der auf ausländisches Kapital angewiesen ist, ist der Staatskredit der Maßstab für die Güte des Privatcredits. In dieser Beziehung zeigt sich leider in der letzten Zeit eine Stagnation, ja ein Rückgang, der beseitigt werden muß. Wir müssen uns insbesondere davor hüten, daß die uns zur Verfügung stehenden Kapitalien zur Ausnutzung ausländischer, gewinnverheißender, aber unethischer Unternehmungen, sondern wir müssen dafür sorgen, daß sie im Inlande zu fruchtbringenden wirtschaftlichen Anlagen verwendet werden. . . .“

Am wichtigsten ist der Schluß der Rede Welferles:

„Die von der Regierung durchzuführende Reform des Wahlrechts bezweckt, unter Wahrung der Unberührbarkeit der ungarischen Staatsidee eine Gelegenheit zu schaffen, daß jeder berufene Faktor, insbesondere die Arbeiterklasse, die freie Ausübung des Wahlrechts erlangt. Das Wahlrecht wird ein allgemeines und jedem Bürger zugängliches sein und in möglichst kleinen lokalen Kreisen ausgeübt werden.“ —

Frankreich.

Keine antike Wahlbeeinflussung.

Der Finanzminister Poincaré hat den Generaldirektoren der staatlichen Anstalten und den übrigen Finanzbeamten die Verfügung zugehen lassen: Bei den bevorstehenden Wahlen sich des Eingreifens zugunsten irgend eines Kandidaten, den sie vermöge ihrer Stellung unterstützen könnten, zu enthalten.

In Deutschland hätten sich die Herren Minister, ihren Beamten zu verbieten, in den Wahlkämpfen den Regierungsparteien mit lauten oder unlauten Mitteln Stimmengang treiben zu helfen. Sonst wären ja auch Wahlen a la Zimmermann, Wassermaun usw. nicht möglich! —

Der Bergarbeiterstreik.

Die Kapitalistenpresse fährt fort, kleine Plänkelleien, die in wirtschaftlichen Kämpfen, zumal bei dem Temperament der Franzosen nur zu erklärlich sind, phantastisch aufzubauhen und gegen die Streikenden auszubenten. Durch das wilde Toben hofft man wohl, nicht nur die Arbeiter niederknappeln, sondern auch die Empörung über die Schandthaten der Bergwerksbesitzer zu ersticken. Anders als beim Kampf wider die Feinde der Ausführung des Trennungsgesetzes finden sich genug Offiziere, die der Weisung von „oben“ folgen. Es geht ja gegen das Volk! Nach Meldungen der Telegraphenbureaus herricht überall helle Empörung, Nord und Ostschlag. Am Mittwoch mittag berichtete aber das S. Z. B. ebenso plötzlich wie lakonisch, daß im ganzen Becken von Lens die Nacht vollständig ruhig verlaufen sei! —

Ueber das Ergebnis der Verhandlung, die am Mittwoch zwischen den Direktoren der Bergwerksgesellschaft und dem Zentralkomitee stattfand, ist näheres nicht bekannt. —

Portugal.

Die Meuterien.

Die „Agence Havas“ meldet aus Madrid von 18. April: Affaboner Nachrichten zufolge soll in Lissabon eine äußerst strenge Telegrammsensur ausgedehnt werden. Auch soll die Polizei den Blättern verboten haben, Einzelheiten über die Meuterien an Bord des Kreuzers „Dom Carlos“ und des Panzers „Gasco da Gama“ zu bringen. Die Ursache der Meuterien soll zuverlässigen Nachrichten zufolge in übergroßer Strenge der Vorgehens bei geringen Dienstgehältern zu suchen sein. Die fünf Schiffe des Geschwaders sind im Lazosusse unter den Kanonen der Festungswerke verankert. 1400 Matrosen sind in Landlagern konfigniert. —

Gewerkschaftliches.

Hirsch-Dundersche Generalverräter.

Es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, daß die berüchtigten „Generalräte“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ihre Mitglieder (oder besser gesagt: ihre Untergebenen) veranlassen, bei Streiks und Lohnbewegungen den verhassten Zentralverbänden verräterisch in den Rücken zu fallen, sobald ihnen dies in den Kram paßt. Gegenwärtig bemühen sich diese Herrschaften nun, ihrem Ruhmeskranz ein neues Blatt einzuflechten.

In Frankfurt a. O. befinden sich etwa 450 Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes seit einigen Wochen im Streik. Die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden pro Woche und fünfzigprozentige Lohnerhöhung waren anfangs nur bei den eigentlichen Tischlermeister gestellt worden. Drei Großfirmen, darunter die Möbelfabrik von Manx u. Gerstenberger, waren in die Bewegung nicht mit einbezogen. Bei den gesamten Meistern arbeiteten alles in allem nur 5 (geschrieben: fünf) ganze Hirsche. Alle übrigen Gesellen waren im Holzarbeiter-Verbande organisiert. Als nun die Forderung gestellt wurde, glaubte die Verbandsleitung wegen der paar Hirsche nicht erst dem großen Generalrat noch extra Mitteilung von der Lohnbewegung machen zu brauchen, umso weniger, als die fünf Mann von dem Vorgehen völlig unterrichtet waren und auch aus freien Stücken Solidarität gelobt hatten. Anfangs schien es nun, als würde es überhaupt nicht zum Streik kommen, denn die Meister zeigten Neigung zu einer gütlichen Verständigung. Die Sachlage änderte sich jedoch plötzlich. Von dem Inhaber der bereits erwähnten Firma Manx u. Gerstenberger waren nämlich die ehrsamen Meister zu einer Versammlung eingeladen und dort von ihm nach allen Regeln der Kunst scharf gemacht worden. So kam es denn, daß die Meister unter gegenseitiger Verpflichtung zu einer Konventionalstrafe die Forderungen rundweg ablehnten. Verebart war, daß die Meister für jeden Gesellen 10 M., die Firma Manx u. Gerstenberger, die ca. 600 Arbeiter beschäftigte, aber nur 1 M. Konventionalstrafe im Bewilligungsfalle zahlen sollten. Hierauf traten die Gesellen bei den Meistern in den Streik; die Firma Manx u. Gerstenberger aber sperrte sofort 100 Mann von den bei ihr arbeitenden Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes aus. Darauf legten auch die übrigen 80 Verbandsmitglieder bei der Firma die Arbeit nieder. Die Unorganisierten aber und ca. 60 Hirsch-Dundersche, die sich speziell bei dieser Firma eingenistet hatten, blieben stehen. Der Gauleiter des Verbandes, Stuchse-Berlin, begab sich nun sofort nach dem Berliner Gewerkschaftsbureau der Hirsche und machte dem „Generalrat“ Pambach berechtigte Vorhaltungen über das unsolidarische Benehmen der Gewerksvereiner bei der Firma Manx u. Gerstenberger. Darauf fuhr Pambach unter Assistenz des „Generals“ Schumacher nach Frankfurt, um Rücksprache mit den dortigen Hirschen zu nehmen. Stuchse bat, man möge ihn an der Unterredung teilnehmen lassen, damit er eventuell die Sachlage klären könne. Dies wurde von den Generalen jedoch aus „Zweckmäßigkeitsgründen“ abgelehnt. Inzwischen war bereits bekannt geworden, daß die Firma Manx u. Gerstenberger „ihren“ Hirschen bereits freiwillig eine Lohnzulage nebst Arbeitszeitverkürzung gewährt hatte. Dies war denn auch wohl der Grund, daß die Generäle dem Gauleiter Stuchse kurzweg erklärten, die Gewerksvereiner würden sich ihren ausgesperrten und streikenden Arbeitskollegen vom Holzarbeiter-Verband nicht anschließen, sondern

weiterarbeiten. Als äußerlichen Scheingrund zur „Rechtfertigung“ dieses durch und durch unsozialistischen Verhaltens gaben die Generäle an, das Weiterarbeiten erfolge, weil sie vom Holzarbeiter-Verband zu den Vorbereitungen über die Lohnbewegung nicht hinzugezogen worden seien. Dieser Einwand richtet sich natürlich von selbst, da anfangs nur die erwähnten fünf Gewerksvereiner in Frage kamen. Immerhin: die Hirsche arbeiten weiter und spielen für den Fabrikanten Gerstenberger die willkommenen Klausuristen.

Wie angesehen und wohlgeleiteten das edle Hirsch-Oll bei den Arbeitgebern in Frankfurt jetzt ist, geht zur Genüge aus den Annoncen hervor, in denen die Krauter überall Arbeitswillige suchen. Da heißt es: „Unorganisierte Holzarbeiter sowie Mitglieder des Gewerksvereins Hirsch-Dunker und der christlichen Arbeitervereine finden in den hiesigen Betrieben dauernde und gut bezahlte Lebensstellung.“ Arbeitswillige Hirsche werden sogar gebeten, wenn möglich auch solche Kollegen mitzubringen, „die im Rechnen und Schreiben fortkommen, um sie eventuell als Werkführer auszubilden.“ Danach zu urteilen, scheint es unter den Frankfurter Gewerksvereiner allerdings verhältnismäßig wenig geschickte Leute zu geben.

Der Holzarbeiter-Verband wird den Lohnkampf in Frankfurt a. O. auch ohne den Gewerksverein zu Ende führen. Bisher haben 14 Meister mit 70 Gesellen bewilligt. Es dürfte aber demnächst im Verbandsrat ernstlich die Frage ventilieren werden, ob es nicht richtiger ist, den Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereiner gegenüber die Taktik völliger Kalkstellung anzuwenden. Mehr wie Verrat über können sie doch nicht.

Berlin und Umgegend.

Küftung, Metallarbeiter!

Infolge des Vauischlofferstreiks in Berlin werden jedenfalls in den nächsten Tagen die hiesigen Schlossermeister, Innung und der Nachweis in der Dresdenerstraße, versuchen, in einer Reihe von Städten Arbeitswillige anzuwerben.

Wir ersuchen, sobald dies geschieht, uns sofort Mitteilung zukommen zu lassen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ordnungsverwaltung Berlin.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck ersucht.

Die Forderungen der Friseurgehilfen sind nunmehr den Arbeitgebern unterbreitet worden. Bis zur Verantwortung ist von der Gewerkschaft Zeit bis zum 1. Mai gegeben. Für die Lohnbewegung kommen von den 2870 Gehilfen 1800 in Betracht. Ueber 600 Gehilfen (Damenfriseur) haben heute schon bessere Arbeitsbedingungen. An der Bewegung sind drei Arbeitgeberorganisationen beteiligt, welche ungefähr 1200 Gehilfen beschäftigen, daneben auch noch 900 Lehrlinge. Ein Teil der Arbeitgeber hat die Forderungen sofort bewilligt.

Der Streik und die „Ausförrung“ der Berliner Schlosser hat noch immer keine nennenswerte Veränderung erfahren. In einer gut besuchten Schlosserversammlung, die gestern abend in der „Neuen Welt“ stattfand, konnte der Verbandsobmann C. Cohen mitteilen, daß wieder mehrere Firmen bewilligt haben. Der Stand des Streiks ist ein durchaus normaler. Die bestreiktesten Betriebe sind von Arbeitswilligen so gut wie frei. Im übrigen lauert der Metallarbeiterverband noch immer auf die Ausförrung der 15 000 Schlosser.

Die Bäckermeister und ihre Gesellen. Eine Bäckermeisterversammlung tagte gestern in den Germania-Prachsälen in der Chausseestraße, in welcher der Generalsekretär Westphal über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung berichtete. Er erklärte u. a., die Berliner Innungen hätten schon ehe ihnen Forderungen der Gesellen unterbreitet worden seien, beschlossen, in Verhandlungen einzutreten zu wollen und berechnete Forderungen zu bewilligen. Die Innungen hätten ihre Entgegenkommen schon darin gezeigt, daß sie Vertreter der freien Organisationen zu den Verhandlungen zulassen wollten, was doch früher ausgeschlossen gewesen sei. Wenn nun der „Verband der Bäcker und Verusgenossen Deutschlands“ das Recht in Anspruch nehme, als alleinige Vertretung der Gesellenschaft zu gelten, so gehe das nicht an, da auch der Verband der meisteirenen Gesellen, der sogenannte „gelbe“ Forderungen gestellt habe, die zeitgemäß seien und die gleiche Berücksichtigung finden müßten, schon um einen einheitlichen Tarif vereinbaren zu können. Die Forderungen des „gelben“ Verbandes würden am Freitag bei den eventuellen Verhandlungen bekanntgegeben werden, in dieser Versammlung sei es nicht tunlich usw. Dem Vorstehenden entsprechend wird dann eine Resolution verlesen und angenommen, in der es schließlich heißt: daß den verschiedenen Gesellenorganisationen, von denen Forderungen eingereicht sind, auch das gleiche Recht zuzubilligen ist. Eine Organisation von den Verhandlungen auszuschließen, wie es der „Verband der Bäcker und Verusgenossen“ verlangt, wird daher abgelehnt.

Deutsches Reich.

Der Holzarbeiterverband hat mit den Arbeitgebern in Forst (Rauß) einen Tarifvertrag abgeschlossen, wonach die Arbeitszeit daselbst auf 57 Stunden wöchentlich beschränkt und der Lohn für dieses Jahr um 3 Pf., für nächstes Jahr um 2 Pf. erhöht wird.

Der Korbmacherstreik in Guben-Neuzelle ist mit einem schönen Erfolg für die Arbeiter beendet. Die Arbeitgeber bewilligten einen Lohnaufschlag von 20 Prozent und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 68 auf 59 Stunden. In Fürstenberg dauert der Streik noch fort.

Die Ausförrung der Weber in Anagen

Ist am Sonntagabend in allen dem Arbeitgeberverbände angeschlossenen Betrieben angekündigt worden. Die angefangenen Stücke sollen folge wie bei und die Weber, sowie sie liefern, entlassen werden. In einzelnen Fabriken wurde dem gesamten in Lohn arbeitenden Personal gekündigt; in anderen erstreckte sich die Kündigung auch auf die Meister. Die Arbeiter nahmen die bombastischen Ankündigungen in allgemeinen recht heiter entgegen, umso mehr, als sie sahen, daß die Arbeitgeber sich bemühen, den Webern noch schleunigst neue Stücke auszugeben. Wer sein Stück bis zu dreiviertel voll hatte, mußte abreißen und neu ansetzen. Vielfach gab man Stücke von doppelter Länge, bis zu 109 Meter auf. Augenblicklich würde die Ausförrung die Arbeitgeber schwerer treffen als die Arbeiter. Die Saison ist in vollster Blüte. Bis Ende März arbeitete man mit aller Anspannung, um noch recht viel Ware zu den alten Rollsägen über die Grenze zu bringen. Die Inlandsbestellungen hielt man bis auf die äußerste Frist zurück. Jetzt drängen die Abnehmer auf Lieferung. Jeder Fabrikant möchte da gerne noch reichlich verkaufen, um so mehr, als man nach Sättigung des deutschen Marktes eine große geschäftliche Krise befürchtet. Begreiflich also, daß dem einzelnen Fabrikanten die Ausförrung sehr unangenehm kommt. Viele von ihnen befinden sich in größter Verlegenheit. Sie bedauern zu spät, daß sie durch Hintertreibung von Sichtwechseln auf 50 M. pro Kopf der Webeschicht sich zur Durchführung der Ausförrung verpflichtet haben. Zudem ist wohl selten eine Ausförrung so leichtfertig und unüberlegt worden wie hier. Man beachte: Iweimal hat der Arbeitgeberverband die Forderung des einzelnen Betriebes als zur Behandlung durch das Schiedsgericht nicht geeignet bezeichnet. Jetzt verlangen die Meistereichen Weber eine Revision des seit 12 Jahren bestehenden Tarifs. Die geringen Ausförrungen, die sie verlangen, sind so bescheiden, daß sie noch vielfach hinter den in anderen Betrieben seit Jahr und Tag bezahlten Sätzen zurückbleiben. Die Arbeitgeber haben selbst im Schiedsgericht mitbewilligt: es sollten

die Tarife der einzelnen Fabriken revidiert und so gestellt werden, daß den Webern ein hinreichender Durchschnittslohn gesichert sei. Und jetzt, wo zum drittenmal verhandelt werden soll einen Tarif zu verbessern, handeln sie durch Androhung der Ausförrung gegen ihren eigenen Schiedspruch. Bei Gebr. Hirt und bei Marx u. Auerbach wäre es vielleicht auch dazu gekommen, doch wich in beiden Fällen der christliche Verband mutig zurück. Diesmal hielt er eine Woche stand; vielleicht aus Verechnung, um der infolge seines Umsalles in der Frage des Zwischschlichtens stark einsetzenden Mitgliederflucht Einhalt zu tun.

Unterdessen haben der Gewerksinspektor Storz und der Reichstagsabgeordnete Sittart sich bemüht, erneute Verhandlungen zwischen den Parteien anzubahnen. Am Sonntagabend kam eine Besprechung des christlichen Verbandsvorsitzenden Schiffers mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes D. Elias zustande. Darüber wird von beteiligter Seite gemeldet: Herr D. Elias erklärte, der Arbeitgeberverband sei bereit, den Ausförrungsbeschluss aufzuheben, sowie eine Sitzung des Schiedsgerichts, welche baldmöglichst in den nächsten Tagen stattfinden und eine Regelung bezug. Aufhebung der Löhne für Anagen und Nüßtelartikel vornehmen sollte, zu beantragen, falls die streikenden Weber am Osterdienstag die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Der christliche Verband nahm den Vorschlag an unter der Bedingung, daß die Firma Meyer nach Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag mit dem Arbeiterausschuß sofort in neue Unterhandlungen über den Tarif eintrete. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes erklärte sich namens seiner Organisation damit einverstanden. Darauf hat der christliche Verband seinen Mitgliedern die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen.

Die Differenzen auf dem Eisenhüttenwerk zu Thale sind zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt.

Das gesamte Personal der Zellstofffabrik Waldhof bei Mannheim ist in den Ausstand getreten.

In der Jahrbücherfabrik von Geiger zu Düsseldorf sind die Former und Sieber wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Ausland.

Die französischen Buchdrucker

sind in eine Bewegung zur Erreichung des Neunstundentages eingetreten. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, diese Verminderung der Arbeitszeit anzunehmen, aber es bestehen noch Differenzen über den Lohn und den Tarif für die Nacharbeit. Die Pariser Gewerkschaft hat eine Abstimmung vorgenommen, die 1700 Stimmen für, 1190 gegen den Streik ergab. Im ganzen hat die Gewerkschaftskammer 4046 Mitglieder. Nach den Mitteilungen bürgerlicher Depeschbüros haben sich unter dem Drucke der Ausstandsbedingung sowohl Arbeitgeber zur Bewilligung der Forderungen bereit erklärt, daß die Zahl der Streikenden nur noch 2500 beträgt.

Zwischen hat aber die Bewegung weitere Kreise gezogen. Wolffs Depeschbüro meldet, daß 3500 Maschinenarbeiter in den Druckereien den Ausstand begonnen hätten. Ob es sich dabei um Drucker oder Hilfspersonal oder um beides handelt, die sich der Bewegung anschließen, bleibt unklar.

Außer den Pariser Buchdruckern sind auch die von Lille, Cambrai und Valenciennes in die Bewegung eingetreten.

Große Erdbeben-Katastrophe in San Francisco.

Der erdgestaltenden Gewalten sind in eine Periode wilder, zerstörender Betätigung eingetreten. Kaum ist am Befug Stillstand eingetreten, da kommt die Meldung von einem furchtbaren Erdbeben aus Kalifornien. Die Metropole der Pazifik-Küste der Union, das 400 000 Einwohner zählende San Francisco ist durch mehrere Erdbebenstöße furchtbar verwüstet worden. Die bislang vorliegenden Meldungen geben freilich über die Ausdehnung der Katastrophe nur unvollständige Angaben, doch sprechen sie schon von Hunderten von Toten.

Die Meldungen lauten:

Chicago, 18. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Telegraphengesellschaften sind ohne jede Verbindung mit San Francisco und Sacramento. Wie die Western Union Telegraph-Company mitteilt, ist durch ein heftiges Erdbeben in den westlichen Staaten beträchtlicher Schaden angerichtet worden. Dasselbe soll auch in San Francisco und Sacramento der Fall sein.

New York, 18. April. Das Erdbeben, welches San Francisco heute vormittag heimsuchte, wurde auch im ganzen Staate Nevada verspürt. Wie der New York Postal and Telegraph Company kurz vor 11 Uhr telegraphisch gemeldet wurde, hat das Erdbeben in San Francisco fünf bis acht Straßengebiete im Geschäftsdistrikt zerstört und im Vantdistrikt ebenfalls großen Schaden angerichtet.

New York, 18. April. Der Geschäftsteil der Stadt San Francisco ist zum größten Teil zerstört worden. Zahlreiche Gebäude sind eingestürzt. In dem Bezirke der billigen Mietshäuser sind Hunderte von Menschen getötet worden. Die Geschäfte liegen still.

New York, 18. April. („Lok.-Anz.“-Meldung.) Heute morgen 5 Uhr 13 Minuten erfolgten drei Erdbebenstöße in San Francisco. Die ersten beiden waren nur leicht, der dritte zerstörte nach den bisherigen Meldungen die Stadt. Wer überlebte, floh mit Ausnahme von sehr wenigen Personen, die dort blieben, um die Verletzten aus den Trümmern und den überall entstehenden Feuersbrünsten zu retten. Es fehlt an Wasser. Der Telegraph ist unterbrochen. Der letzte meldende Telegraphist dröhete aus dem einstürzenden Gebäude, daß er sein Leben retten müsse. Immerhin mögen diese ersten Meldungen wohl von Panik beeinflusst sein.

New York, 18. April. Das heute morgen in Kalifornien stattgefunden Erdbeben hat in San Francisco die meisten öffentlichen Gebäude, darunter das Rathaus, zerstört. Die elektrischen und Gasleitungen sind abgeschnitten, so daß die ganze Stadt in Dunkel gehüllt ist. An allen Ecken der Stadt sind Feuerbrünste ausgebrochen, die großen Schaden anrichten. Es ist unmöglich, die Zahl der Opfer auch nur annähernd festzustellen; sie beläuft sich aber auf Tausende. Die meisten kleinen Gebäude der ärmeren Stadtteile liegen in Trümmern, während die modernen Paläste der reicheren Stadtteile der Katastrophe besseren Widerstand entgegenzusetzen konnten; sie weisen aber viele Risse auf.

Das Erdbeben dauerte drei Minuten an und verursachte unter der Bevölkerung eine unbeschreibliche Panik. Die Bewohner flüchteten auf die Straßen, wo viele von einstürzenden Gebäuden getötet wurden. Aus den Trümmern hört man laute Hilferufe; doch ist es teilweise nicht möglich, den Verunglückten Hilfe zu bringen. Die Rettungsarbeiten werden von der gesamten Bevölkerung angefaßt. Aus den benachbarten Ortschaften eilen Ärzte und Helfer zur Hilfe; auch die Feuerwehren der verschiedenen Ortschaften sind herbeigeeilt und bemühen sich, des Feuers Herr zu werden, das ganze Stadtviertel einzufahren droht. Infolge der Telefon- und Telegraphenstörungen laufen die Nachrichten nur spärlich ein. Sacramento liegt ebenfalls teilweise in Trümmern. Ob auch andere Ortschaften von der Katastrophe betroffen worden sind, läßt sich infolge der Leitungstörungen noch nicht feststellen.

New York, 18. April, 11 Uhr vormittag. (W. T. U.) Aus San Francisco werden große Verluste an Menschenleben gemeldet. Alle Telegraphenleitungen, mit Ausnahme von einer, sind zerstört. Durch das Erdbeben wurden die Rohre der Wasser- und Gasleitungen zerbrochen. Das Feuer nimmt seinen Weg die Market Street entlang. Das Rathaus, welches sieben Millionen Dollar gekostet hat, liegt in Trümmern. Die Furcht und die Erregung, die in San Francisco herrschen, sind unbeschreiblich. Aus vielen Häusern stürzten die Bewohner in leichter Nachtkleidung auf die Straßen. Viele Gebäude gerieten plötzlich ins Wanken und stürzten mit Krachen ein, die Bewohner unter den Trümmern begraben. In den Hotels im Innern der Stadt entstand furchterliche Aufregung. Am meisten sind die Gebäude südlich von Market Street beschädigt, wo zumeist in Fachwerkbau errichtete Mietshäuser stehen. An vielen Stellen brachen Trümmer aus. Die Lage wird dadurch verschlimmert, daß alle Beleuchtungsanlagen, Gas wie Elektrizität, vernichtet sind. Da es an Wasser fehlt, wurden Häuser in die Luft gesprengt, um den Krachenden Einhalt zu tun. Ganze Straßenzüge sind durch die Trümmerhaufen verperrt.

New York, 18. April, 12 Uhr mittags. (W. T. U.) Ein Telegramm aus Sacramento meldet, daß eine drei Meilen lange Strecke der Eisenbahn zwischen der Stadt Suisun und Benicia versunken ist. Durch das Erdbeben sind acht Häuserblöcke des Stadtviertels, welches den nordöstlichen Teil San Franciscos bildet, zerstört worden. Geringerer Schaden ist in allen übrigen Teilen der Stadt angerichtet worden. Die Häuser der Zeitungen „Call“ und „Examiner“ sind zerstört. Hunderte von Todesfällen werden aus den weniger gut gebauten Teilen der Stadt gemeldet. Die neueren Nachrichten lassen die Vermutung noch größer erscheinen, als bisher angegeben wurde.

New York, 18. April, 1 Uhr mittags. (W. T. U.) Nach den letzten Nachrichten aus San Francisco nimmt die dort durch das Erdbeben verursachte Feuerbrunst einen Umfang an, daß man befürchtet, das gesamte Geschäftsviertel werde ihr zum Opfer fallen.

Stockton (Kalifornien). (W. T. U.) Auch hier hat heute ein Erdbeben stattgefunden. Die Bahnbrücke über den San Joaquin-Fluß hat sich gesenkt.

San Francisco, 18. April. (W. T. U.) Kurz nach 8 Uhr vormittag ereignete sich ein zweites Erdbeben, welches die Panik erhöhte. Die Einwohner flüchteten auf die Straßen. Das Erdbeben war jedoch nur von kurzer Dauer.

New York, 18. April, 2 1/2 Uhr nachmittags. (W. T. U.) Der ganze vom Meer aus sichtbare Teil von San Francisco steht in Flammen. Das Feuer greift rasch um sich, und wenn sein Westwind einsetzt, droht die Gefahr, daß die ganze Stadt niederbrennt. Ein fünfstädiges Hotel stürzte ein, dabei wurden siebenzig Personen unter den Trümmern begraben und diese gingen dann in Flammen auf. In gleicher Weise fiel ein großes Wohnhaus, wobei etwa achtzig Personen ums Leben kamen. Das Palace Hotel steht in Flammen. Im Süden der Market Street slog ein großer Gasbehälter auf, wodurch eine neue große Feuerbrunst veranlaßt wurde. Die Banken sind geschlossen. In den Straßen patrouillieren Truppen, die Befehl haben, jeden, der beim Diebstahl betroffen wird, niederzuschießen.

New York, 18. April, nachmittags. (W. T. U.) Nach den letzten Nachrichten aus San Francisco sind bereits vierhundert Tote nach einer in der Eile errichteten Leichenhalle gebracht worden, und treffen fortgesetzt neue Leichentransporte ein. Das ganze Stadtviertel, das durch die Market Street und Polson Street, sowie die dritte und neunte Straße begrenzt wird, ist ein Flammenmeer.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Tag Gefängnis.

Münster, 18. April. (W. T. U.) Der Diözesanpfarrer Bachstein-Minden wurde heute vom hiesigen Obergericht, an welches das Reichs-Militärgericht am 3. März die Angelegenheit zurückverwiesen hatte, wegen seiner bekannten Donabrischer Rede zu einem Tage Gefängnis verurteilt.

Es wird nichts helfen!

Paris, 18. April. (W. T. U.) Dem Blatte „Trois“ zufolge ist die Vollversammlung der französischen Bischöfe zur Beschlußfassung über die gegenüber dem Trennungsgesetz einzunehmende Haltung auf den 30. Mai einberufen worden. Die Versammlung werde wahrscheinlich nur zwei Tage dauern. Die Beschlüsse der Bischofsversammlung werden dem Papste unterbreitet werden, von welchem die endgültige Entscheidung abhängt.

Untersuchungen in Courrières.

Leas, 18. April. (W. T. U.) Vertreter der Gerichtsbehörden führten heute in Schacht zwei der Kohlengrube von Courrières ein, um den Zustand des Absperrdammes des Cäcilienanges auf der 320 Meter-Sohle festzustellen, wozu man bisher nicht hat gelangen können. Der Staatsanwalt, dem Ingenieur als Führer dienten, stellte fest, daß der Brand im Josephinengange nahezu erloschen sei, die Gerichtsbeamten gelangten dann, stets von Ingenieuren geführt, nach dem Cäcilienangang auf 320 Meter. Man stellte dort fest, daß der ausgeführte Absperrdamm nicht die geringste Veränderung aufwies und nicht einmal warm war, daß daher, wie es scheint, der Brand von vornherein mit dem Grubenbrand nichts zu tun hatte, da das Feuer im Cäcilienange in seinen Absperrdämmen eingeschlossen war.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Paris, 18. April. (W. T. U.) Aus Denain wird gemeldet, daß dort heute mittag zwischen Anständigen und arbeitswilligen Bergleuten blutige Kämpfe ausgebrochen waren. Die Gendarmen und die Truppen seien nicht instande gewesen, die arbeitswilligen Bergleute und Ingenieure zu schützen, auch mehrere der letzteren sind arg mißhandelt worden. 12 000 Arbeiter sind, wie es heißt, in den Baulichkeiten der Bergwerksgesellschaften eingeschlossen, welche von den Anständigen regelrecht belagert werden. Mehrere Ingenieure sind nach Paris abgereist, um vom Minister Clemenceau Hilfe zu verlangen. Wie verlautet, beabsichtigt der Arbeitsminister Vercaux infolge der neuesten Meldungen, nach denen die Lage im Kohlenfeldgebiet im Departement Nord und Pas de Calais immer bedenklicher wird, noch heute nach Leas abzureisen.

Leas, 18. April. (W. T. U.) Während eines Aufmarsches versuchte der Deputierte Badly an die Anständigen eine Ansprache zu halten; er wurde jedoch mit Steinwürfen angegriffen und mußte sich zurückziehen. Die Anständigen plünderten die zu dem Hause des Grubendirektors Reumaux gehörige Stallung und bemächtigten sich der Bahnhöhle der Grubenwerkgesellschaft sowie der Wachthäuser auf der Eisenbahnbrücke. Auf die Gendarmen wurde mit Steinen gemorfen. Auf die Meldung, daß eine starke Bande gegen die Werkstätten der Gesellschaft marschierte, verlangten diese Verstärkungen.

Blutiger Zusammenstoß.

Rom, 18. April. (W. T. U.) In Calimera (Provinz Lecce) kam es infolge eines Ausstandes zu Unruhen. Die Streikenden warfen eine Bombe gegen das Gemeindefhaus. Mehrere Polizeibeamte und der Sohn des Bürgermeisters wurden verwundet. Als Karabinieri mehrere Verhaftete nach dem Gefängnis bringen wollten, versuchte die Menge die Verhafteten zu befreien und warf mit Steinen. Die Karabinieri schossen, mehrere Personen wurden verwundet.

Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Zwickau, 17. April.

Im festlich geschmückten Saale des Zwickauer Arbeiterlokals **Waldedere** traten heute die Vertreter des sächsischen Proletariats auf zwei Tage zusammen.

Der Vertrauensmann des Zwickauer Kreises, Genosse **Müller**, eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßungsrede. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten, berichtete

Genosse **Sindermann** als Vorsitzender des Zentral-Agitationskomitees über die Parteitätigkeit im vergangenen Geschäftsjahre. Auch in diesem Jahre — so führte er aus — könne er über einen erfreulichen Mitgliederzuwachs der Partei berichten, etwa 8000 neue Mitglieder seien gewonnen. In der Zeit von 1901 bis 1905 ist die Mitgliederzahl von 25 000 auf 54 000 gestiegen. Den gleichen Aufschwung wie die Organisation habe auch die Presse genommen; auch sie hat im verflorenen Jahre weit über 8000 neue Abonnenten gewonnen. In Anbetracht der kommenden scharfen Kämpfe müsse die Organisation noch immer mehr ausgebaut werden. Die Gegner hätten sich schon ausgerechnet, welche Wahlkreise sie und abnehmen wollten. In Aktion solle dabei besonders der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie treten.

Wenn jetzt von den Jungliberalen Hoffnungen auf den kommenden Ministerpräsidenten, den Grafen **Hohenhausen**, gesetzt würden, daß mit ihm eine freibildigere Entwicklung in Sachsen anbrechen würde, durch die sie und dann besser bekämpfen könnten, so ständen wir diesen Hoffnungen sehr kühl gegenüber. Der Redner geißelte die Dresdner Schreckensurteile gegen die Wahlrechtsdemonstranten und das ungeheuerliche Urteil gegen den Genossen **Heinrich** von der „Leipziger Volkszeitung“ und besprach darauf die Anträge. Zu dem Antrag auf Schaffung von Jugendorganisationen bemerkte der Redner, daß dieser das sächsische „Zwiel“ sehr hinderlich sei. Außerdem würde sich auch der nächste Parteitag ausschließlich damit zu beschäftigen haben. Einen Parteisekretär für Sachsen anzustellen, sei von den Komitees einstimmig abgelehnt worden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Wraune**, der Kassierer des Zentral-Agitationskomitees, teilte mit, daß die Einnahmen im verflorenen Jahre bedeutend gestiegen seien, sie betragen über 16 000 M. 80 000 Stück Agitationskalender seien an unbemittelte Kreise gratis abgegeben worden. Die „Kommunale Praxis“ sei in über 1200 Exemplaren für die Gemeindevertreter gehalten worden. Mit dem Handbuch „Sächsische Politik“ sei auch ein kleiner Ueberschuss erzielt worden. So zeige auch sein Bericht einen Fortschritt auf dem ganzen Gebiete. Zahlengemäß wies er dann nach, wie die besser situierten Kreise für die schwächeren mit Geldmitteln und Agitationsmaterial geforgt hätten.

Nach der Begründung der Anträge setzte in der Nachmittags-sitzung eine äußerst lebhaft Diskussion ein.

Zu Beginn derselben berichtete die Mandatsprüfungskommission, daß sämtliche 23 Kreise vertreten seien, und zwar durch 58 Delegierte. Außerdem sind 18 Agitationskomiteemitglieder anwesend sowie Genosse **Gerisch** für den Parteivorstand und 12 Reichstagsabgeordnete. Für die „Kommunale Praxis“ ist Genosse **Dr. Sadekum** erschienen.

Neben verschiedenen Wünschen nach besserer Agitation, Ausgestaltung der Presse — das letztere besonders für den Plauer Kreis, wo man ein eigenes Blatt wünscht — rief der Antrag auf die Schaffung einer Jugendorganisation durch das Eingreifen des Genossen **Edmund Fischer** eine fast hitzig geführte Debatte hervor. Dieser meinte, daß die Jugendorganisation mit der Kindererziehung zusammenfalle und daß gar keine Rede davon sein könnte, daß man die Kinder im sozialistischen Geiste, in der sozialistischen Weltanschauung erziehen dürfe. Alle Pädagogen seien darüber einig, daß jede politische Tendenz bei der Erziehung ferngehalten werden müsse. In diesem Sinne hätten sie sich auch in unserer Presse, „Gleichheit“ und „Hamburger Echo“ vernehmen lassen. Ihm dienten die Genossen **Goldstein**, **Geyer**, **Sindermann** und andere, indem sie seine Anschauung zeichneten mit der Bemerkung, daß von der heutigen Gesellschaft die Kinder kurrapatriotisch verjimpft und bis in spätere Jahre hinein bevormundet würden, obwohl sie oft längst im wirtschaftlichen Leben ständen. Der Antrag wurde schließlich dem Zentralkomitee zur Berücksichtigung überwiefen. Der Antrag auf Anstellung eines Parteisekretärs für Sachsen wurde abgelehnt. Im übrigen wurde das Landesorganisationsstatut in der von den Komitees vorgeschlagenen Fassung angenommen. Die Konferenz entlastete dann noch einstimmig das Zentralkomitee.

Ueber die Tätigkeit des Landtages berichtete Genosse **Goldstein** in einem längeren Referat. Er zeigte, daß in dieser Körperschaft nichts anderes als agrarische Interessenpolitik und arbeiterfeindliche Politik getrieben werde. Wehrt sich werden seien die Verhandlungen von Anfang bis Ende von der Wahlrechtsbewegung. Jeder höhere Geisteszug fehle, was den agrarischen Interessen nicht direkt diene, werde einfach niedergestimmt. Sei aber die zweite Kammer ja nicht agrarisch genug, so werde sie von der ersten zurechtgewiesen und ihre Beschlüsse einfach umgestoßen. Die Mittelständler trieben die gleiche blödsinnig rückwärtige Politik wie die übrigen Parteien. Eine eigentlich antisemitische Richtung verträten die Mittelständler gar nicht mehr, entweder seien sie konservativ oder richtiger „freisinnig“. Auf die Liberalen sei überhaupt in keiner Beziehung zu rechnen. Doch es unter dem neuen Ministerium anders werden würde, daran sei nicht zu denken. So sei für uns die Richtung klar vorgezeichnet: Kampf der ganzen Gesellschaft! (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der ersten Tages-sitzung.)

Zwickau, 18. April.

Zweiter Verhandlungstag.

(Eigener Telephonbericht.)

In der Debatte über das Referat **Goldstein** gab **Geyer** zu, daß **Goldstein** als einziger Vertreter unserer Partei im Landtage eine schwere Stellung habe. Das Defizit des Etats sei nur rechnerisch verschwunden, in Wirklichkeit aber als Kulturdefizit vorhanden. Die Resolution zu diesem Punkte wurde einstimmig angenommen. Darin wird dem Genossen **Goldstein** das Vertrauen ausgesprochen und gefordert, daß der Landtag nur eine einseitige Klassenvertretung der Herrschenden sei.

Genosse **Geyer** referierte über die Wahlrechtsbewegung. Er schilderte die politische Entwicklung Sachsens sowie die neuere Wahlrechtsbewegung der Arbeiterklasse, die das Ministerium vielfach hinweggefegt hat. Der Kampf müsse fortgesetzt werden, bis die Dreiklassenherrschaft gestürzt sei. Die jeweilige Aktion sei nach den Situationen zu bestimmen. Die Debatte darüber drehte sich in der Hauptsache um die Strahendemonstrationen und darum, ob der politische Massenstreik zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts für Sachsen in Frage komme. Befürwortung fand das letztere nicht. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Genosse **Schulze-Cossebaude** referierte endlich über die Taktik bei den Gemeindevertreterwahlen. Er besprach u. a. die Ueberführung der „Kommunale Praxis“ in den Verlag des Parteivorstandes. Das Blatt habe für die Gemeindevertreter großen Wert. Eine lebhaft Diskussion folgte. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach Erledigung einer Reihe von Anträgen bestimmte die Landeskonferenz als Sitz des Zentralagitationskomitees wiederum

Dresden. Die nächstjährige Landeskonferenz findet in Dresden statt.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die revolutionäre internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Schweizerischer Gewerkschaftskongress.

Basel, 15. April. (Eig. Ber.)

In Anwesenheit einer großen Zahl von Delegierten wurde gestern abend in dem hübsch decorierten großen Saale der „Burgvogelhalle“ der Gewerkschaftskongress eröffnet. Seine Hauptaufgabe war die Stellungnahme zur „direkten Aktion“. In der lebhaften Debatte hierüber traten nur ein Basler Anarchist und der Sekretär des Malerverbandes, Genosse **Strube**, dafür ein; alle anderen Redner, darunter auch **Greulich**, bekämpften sie. Das Ergebnis war die Annahme der folgenden von den Verner Gewerkschaften beantragten Resolution:

„Die Delegierten am Gewerkschaftskongress sind der Ueberzeugung, daß nicht durch die „direkte Aktion“, sondern nur durch beständige und praktische Organisationsarbeit eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden kann. Sie empfehlen daher den Gewerkschaften, an ihrer bisherigen Taktik festzuhalten, im Bewußtsein, daß dies der einzige richtige Weg ist, welcher zunächst zum Achtstundentag und schließlich zur wirklichen Volksfreiheit führt. Heute die „direkte Aktion“ ernsthaft zu propagieren, hieße nichts anderes als was durch jahrzehntelange mühselige und opfervolle Arbeit aufgebaut wurde, in einem einzigen Augenblick mutwillig aufs Spiel zu setzen. Unsere Arbeiterorganisationen müssen ihre ganze Tätigkeit darauf richten, die Arbeiter durch eine planmäßige und unermüdlige Agitation zu sammeln und zu einigen. Unter den bestehenden Verhältnissen würde durch die „direkte Aktion“ nicht der Arbeiterorganisation, wohl aber deren Gegnern ein Dienst erwiesen. Wer es aber mit der Arbeiterklasse ernst meint, kann dies nicht wollen. Der Gewerkschaftskongress lehnt es daher ab, sich mit der „direkten Aktion“ näher zu befassen und geht damit zur Tagesordnung über.“

Heute wurden die Verhandlungen mit der Behandlung der Berichte des Bundeskomitees eröffnet. Die Sekretärin **Genossin Haas-Bern** berichtete mündlich über ihre Tätigkeit, da sie es verpfaßt hatte, ihren Bericht im offiziellen Bericht des Gewerkschaftsbundes zu veröffentlichen. Aus ihrer Berichterstattung ergibt sich, daß die Gewerkschaftssekretärin sich sehr viele Mühe mit der Agitation und Organisation unter den Arbeiterinnen gegeben und damit auch viele Erfolge erzielt hat. Sie hielt 147 Vorträge in allen Teilen des Landes und wirkte dadurch auch zur Förderung der allgemeinen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Ihr Bericht wurde mit Beifall und Anerkennung aufgenommen. In der anschließenden Debatte richtete sich die Kritik gegen die Mängel in der Berichterstattung, namentlich gegen das Fehlen der Gewerkschaftsstatistik für 1906. In dem Berichte des Kassierers war die Mitteilung unerfreulich, daß der frühere Kassierer sich Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen ließ. Er verpflichtete sich jedoch, den Schaden wieder gut zu machen.

Ueber die Reorganisation des Gewerkschaftsbundes durch entsprechende Revision der Statuten referierte **Genosse Greulich**. Beschlossen wurde zunächst die völlige Ausschreibung des Streiklooses aus dem Aufgabenkreis des Gewerkschaftsbundes. Lebhaft Debatte veranlaßte die Frage der zukünftigen Gestaltung der Agitation und der Prekverhältnisse. Dabei wurde wiederholt auf die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Vorbild hingewiesen, ebenso auf das von ihr herausgegebene „Correspondenzblatt“.

Bei Eröffnung der Nachmittags-sitzung teilte der Präsident mit, daß 23 Verbände mit 38 068 Mitgliedern durch 411 Delegierte vertreten sind, ferner die meisten Arbeiterunions, die schweizerische sozialdemokratische Partei, der Grütliverein, der schweizerische Arbeiterbund und die Redaktionen der sozialdemokratischen Parteiblätter.

In seinem Resümee wandte sich **Greulich** entschieden gegen die Meinung, den Gewerkschaftsbund aufzulösen. Verlangt soll er werden, nicht aufgelöst. Der Antrag auf Auflösung, den die Holzarbeiter gestellt hatten, wurde denn auch mit 196 gegen 66 Stimmen abgelehnt und andererseits mit 206 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Aufgaben der Gewerkschaftskommission sind: 1. Aufklärung der verschiedenen Berufsverbände über die Punkte, in welchen ihre Kampfinteressen sich berühren; 2. die Verbindung und Verständigung zwischen den Berufsverbänden herzustellen in den Punkten, in welchen gemeinsames Handeln von Vorteil ist; dahin gehört namentlich die einheitliche Regelung allgemeiner Bewegungen; 3. die Agitation unter denjenigen Berufsverbänden zu leiten und zu treiben, welche aus eigener Verbandskraft nicht genügende oder nicht geeignete Agitation betreiben können und 4. die Förderung der Entwicklung derartiger Verbände zu allgemeinen starken Industrieverbänden, um sie auf diesem Wege zu befähigen, ihre speziellen Berufsaktionen selbst zu regeln. Um die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, gibt die Gewerkschaftskommission eine monatlich zweimal erscheinende gewerkschaftliche und sozialpolitische Revue heraus, das „Correspondenzblatt“, in welchem das den ökonomischen Vorkampfbund der Arbeiterklasse betreffende Material derart übersichtlich zusammengestellt wird, daß sich hieraus allgemein verständliche Gesichtspunkte für die Bewegung ergeben.“

Eine weitere mit 157 gegen 51 Stimmen angenommene Resolution verpflichtet die Organisationen, mindestens 14 Tage vor Einleitung von Lohnbewegungen und anderen wirtschaftlichen Aktionen hieron unter genauer Bezeichnung der aufzustellenden Forderungen und genauer Angabe der beteiligten Arbeiter und der Organisierten sowie über die bestehenden Arbeitsverhältnisse dem Bundeskomitee Mitteilungen zu machen.

Weiter soll das Bundeskomitee wie bisher bei Lohnkonflikten kleinerer Verbände vermitteln, auch in bezug auf Wiederherstellung der Sektionen an die Gewerkschaftskommission und Pflege der Statistik soll es in der Hauptsache fernzuziehen wie bisher bleiben.

Eine lange Diskussion verurteilte die Höhe der Beitragsleistung. Bei schon etwas gelichteten Reihen wurde mit 120 gegen 117 Stimmen ein Betrag von 3 Cts. beschlossen, wobei die weiblichen Mitglieder und die Heimarbeiter nur die Hälfte zahlen sollen.

Zur finanziellen Unterstützung außerordentlicher Streiks oder Aussperrungen können durch das Bundeskomitee, aber einzig nur durch dieses, Geldsammlungen im ganzen Lande veranstaltet werden. Den lokalen Arbeiterunions (Gewerkschaftskartellen) wird unterstellt, obligatorische Extraträger für Streiks einzuziehen, wenn ein Streik nicht länger als 3 Wochen dauert.

Am Montagmorgen wurde Wiedereröffnung des Beschlusses betreffend den 3 Rappenbeitrag mit 71 gegen 65 Stimmen beschlossen und im Anschluß daran der weitere Beschluß gefaßt, die Frage, ob 3 oder 4 Rappen, der Urabstimmung zu unterbreiten.

Ueber die Zusammensetzung der künftigen Kongresse wurde festgesetzt, daß auf je 300 Mitglieder oder auf einen Bruchteil von 150 Mitgliedern ein Delegierter entsandt werden soll.

Schließlich kam man noch auf den Artikel 2 zurück und beschloß, daß nur auf dem Boden des Massenkampfes stehende gewerkschaftliche und berufliche Arbeiterorganisationen der Schweiz dem Gewerkschaftsbunde angehören können.

Um die ordentliche Liquidation der Streikasse zu ermöglichen, wurde, da sie noch eine Schuld zu tilgen hat, die Erhebung eines Extrabeitrages von 50 Rappen pro Mitglied beschlossen.

Als Vorort wurde mit 84 gegen 42 Stimmen, die auf Zürich fielen, Bern wieder bestätigt, als Vorort der Beschwerdekommission Winterthur.

Auf die Behandlung des Punktes „Bauarbeiterstreik“ wurde verzichtet und der Referent **Laitmann** ersucht, sein Referat in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen.

Nach Erledigung einiger weiterer Geschäfte wurde vom Präsidium mit einer wirksamen Ansprache der Kongress geschlossen.

6. Verbandstag der Sattler in Dresden.

Dresden, 17. April.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: **Streik, Lohn- und Tarifbewegungen**, referierte Verbandssekretär **Blum** Berlin in Vertretung des erkrankten ersten Vorsitzenden **Sassenbach**. Er hält dafür, daß bei dieser Gelegenheit zugleich insoweit statutarische Änderungen besprochen werden, als dies durch die vorliegende Materie bedingt wird. Redner weist auf die Intensität der gegenwärtigen Lohnbewegungen hin und erwähnt die Tatsache, daß die Berliner Haffemacher nach sechswohentlichem Streik sich nennenswerte Vorteile erkämpften. Dergleichen würde es wahrscheinlich schon diese Woche zu einer größeren Aussperrung Dresdener Waggonarbeiter kommen. Auch sonstige Anzeichen lassen darauf schließen, daß der Kampfcharakter unserer Lohnbewegungen in Zukunft bedeutend scharfer zum Ausdruck gelangen dürfte, als jemals zuvor. Wir müssen uns daher fragen, ob es nicht notwendig sein wird, in Aussicht stehende Lohnbewegungen früher als bisher beim Hauptvorstande anzumelden, damit Vorstand und Ausschuss rechtzeitig disponieren können. In Zukunft darf nicht mehr ins Blaue hinein gestreift werden, sondern der Vorstand muß die Fäden der Lohnbewegung in der Hand behalten und auf Grund der bestehenden Konjunktur disponieren können. Oft ist es möglich, bei gehöriger Erstarkung der örtlichen Verwaltung durch Lohnbewegungen im richtigen Moment ohne Streiks größere Vorteile von längerer Dauer zu erzielen, als dies durch die Härte des Streiks möglich geworden wäre. Natürlich gilt auch hier der Satz: Keine Regel ohne Ausnahme! Besonders wichtig ist vor der Ueberstürzung bei der Einleitung von Lohnbewegungen warnen und darauf hinweisen, daß die Vorbereitungen dazu bedeutend vorsichtiger getroffen werden müssen. Man solle nicht Mitglieder werben unter dem bestimmten Versprechen: dann und dann wollen wir in eine Lohnbewegung eintreten, weil man niemals die Geschäftskonjunktur auf längere Zeit voraus sicher berechnen könne, auf der anderen Seite aber zur Einlösung des einmal gegebenen Versprechens gedrängt und solcherart mitunter in einen ausichtslosen Lohnkampf getrieben werde. Man darf bei der Werbung von Mitgliedern nur sagen, daß der Verband die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder erstrebe. Auch möchte er davor warnen, daß man Tarifbewegungen allzu sehr skabonisiere. In Anbetracht der so sehr verschiedenartig gelagerten Verhältnisse in den verschiedenen Städten sei dies keineswegs von Nutzen. Zum Abschluß eines geblühenden Tarifvertrages gehöre nicht nur eine festgeschlossene Arbeiterkraft, sondern auf der anderen Seite auch eine geschlossene Unternehmerkraft, welche den geblühenden Wert eines stabilen Tarifverhältnisses auch anerkennt und zu würdigen weiß. Fehlt diese letztere Erkenntnis, so bleibt der Wert eines eingeführten Tarifes fraglich. Allgemeine Vereinbarungen über Lohnzahlung, Arbeitszeit usw. sind als leichter durchführbar und besser zu kontrollieren weitaus vorzuziehen. Innerhalb dieses Rahmens bleibt dann ein größerer Spielraum für die Bemessung der einzelnen Arbeiten. Der Hauptvorstand muß in allen Fällen darauf dringen, daß seitens der örtlichen Verwaltungstellen klare Antwort auf alle gestellten Einzelfragen erteilt wird; das ist kein überflüssiger Bureaunkrautismus, sondern wird durch die Verantwortlichkeit der Verbandsleitung diktiert, wenn zu gleicher Zeit höhere Lohnbewegungen und Kämpfe in verschiedenen Städten ausbrechen. Ein großer Uebelstand sei es, daß bei jeder Meinungsmeinung von einzelnen Verwaltungstellen verlangt werde: der Zugang ist fernzuhalten, oder daß sofort die Sperre verhängt werde. Die erste Seite des Verbandsorganes wimmle manchmal von solchen Notizen, die sich oft nur zu gewissermaßen als Gratisannoncen für Indifferente zum Nutzen des Unternehmertums darstellen. Man müsse dafür sorgen, daß fünfzigjährig nur der Hauptvorstand nach Erwägung aller Einzelheiten berechtigt sei, Sperren zu verhängen oder vor Zugang zu warnen. Die Streikreglements aller Verbände sind bedeutend verschärft und auch wir müssen uns dazu entschließen. Dafür hat auf der anderen Seite auch eine namhafte Erhöhung der Streikunterstützung plözuzugreifen, da die bisherigen Sätze angesichts der gewaltigen Feuerwerksverhältnisse in keiner Weise mehr genügen. Auch eine Erhöhung der Strengezeit zum Bezuge der Unterstützung ist nötig, denn wir müssen verlangen, daß die Kollegen sich bei Zeiten organisieren. (Beifall.)

Vor der heute Vormittag einsehenden Generaldebatte gab der Vorsitzende noch bekannt, daß anstelle **Silberschmidts** von der Generalkommission **Anoll** Berlin delegiert und erschienen sei. Die Debatte selbst war eine rege und äußerst instruktive. Die Erfahrungen der Vergangenheit wurden rückwärts besprochen und daraus Schlüsse für die Zukunft gezogen. In der Hauptsache drehte sich die Diskussion um die Erörterung, ob und in welchem Maße die unorganisierten Kollegen bei Angriffstreiks heranzuziehen sind, bezw. ob der Prozentfuß der Organisierten bei Beschluß eines solchen von vornherein festgelegt werden soll oder nicht.

Schulze Berlin erklärt unter anderem, daß in Berlin Bedenkliches in bezug auf Lohnbewegungen ohne Arbeitsverstellungen geübt wurde und daß dafür gefordert werden müsse, auch die anderen Verwaltungstellen zu gleichem Vorgehen zu ermuntern. Unorganisierten Kollegen muß es rechtzeitig klar gemacht werden, daß sie keinerlei Anspruch auf Streikunterstützung hätten, damit sie sich danach richten und rechtzeitig dem Verbande beitreten könnten. Die Forderung dagegen, daß bei Angriffstreiks mindestens zwei Drittel der Beteiligten organisiert sein müßten, halte er für praktisch un-durchführbar und rechtzeitig Bewegung hinderlich. Die Verhältnisse allein müßten dabei ausschlaggebend sein.

Weinschild Offenbach verbreitete sich als Vertreter des Portefeullerverbandes über die Gegenseitigkeitsverhältnisse der beiden Organisationen, deren weiterer Ausbau namentlich in Streik- und Aussperrungsfällen dringend notwendig erscheint. Die Verhandlungen über Einzelfälle dürften nur von Hauptvorstand zu Hauptvorstand erfolgen und nicht wie bisher durch die Zahlstellenverwaltungen, was zu zahlreichen Anlaufmöglichkeiten geführt habe. Das Gegenseitigkeitsverhältnis müsse ein unigeneres werden, das sei eine Vorbedingung für spätere Verschmelzung.

In der Spezialdiskussion wird sodann beschlossen, daß die Genehmigung zu Angriffstreiks in Zukunft nur erteilt werden soll, wenn vier Fünftel aller in Betracht kommenden sich in gemeinsamer Abstimmung für eine Arbeitsverstellung erklären. Die Abstimmung darüber war eine namentliche und wurde mit Vierfünftelmehrheit gefaßt. Derselbe Abstimmungsmodus gilt übrigens auch für die Kündigung bestehender Tarifverträge. Die Prozentfestsetzung der Organisierten bei Injenerierung von Angriffstreiks fällt somit fort. Weiter beschloß die Generalversammlung, die Unterstützungssätze bei Streiks und Aussperrungen wie folgt zu regeln bezw. zu erhöhen: bei mindestens halbjähriger Mitgliedschaft (26 Wochen) für männliche verheiratete Mitglieder wöchentlich 15 M., für ledige 13 M., für weibliche 8 M.; bei mehr als 13 und weniger als 26 Wochenbeiträgen betragen die entsprechenden Sätze 12, 10 und 7 M. Familienälteste erhalten für jedes Kind 1 M. pro Woche bis zu 5 M. Weibliche Mitglieder mit Kindern ohne Ernährer erhalten 10 M. pro Woche und gleichfalls bis zu 5 für jedes Kind 1 M. Bei einer Mitgliedsdauer von weniger als 13 Wochen werden für männliche Mitglieder 9 und für weibliche 6 M. wöchentliche Streikunterstützung gezahlt. Unorganisierte erhalten selbstredend keinerlei Unterstützung.

Nach längerer Debatte wird auf Antrag Berlin die Bestimmung getroffen, daß die Verwaltungsjournale keine Sammelblätter herausgeben dürfen.

Das Hauptinteresse der Diskussion nahm ein Leipziger Antrag in Anspruch, der wünscht, daß bei Streiks und Ausperrungen politischer Natur, sowie durch die Kaiserin entstehende Konflikte die Unterstützungsfähigkeit für Maßnahmen in Kraft treten sollen. Hieran beteiligte sich ein großer Teil der Delegierten für und wider, beglückte auch der Vertreter der Generalkommission. Es wird von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß bei Inszenierung von Massenstreiks politischer Art rein ökonomische Interessen in Frage kommen und schon infolge der allgemeinen Beteiligung die Mittel des Verbandes sofort aufgebraucht würden. Das sei aber auch schon um deswillen nicht nötig, weil ein politischer Massenstreik seiner ganzen Natur nach nur von kurzer Dauer sein könne. In der Abstimmung wird denn auch eine Unterstützung in Fällen politischen Massenstreiks abgelehnt, dagegen eine solche im Falle von Maßnahmen gelegentlich der Kaiserin mit großer Majorität angenommen.

Damit ist auch der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt und der Punkt „Agitation und Gauleitung“ wird verhandelt, aber bis zum Schluß der Nachmittags-sitzung nicht zu Ende geführt. Wir werden daher auch hier das einleitende Referat Blums zusammen mit der Quintessenz der Debatte bringen. Die Tendenz der Generalversammlung geht jedoch unverkennbar auf den weiteren Ausbau der Institution der Gauleiter hinaus.

Aus der Partei.

Das „Volkblatt für Bochum“ gibt sonderbare Randglossen zu unseren Notizen über die Verhaftung der Genossin Luxemburg. Es behauptet, sich nicht mehr zurechtfinden zu können, da der „Vorwärts“ sich widersprochen, einen Wechsel in der Beurteilung des Falles vorgenommen habe. Wir müssen die Verantwortung für die Verwirrung des „Volkblatt für Bochum“ ablehnen. Seine Redaktion hat aus den Notizen des „Vorwärts“ zunächst etwas herausgelesen, was nie darin gestanden hat. Der „Vorwärts“ hat nie behauptet, daß Genossin Luxemburg sich in Russland überhaupt von politischer Tätigkeit ferngehalten habe. Solches hat die Ordnungspresse in wohlwollender Absicht verbreitet. Es ist sonderbar und für ein Parteiblatt gerade nicht sehr schmeichelhaft, daß es die zur Verunglimpfung der Genossin Luxemburg fabrizierten Meldungen der Ordnungspresse mit den Mitteilungen des „Vorwärts“ verwechselt.

Weiter glaubt das „Volkblatt für Bochum“, daß unsere Erklärung, die Genossin Luxemburg habe in Russland nichts selbst nach russischen Gesetzen Strafbüßen erduldet, im Widerspruch stehe zu unserer Notiz in Nr. 86, daß die deutschen Freunde der Genossin Luxemburg keine Intervention der deutschen Reichsregierung fordern würden, so lange nicht gegenwärtig kein Verfahren werde. Und diese Notiz soll nach dem „Volkblatt für Bochum“ wieder in Widerspruch stehen zu der in Nr. 87, worin wir dagegen protestierten, daß deutsche konservative Blätter die russische Regierung aufforderten, die Genossin Luxemburg völkerrechtswidrig zu behandeln. Das könne kaum in Frage kommen, wenn es sich so verhalte, wie der „Vorwärts“ es in Nr. 86 darstellt.

Wir meinen, es dürfte nicht so schwer sein, zu verstehen, daß die russischen Justizbehörden im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse ein Verfahren gegen die Genossin Luxemburg einleiten können, auch wenn sie nach russischem Recht unschuldig ist, wie dergleichen ja auch in Deutschland nicht selten geschieht. Wir sind überzeugt, daß die Untersuchung im Sande verlaufen muß, wenn die russische Justiz im Rahmen des Gesetzes bleibt. (Was jetzt ist unserer Genossin die Anklage nicht zugeht, offenbar weil die Staatsanwaltschaft kein Anklagenmaterial zusammenbringt.) Ob das Verfahren im Rahmen des Gesetzes bleibt, das ist die Frage und deshalb protestieren wir gegen die Aufforderung konservativer Blätter, die Genossin Luxemburg für eine russische Staatsangehörige zu erklären, die den russischen Gerichten dann auch für ihre im Auslande begangenen Handlungen verantwortlich wäre. Wir protestieren also mit Zug gegen solche Aufforderungen, die Genossin L. völkerrechtswidrig zu behandeln. Inwiefern das in Widerspruch stehen soll zu unserer Erklärung, daß die deutsche Sozialdemokratie nur dann die Intervention der deutschen Regierung fordern werde, wenn die russische Justiz das Gesetz breche, das ist das Geheimnis des „Volkblatts“ i. S. Wir sind jedenfalls an seinem mangelnden Verständnis unschuldig und müssen es seinen merkwürdig fahlen Bedenken, „es sei unter diesen Umständen außerstande, noch ferner ein Urteil darüber abzugeben, ob das Verfahren gegen Genossin Luxemburg zulässig ist und ob das Verhalten der deutschen Behörden in diesem Falle korrekt ist oder nicht“, überlassen.

Zur Kandidatenfrage im Reichstagswahlkreis Hannover. Die bürgerliche Presse bringt aus Hannover folgende Reporternotiz: Die Sozialdemokraten Hannovers beabsichtigen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Meißner den Genossen Rauch aufzustellen, während es der Parteivorstand in Berlin ganz scharf ablehnt, wenn der Sohn Karl des alten Liebnecht als Kandidat aufgestellt würde.

Die Notiz ist freie Erfindung eines Reporters. Die Aufstellung des Kandidaten wird durch die Genossen des 8. hannoverschen Wahlkreises vollzogen. Nach unserer Kenntnis der Sachlage ist die Angelegenheit über unverbindliche Vorbesprechungen nicht hinaus gediehen. Aber zu keiner Zeit, auch nicht nach dem Tode des Genossen Meißner, ist es dem Parteivorstand gefallen, den Genossen Hannovers den einen oder anderen Genossen als Kandidaten zu empfehlen.

Genosse Karl Liebnecht ist Kandidat des ostbaltischen Kreises, den zu erobern sein Stolz ist. Wäre dem nicht so, hätte Genosse Liebnecht bereits Gelegenheit gehabt, Reichstagsabgeordneter zu werden in einem Kreise, der zum sicheren Besitzstand der Partei gehört.

Die französischen Genossen vor den Wahlen. Das Exekutivkomitee der Seine-Abteilung erklärt einen Aufruf an die Parteigenossen von Paris und den Vororten, in welchem zu energischer Agitation aufgefordert wird. Es ist das erste Mal, daß die französischen Sozialisten als eine einzige Partei in den Wahlkampf ziehen. In jedem Wahlkreis ist nur ein einziger Kandidat aufgestellt. In der „Humanité“ werden die Kandidaten für das Seine-departement veröffentlicht; es sind ihrer 38 in Paris und 10 in den Vororten, zusammen also 48 Kandidaten in 48 Wahlkreisen. Unter den aufgestellten Kandidaten befinden sich unter anderem Grouffier, Allemane, Paul Lafargue, Louis Dubreuilh, Crade, Ulrich, Sembat, Rouanet, Bailant und andere. Wie man sieht, sind unter den Kandidaten viele Vertreter des ehemaligen revolutionären Flügel; im 12. Wahlkreis ist an Stelle des ehemaligen Genossen Millerand der Genosse Paul Lafargue aufgestellt. — Die Agitation wird mit großem Eifer betrieben, die bekanntesten Redner der Partei sind fast ununterbrochen unterwegs, um in der Provinz Versammlungen abzuhalten.

Der 21. Kongreß der belgischen Arbeiterpartei tagte am 15. und 16. April im Maison du Peuple zu Brüssel. Der Genosse De Brocquerie eröffnete denselben mit dem Hinweis auf die Bedeutung des nahenden Wahlkampfes. Berichtet waren 202 Gruppen durch 461 Delegierte. Die Rechenschaftsberichte waren schnell erledigt. Nur bei dem Bericht der parlamentarischen Fraktion kam es zu einer etwas lebhafteren Diskussion über die Anwesenheit der Deputierten in der Kammer. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, wonach unter Berufung auf frühere Beschlüsse an der bisher geübten Kontrolle festgehalten werden solle. Auf Anregung des Genossen Guyonmans, Sekretär des internationalen Bureau, wird die Absendung einer Sympathieadresse an alle gegenwärtig tagenden sozialistischen Kongresse beschlossen.

Der nächste Punkt betraf die Kammerwahlen, die auf Sonntag, den 27. Mai festgesetzt sind. Hierbei werden von einigen Delegierten, so vom Genossen Waes, Vorwürfe gegen Anseele erhoben wegen des belgischen Wahlkartells. Dieses Kartell ist ganz

klarlich abgeschlossen worden zwischen den Liberalen, Christlich-Demokraten und Sozialisten in den belgischen Gebieten Belgiens. Dagegen wurde von Anseele und anderen geltend gemacht, daß dieses Kartell allen Parteien ihre volle Selbständigkeit sichere. Der Zusammenschluß der Parteien sei veranlaßt von dem Bestreben, die liberale Regierung zu stürzen, ein Bestreben, das allen gemeinsam ist. Wanderverbeide referiert sodann über die Wahlen. Er konstatiert, daß heute alle Parteien der Opposition über das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes einig sind. Es sei kein Zweifel, die erste Reform, welche nach dem Sturz der liberalen Regierung in Angriff genommen werden wird, sei die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes mit der proportionalen Vertretung. Dagegen wandte er sich gegen die Vorschläge der Liberalen, welche das Wahlrecht erst mit dem 25. Lebensjahre und an die Familienmitglieder nach zurückgelegtem 35. Lebensjahre eine zweite Stimme geben wollen. Die sozialistische Partei erklärt sich nach wie vor für die Erteilung des Wahlrechtes an alle Staatsbürger im Alter von 21 Jahren. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen.

Genosse De Winne referierte über den obligatorischen Schulunterricht. Nach seinen Ausführungen, die auf amtlichen Ermittlungen beruhen, ist es mit dem Schulunterricht in Belgien noch sehr traurig bestellt. Über 100 000 Kinder besuchen überhaupt keine Schule. Mehr denn 85 Proz. der Schüler verlassen die Schule, ehe sie den Elementarunterricht bis zu Ende absolviert haben. Unter den Rekruten befinden sich 88 Proz., deren Schulbildung über das notwendige Lesen, Schreiben und Rechnen nicht hinausgeht. Das ist die Bilanz einer 20-jährigen liberalen Herrschaft. Der Referent unterbreitet eine Resolution, in welcher der obligatorische Schulunterricht bis zum 14. Lebensjahre, der gewerbliche Fortbildungsunterricht bis zum 18. Jahre gefordert wird; ferner die Errichtung von Schulkantinen und das gesetzliche Verbot jeder Kinderarbeit unter 14 Jahren. Diese Resolution gelangt nach einer ausgiebigen Debatte zur Annahme. Endlich wurde über die Errichtung einer Versicherungsgesellschaft durch die Partei verhandelt. Der Referent, Genosse Senator Hendrix, weist darauf hin, daß die Zahl der Versicherungsgesellschaften immer mehr zunehme, daß diese Gesellschaften ungeheure Profite einheimen, die zum großen Teil aus den Taschen der Arbeiter kommen. Er schlägt vor, daß die Partei selbst eine Versicherungsgesellschaft bilde, wodurch dem Versicherten und auch der Partei größere Vorteile zugeführt werden könnten. Nach längerer Diskussion für und wider beschließt der Kongreß die Einsetzung einer Kommission, welche zunächst noch weitere Berechnungen und Ermittlungen anzustellen hat.

Die ungarische Sozialdemokratie vor dem Wahlkampf. Die Leitung der ungarischen Sozialdemokratie beschloß, in der kommenden Wahlkampagne 120 Kandidaten aufzustellen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Leipziger Justizurteil. Aus Leipzig wird uns vom 18. April telephonisch berichtet:

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute vormittag der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Kressin wegen angeblicher Beleidigung des bekannten Liman von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Herr Liman ist einer der unaufrichtigsten Sozialisten. Die „Leipz. Volkszeitung“ hat gebührend gedient und das hat den Herrn so gefreut, daß er zum Rabi lief. Wie hoch die Leipziger Richter seine Ehre bemahen, zeigt das Urteil. Ob Herr Liman nicht selbst überrollt ist?

Zur Auslandsbewegung in den mitteldeutschen Kohlenrevieren.

Leipz., 17. April. (Fig. Ber.)

Der heutige erste Tag nach den Feiertagen, welcher ja bekanntlich für derartige Bewegungen als ein kritischer Tag erster Ordnung gilt, ist ohne besondere Vorkommnisse verlaufen. Aus allen Revieren laufen Meldungen über geringe Zusammenhänge von Streikenden ein. Ueberdies haben die Aufbereitungsanstalten (Kerzengießereien, Destillationen usw.) bereits unter empfindlichem Mangel an Rohmaterial (Braunkohle) zu leiden, so daß sie jetzt zum Teil gezwungen feiern müssen.

Schneller als man befürchtet hatte, ist etwas eingetreten, was stets mit der Einwanderung von Leuten aus kulturell rückständigen Gegenden des Auslandes (Galizien, Kroatien usw.) zu beklagen ist: Augenkrankheiten, die gefährlichsten Krankheiten der Vindehaut und der Lider sind eingeschleppt! Bereits sind Personen der eingewanderten Bevölkerung, Männer und Kinder, angesteckt und ins Krankenhaus geliefert worden. Auch eine Anzahl der fremden Arbeits„heiligen“ befinden sich dort in ärztlicher Behandlung.

Die Streikenden haben durch die gewählte Siebener-Kommission das Oberbergamt Halle sowie die Berginspektionen Akenburg und Leipzig als Einigungsinstanzen angerufen. Alle Beamten erklärten sich zur Vermittlung behufs Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen zwischen den streikenden Parteien bereit. Es liegt also lediglich an den Vertretern des Kapitals, eine Einigung und damit Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen.

In Dornaer Revier haben mehrere Gewerkschaften resp. Aktiengesellschaften Werkwohnungen gebaut. Daß diese Wohlfahrts-einrichtungen bei Ausständen eine schwere Waffe gegen die Streikenden darstellen, beweist ein heliotographiertes Schriftstück, welches den Leuten, die Werkwohnungen innehaben, zugestellt wurde und also lautet:

„Auf Grund unseres Mietvertrages fordern wir Sie auf, die Ihrerseits ermietete Wohnung bis . . . mittags 12 Uhr zu räumen und sofern Sie ausländische Schlafsucher beherbergen, diesen für . . . die Wohnung zu kündigen.“

Sollten Sie unserer Aufforderung nicht nachkommen, so werden wir einen entsprechenden Teil Ihres rückständigen Lohnes zur Sicherung unserer Ansprüche zurückbehalten. Wir bebauern, daß durch gewissenlose Heher das bisherige Einvernehmen zwischen uns gestört worden ist und daß wir aus diesen Gründen gezwungen sind, die Wohnungen für Ersatzmannschaften frei zu machen.

Aktiengesellschaft „Ramsdorfer Braunkohlewerke“.

Sollten Sie eine Rücksprache hierüber wünschen, so sind wir Sonnabend vormittags 10 Uhr auf dem Werke hierzu bereit. Unter den „gewissenlosen Hehern“ sind jedenfalls diejenigen gemeint, die die erbärmlichen Zustände in den Braunkohlerevieren durch ihr Auspönerungssystem hervorgerufen haben und so das Volk in einen Verzweiflungskampf hineintrieben!

Wie in letzter Minute bekannt wird, haben die Vergprohen des Inspektionsbezirk Leipzig durch die Vermittlung des Verginspektionsbeamten es abgelehnt, mit den Streikenden zu verhandeln, bevor die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen ist. Von den übrigen Inspektionsbezirken liegen Berichte noch nicht vor.

Aus Industrie und Handel.

Ausgebeutete Aktionäre!

Wie die armen Aktionäre durch die Arbeiter ausgebeutet werden, zeigt der Geschäftsbericht der A.-G. Eisenwerk Kraft bei Steinfur für 1905. Man denke nur, der Lohn, den die Arbeiter einsparten, ist zwei Drittel so groß als der Bruttogewinn der Gesellschaft, und die Aktionäre bekommen nicht mal ganz so viel an Dividende als die Arbeiter an Löhnen schluden. Die absoluten Ziffern sind folgende: Die Zahl der Beschäftigten belief sich auf 1021, wofür insgesamt 1 182 865

Mark Löhne verausgabt wurden. Bei 1 705 361 M. Bruttogewinn verbleibt nach Abzug der Handlungsunkosten mit 142 444 M., der Schuldzinsen mit 95 927 M. und der Abschreibungen mit 607 505 M. ein Reingewinn von 859 484 M. Hieron werden dem Reservefonds 43 000 M. und der Unterstützungskasse ganze 2000 M. überwiesen. Der Aufsichtsrat begünstigt sich mit der Kleinigkeit von 41 976 M. 770 000 M. gelangen als elfprozentige Dividende zur Verteilung.

Ueber das Verhältnis zwischen Lohn und Profit machen wir folgende Zusammenstellung. Auf den Kopf der Beschäftigten entfällt:

Zantieme	Dividende	Reingewinn	Bruttogewinn	Jahreslohn
M.	M.	M.	M.	M.
41,1	764	841	1670 (1)	1158

Also nachdem man 10 Prozent des Aktienkapitals an Abschreibungen und für den Reservefonds hat verschwinden lassen, entfällt pro Kopf der Beschäftigten an Zantieme und Dividende nur noch die — Kleinigkeit von 805 M. und die Arbeiter, die dabei noch das Vergnügen hatten, das ganze Jahr schwer schuften zu dürfen, saßen 1158 M. Jahreslohn ein. Das geht der „Gutmütigkeit“ der Dividendenbesitzer denn doch zu weit und die kapitalistischen Zuhälter fühlen sich veranlaßt, in den Scharfmacherblättern über die Begehrlichkeit der Arbeiter zu toben.

Ein- und Ausfuhr in Eisen und Eisenwaren. Die Ziffern des Außenhandels pro Januar und Februar 1906 im Vergleich zu den Ziffern der Parallelzeit des Vorjahres ergeben folgendes Bild:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1905	1906	1905	1906
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Erze und Schlacken . .	818 694	1 085 027	614 010	665 258
Rohisen und Halb-fabrikate	28 786	39 151	134 701	180 530
Roheisen, Schienen, Bleche usw.	8 908	14 988	228 001	408 486
Ganz grobe Eisenwaren . .	4 885	6 771	33 074	47 397
Grobe Eisenwaren	2 218	4 090	50 723	68 686
Feine Eisenwaren	688	1 471	10 207	16 240
Maschinen und Maschinenteile	8 093	21 565	42 775	68 504

Insgesamt wurden an Eisen und Eisenwaren eingeführt 1905: 49 618, 1906: 83 042 Tonnen, ausgeführt 1905: 490 481, 1906: 790 143 Tonnen. Ferner wurden eingeführt 40 resp. 47 Stüd Fahrzeuge (Eisenbahnfahrzeuge, Schlitzen, Wagen und Schiffe), die Zahl der ausgeführten Stüd belief sich auf 4400 resp. 6714. Die beiden ersten Monate dieses Jahres erbrachten gegenüber dem Vorjahre sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr ganz erhebliche Steigerungen. Ganz besonders stark war das Mehr in der Einfuhr bei feinen Eisenwaren und Maschinen, es belief sich auf 80 resp. auf 140 Proz., während bei der Ausfuhr in denselben Gruppen die Steigerung nur 40 resp. 70 Proz. beträgt. Gleich stark wuchs die Ausfuhr in Rohisen und Halbzeug sowie bei Roheisen, Schienen, Blechen usw. Die Steigerung betrug ebenfalls 40 resp. 70 Proz.

Wißtäcke Ehrenrettung. Daß durch die Behauptungen des Herrn Dr. Wäde von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft über angebliche Durchschnittslöhne die Öffentlichkeit irreführt worden ist, das wäht kein Wasser ab. Die Grohe schlägt sich daher auch in die unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheinende „Straßenbahn“, die sich als offizielles Organ des Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn und als amtliches Publikationsorgan der Gesellschaft bezeichnet. Die Redaktion hat wohl den Auftrag bekommen, wenigstens an dieser beschiedenen Stelle die „Grohe“ etwas herauszuheben. Pflichtschuldißt sammelt die Redaktion denn auch einiges zusammen und reist die Verwaltung noch tiefer herein! Sie bestätigt, daß Dr. Wäde in der Generalversammlung der „Grohen“ tatsächlich die Gehälter aller Beamten mit den Gehältern der Fahrer und Schaffner zusammengeworfen hat, daraus den Durchschnittslohn berechnet, während der Ansehen erweist wurde, der von Dr. Wäde angegebene Satz von 1400 Mk. entspreche dem Einkommen des Hoherpersonals, der Handwerker und Tagelohnarbeiter. Wir versehen nicht, solches Eingeständnis seitens der zur Verteidigung angesprochenen Redaktion dankend zu registrieren.

Technischer Fortschritt. Ein Hauptbeschäftigungsfeld für Stahlwerke bietet die Herstellung von rollendem Eisenbahnmateriale. Neben den Umwälzungen in der Materialerzeugung hat auch das Guß- und Walzverfahren bei der Herstellung von Wagnen und Wädem große Veränderungen erfahren; der Schmiedeprozess für Speichenräder ist vollständig ausgeschaltet, das gegossene Speichenrad herrscht heute unbestritten. Der seit einigen Jahren aufgekommene Schnelldrehschlag hat aber auch in den mechanischen Betrieben den Arbeitsprozeß gewaltig beschleunigt. Bei manchen Arbeitsprozessen war die Vorbedingung für zweckentsprechende Verwendung des Schnelldrehschlages die Konstruktion neuer Drehbänke, Bohrmaschinen usw. Für das Abbrechen der Radsche hat die Werkzeugmaschinenfabrik Schich-Düsseldorf die gefüllte Aufgabe nun ausnehmend mit einer sogenannten Radsch-Präzisions-Schnelldrehschlag gelöst. Durch eine neue einfache Spannvorrichtung, die jedes Verspannen des Rades ausführt und durch gleichzeitiges Ansehen von vier Supporten für jedes Rad, wird die ganze Bearbeitungszeit, die früher 4—6 Stunden dauerte, auf 25—30 Minuten herabgesetzt. Ein besonderer Vorzug der Bank ist das selbsttätige Aussehen der Supporte, sobald das Drehmaß erreicht ist. Wie die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ mitteilt, sind in Gegenwart in- und ausländischer Interessenten auf der neuen Sachbank auch abgelassene Wagen- und Tenderachsche von besonderer Härte und mit sehr harten Stellen in derselben Zeit wie gewöhnliche Radsche vorwärtsmäßig abgedreht worden, ohne daß die Drehstähle leidet wurden. Die Präzisionsbank stellt an die Qualität des Arbeiters nicht etwa höhere Ansprüche, im Gegenteil, sie selbst übernimmt die bisher besondere Fähigkeit und Intelligenz erfordern Funktionen; der Dreher ist weiter nichts mehr als der Diener, der Ansetz, der Schabe der Maschine. Erst in der sozialistischen Gesellschaft wird der Gesamtheit der volle Segen aller solcher Fortschritte zuteil werden, jetzt dienen sie meist nur dazu, die menschliche Arbeitskraft zu entwerten, die Lohnausgaben zu verringern.

64 Millionen Dollar Dividenden. Soweit wie bisher Berichte vorliegen, werden nach einer Zusammenstellung der „New Yorker Handelsztg.“ im nächsten Monat die leitenden industriellen, Dampfbahn- und Straßenbahn-Gesellschaften Dividenden im Gesamtbetrag von 64 772 425 Dollar zur Verteilung bringen. Von der neuesten Totalsumme entfallen 30 011 065 Dollar auf Gewinverteilerungen von leiten Aktiengesellschaften industriellen Charakters, und ist die diesmalige die höchste Piffer, welche je bisher für einen Monat zu melden war. Denn auch im Januar, einem der größten Dividenden-Monate des Jahres, gelangten an Industrie-Dividenden insgesamt nur 27 288 597 Dollar zur Auszahlung. Am nächsten kommt der diesmaligen Ziffer die für Oktober 1905 mit 29 028 287 Dollar, während für April v. J. nur Zahlungen von 24 861 940 Dollar zu melden waren. Für die ersten vier Monate des laufenden Jahres stellt sich die Gesamtsumme der Industrie-Dividenden bereits auf 100 538 657 Dollar, gegen solches von 250 775 997 Dollar bezw. 225 674 236 Dollar für die ganzen Jahre 1905 bezw. 1904.

Sanahme der Kohlenförderung. Kürzlich ließ sich das Kohlen-syndikat gegen den Vorwurf verteidigen, zugunsten eines forcierten Exportes nach Frankreich die deutschen Verbraucher in der Kohlenversorgung zu vernachlässigen. In der „Verteidigung“ wurde u. a. behauptet, infolge vielfachen Feierns der Arbeiter und wegen Wagenmangel sei die Förderung zurückgegangen. Daß das nicht

sticht ist, wird nun durch den Märzandwies über den Kohlenabsatz bestätigt. Nach Meldung der „Mh.-Westf.-Ztg.“ betrug der rechnermäßige Kohlenabsatz des Kohlenhändlers im Monat März dieses Jahres bei 27 Arbeitstagen 5 932 361 Tonnen gegen 5 000 489 Tonnen bei 20 1/2 Arbeitstagen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Absatz hat demnach um 16,51 Prozent zugenommen und von der Beteiligung sind also 86,58 Prozent gegen 77,06 Prozent im Vorjahr abgesetzt worden.

Das deutsche Ruffenkonkordatium ist während darüber, daß ihm durch die Stellungnahme der Regierung nicht auch ein Haken von der russischen Willküranleihe zugefallen ist. Ein erheblicher Teil der Pumpsumme bleibt nämlich bei den freundlichen Helfern liegen; anstatt 2250 Millionen bekommt Rußland tatsächlich nur circa 1800 Millionen Franz. Die allen christlichen Seelen, welche das Pumpgeschäft vermitteln, plündern Rußland gerade so, wie jeder vor dem Bankrott stehende Hochstapler ausgenommen wird. Aber man steckt nur die Deute ein, das Risiko wälzt man auf die Schultern des großen Geld gebenden Publikums ab. Wenn dieses noch von dem Hochstapler gründlich hineingelegt wird, dann waschen die Vermittler ihre Hände in Unschuld und halten den Beutel zum Um zu zeigen, wie deutsche Interessen durch die Fernhaltung der Anleihe vom deutschen Markt geschädigt worden sind, läßt sich die „National-Ztg.“ durch ein Privattelegramm aus Wien melden:

Im Anschluß an die russische Anleihe werden die österreichisch-ungarischen Eisenwerke größere russische Bestellungen von Eisenbahnmateriale, speziell von Schienen erhalten, doch ist das Ausmaß der Bestellungen noch nicht bestimmt.

Vor wenigen Tagen berichtete die „Petersburger Ztg.“, daß die russischen Eisenwerke und Waggonfabriken keine Arbeit haben und der Krone anbieten, ihr Waggon- und Lokomotivmaterial teilweise zur Verfügung zu stellen. Und bei solchem Stande der Dinge soll am Tage nach Fertigwerden der Anleihe schon über große Bestellungen nach dem Auslande entschieden sein! Die Mendelssohns sind doch etwas gar zu — geschick in Stimmungsmache. Daß in Rußland nicht die freundlichen Helfer und Helfer, Helfer für sich und Helfer der Reaktion, allgemeine Sympathie erweckt haben, besagt eine Meldung der „Wossischen Ztg.“ aus Petersburg. Danach wird vielfach für einen Boykott der französischen Waren Stimmung gemacht, weil man in der jetzigen Placierung der Anleihe eine der wirtschaftlichen Reformen hinderliche Stärkung der Reaktion erblickt. Das russische Drama ist noch nicht zu Ende, es werden noch Szenen genug folgen, die es für Deutschland als erfreulich erscheinen lassen werden, wenigstens von dem letzten Pump verschont geblieben zu sein.

Gerichts-Zeitung.

Berliner Wohnsitz oder Jorensie? Der Erbhofmeister Graf Königsmark zu Plaua a. S., Mitglied des Herrenhauses, war vom Berliner Magistrat für das Jahr 1905 mit 1487 M. zur Gemeindefinanzsteuer herangezogen worden. Der Magistrat ging davon aus, daß der Graf in Berlin einen zweiten Wohnsitz habe, da ihm auf seinem Villengrundstück Genthinerstraße 13 eine eigene Wohnung zur Verfügung stehe, wo er auch in den Wintermonaten Aufenthalt nehme: Die Wohnung wurde auf 2500 M. Mietswert eingeschätzt. — Graf Königsmark erhob Einspruch und sagte nach dessen Verwerfung im Verwaltungsstreitverfahren, indem er bestritt, in Berlin einen zweiten Wohnsitz zu haben, und sich nur zur Zahlung der Jorensie bereit erklärte. — Der Bezirksausschuß stellte auch den Kläger von der Einkommensteuer frei. Er führte u. a. aus: Der Annahme des Magistrats, daß dem Kläger das Haus Genthinerstraße 13 das ganze Jahr hindurch zur Verfügung stehe, ständen die Behauptungen des Klägers gegenüber, daß das Haus überhaupt nur während einiger Wintermonate in bewohnbarem Zustande sei und daß Kläger, als er im Sommer 1904 zu den Sitzungen des Herrenhauses nach Berlin gekommen sei, im Hotel gewohnt habe. Es sei anzunehmen, daß Kläger nicht die Absicht gehabt habe, den Mittelpunkt seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit von seinem Wohnsitz Plaua nach Berlin zu verlegen. Die Begründung eines zweiten Wohnsitzes in Berlin müsse verneint werden. Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften, die wegen ihrer parlamentarischen Tätigkeit genötigt seien, in Berlin längere Zeit Aufenthalt zu nehmen, begründeten dadurch an sich noch keinen zweiten Wohnsitz. Die Umwandlung des Aufenthaltsverhältnisses in ein Wohnverhältnis erfolge auch nicht schon dadurch, daß in einem solchen Falle die Unterkunft in eigenen, entweder mietweise oder anderweitig benutzten Räumen derjenigen in einem Hotel oder Pensionat dargezogen werde, zumal wenn die Wohnung während des Aufenthaltsverhältnisses mit zeitweiligen Unterbrechungen benutzt und nach Beendigung desselben in unbewohnbarem Zustand versetzt werde.

Das Oberverwaltungsgericht als Revisionsinstanz billigte die Freistellung des Erbhofmeisters von der Gemeindefinanzsteuer in Berlin mit der Begründung: Es könne nicht angenommen werden, daß es sich hier um eine Wohnung im Sinne des Gesetzes handle. Die fraglichen Räume mögen sich ja objektiv als Wohnräume kennzeichnen. Indessen wären sie bei Berücksichtigung der sozialen Stellung des Klägers und seinem dementsprechenden Wohnbedürfnis nicht als Wohnung, sondern als Absteigequartier zu betrachten. Somit könne schon deshalb von einem zweiten Wohnsitz des Klägers in Berlin nicht die Rede sein.

Folgen einer Kontrollversammlung.

Vom Landgericht Braunschweig sind am 17. Juni d. J. der Zimmermann Friedrich Eide aus Ahlshausen, der Schuhmacher August Brand und der Dienstreicher Wilhelm Arxher aus Ritterode zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt worden. Sie waren auf der Kontrollversammlung gewesen und hatten nachher dem Wirt reichlich zugesprochen. Dann war eine Prügelei entstanden, bei welcher sie ihre Gegner erheblich verletzten. — Die von den Angeklagten eingeleitete Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Wer haftet für bissige Hunde?

§ 883 des Bürgerlichen Gesetzbuches lautet: „Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“ Wegen diese an sich sehr verständige Vorschrift, die in den Rheinländern unbeanstandet ein Jahrhundert lang in

Geltung war, laufen bekanntlich die agrarischen Großgrundbesitzer seit Jahren Sturm. Die Gesundheit und das Leben ihrer Wirtmenschen gilt ihnen so wenig, daß sie sich scheuen, ein paar Mark Versicherungsgelder anzugeben und verlangen, wenn ein Mensch durch ein Vieh, das für die Landwirtschaft gebraucht wird, Schaden erleidet, soll der Schaden in der Regel nicht ersetzt werden. Die Reichsregierung ist bekanntlich diesem agrarischen Verlangen geborsam und schließlich entgegengekommen und hat eine dahingehende Abänderung des § 883 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Reichstage vorgelegt. Wie völlig hinfällig die zur Begründung der agrarischen Schmärgen aufgestellten Behauptungen sind, ein Landwirt müsse infolge der Reichsgerichtspraxis unter dem Reichsfinn und der Dabgier jener Leute schrecklich büßen, die angeblich zu tausenden herumlaufen und kein höheres Vergnügen kennen, als eine Verletzung durch Vieh zu erleiden, um dann von dem Besitzer eine Schadenerfahrung rauszuschlagen, zeigt die nachfolgende Reichsgerichtsentscheidung:

Am 1. Juni vor einem biffigen Hunde hatte sich der Handelsmann Löwe in Dumberg bei Berlin einen Beinbruch zugezogen und gegen den Gutsbesitzer G. als Tierhalter auf Schadloshaltung geklagt. Vom Reichsgericht wurde dieser Anspruch wegen eigenen Verschuldens aber abgewiesen. Kläger hatte den Gutsbesitzer des Beklagten betreten, vor dem eine Fasel angebracht war: „Fremden ist der Zutritt des Hofes streng verboten. Achtung! Biffige Hunde!“ Kläger war mit den Verhältnissen vertraut und wußte, daß der Hund dort war, wenn die Hoftür offen stand. Das war der Fall, und er betrat das Haus. Als er wieder aus dem Hause in den Hof trat, war der Hund, vor einem Karren gespannt, mit einem Rührer zurückgekehrt. L. glaubte aber unter diesen Umständen den Hof verlassen zu können. Inzwischen hatte sich der Rührer mit Milchkränen von dem Hunde entfernt und dieser ging ploötzlich auf L. los, den Karren hinter sich herziehend. L. lief ins Haus zurück und kam vor Angst und Schrecken auf der ersten Treppentstufe so unglücklich, wie oben gesagt ist, zu Fall. Der Hund wurde indessen von dem zurückgekehrten Rührer aufgehoben.

Das Landgericht Berlin erkannte auf Abweisung der Klage des L. wegen eigenem Verschulden. Dagegen sah das Kammergericht zu Berlin die Ansprüche des Klägers zur Hälfte für begründet an, indem es annahm, daß Schrecken und Unfall des Klägers durch den Hund verursacht worden sind, eigenes Verschulden aber nur teilweise vorliege. — Das Reichsgericht war auf die Revision des Beklagten anderer Ueberzeugung und wies die Klage unter Aufhebung des Vorderurteils ganz ab: Kläger hätte nicht den Hof betreten dürfen, als er den Hund sah, dessen Gefährlichkeit ihm bekannt war.

Trotz alledem wird in wenigen Wochen im Reichstage wieder darüber gefogt werden, welsch entsehlches Unrecht dem Großgrundbesitzer dadurch zugefügt wird, daß § 883 B. G. B. in der Regel Menschenleben und Reingehelnde höher schätzt, als agrarischen Reichtum, agrarische Scheu, zu zahlen, und antiozialen Egoismus.

Beleidigung durch das Wort „Streifbrecher“.

Das Schöffengericht zu Düsseldorf hatte fünf Maurer, die mehrere Arbeitswiltige bei Gelegenheit eines Streiks durch das Wort Streifbrecher beleidigt haben sollen, freigesprochen. Es war der Ansicht, daß das Wort keine Beleidigung enthalte, es würde oft von Arbeitern als leere Wraße gebraucht. Gegen dieses Urteil legte der Amtsanwalt Berufung ein und kam die Sache vor die Strafkammer in Düsseldorf. Diese stellte sich nun auf den Standpunkt, daß in dem Worte Streifbrecher etwas Höhnisches und Verächtliches liege, die Arbeitswiltigen sollten sich durch die Anwendung des Wortes beleidigt fühlen und dadurch veranlaßt werden, die Arbeit einzustellen und sich den Streikenden anzuschließen. Es sei eine exemplarische Strafe am Plage. Zwei der Angeklagten wurden zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt, während drei derselben, weil ihnen nicht bewiesen werden konnte, daß sie das ominöse Wort gebraucht, freigesprochen wurden. Die Verurteilten gehörten den christlichen Gewerkschaften an, die Freigesprochenen waren Sozialdemokraten. — Das Urteil setzt eine außerordentlich hohe Strafe fest. Und wofür? Weil die Angeklagten durch Ausprechen der Wahrheit ihre Arbeitsgenossen zum Betruhtsein des Torigten und Verwerflichen ihrer Handlung bringen wollten. Also weil die Verurteilten das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht gebrauchten und einen anderen zum Anschluß an den Gebrauch des Koalitionsrechtes durch Ausprechen der Wahrheit bewegen wollten, sind sie bestraft. Die verurteilten Christlichsozialen kommen jetzt vielleicht zu der Einsicht, was eine von den Zentrumselementen und Christlichsozialen so eifrig geleugnete Klassenjustiz ist, und daß die Arbeiter längst ein wirkliches und geschütztes Koalitionsrecht hätten, wenn nicht gar so viele Arbeiter noch sich von den Klassenjustizwärtern und Preisfechtern des Kapitalismus im Zentrum und in der Christlichsozialen Partei irreführen ließen.

Der beleidigte „Mutterjohn“.

Der Schriftsteller Johannes Dose hat einen Roman unter dem Titel „Mutterjohn“ erscheinen lassen. Die Hauptrolle in diesem Roman spielt ein Admus Berg, Rechtsanwälti Ritter aus Londern nahm an, in dem „Mutterjohn“ sei er eigentlich der Admus Berg und sei durch einige Verzeichnungen beleidigt. Er klagte wegen Beleidigung. Das Schöffengericht in Lübeck wies die Klage ab. Die Strafkammer hob gestern das freisprechende Urteil auf, verurteilte Dose wegen Beleidigung zu 200 M. und erkannte auf Einziehung des Romans. — Bestätigt das Oberlandesgericht dies in Gestalt eines Beleidigungsprozesses gelübte Senfursäulein, so wird der „Mutterjohn“ verbrannt und die zu seiner Erzeugung gebrauchten Klatten vernichtet werden. Ob damit wirklich dem Rechtsanwälti Ritter gedient ist?

Hus der frauenbewegung.

Ueber den Kampf der Polizei gegen die proletarische Frauenbewegung berichtet „Die Gleichheit“ u. a. aus Sachsen: In Röhndorf sollte die Referentin über die Lohnforderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Stoffhandelsbranche sprechen. Der überwachende Gemeindevorstand erwiderte jedoch, daß das Thema ein politisches sei. Er verlangte deshalb die Entfernung der Minderjährigen, die etwa in der Versammlung anwesend sein sollten. Mehrere Redner gaben sich Mühe, den guten Mann von seinem

Verstum zu überzeugen. Daraufhin erfolgte die Auflösung, noch ehe der Vortrag den Güter des Gesetzes eines Besseren belehren konnte. — Einen ergöbliden Weigejmad hatte das Vorgehen der Behörde gegen eine Versammlung in Oberhalema, welche von den Genossinnen einberufen worden war mit der Tagesordnung: „Welches sind die Waffen der Arbeiterklasse im Befreiungskampf?“ Das Thema erschien der Wohlblöblchen höchst verdächtig. Die Einberuferin sollte angeben, welche Waffen die Referentin empfehlen (oder vielleicht nach polizeilicher Meinung in ihrer Kleiderstasche mitbringen) würde. Kurz und gut, die Ortsbehörde fand es für ratsam, die drohende Gefahr im Keime zu ersticken, sie verbot die Versammlung. Die Genossinnen änderten darauf die furchtbare Tagesordnung. Genossin Madwig sollte das Thema behandeln: „Die gewerkschaftliche Organisation und die Stellung der Frau zu ihr.“ Nun durfte die Versammlung tagen, die sich offenbar dank der unfehlbaren Agitation der Behörde eines sehr guten Besuchs erfreute. — Der Eifer der Behörden gegen die Frauen wird nicht ohne Erfolg bleiben. Solche ungewollte Heze wirkt, sie wird die Frauen aufpeitschen, sie erst recht aufmuntern, in zähem Widerstand gegen Gewalt und Unrecht, ihre Interessen als Frau und Lohnflavin zu verteidigen. Druck erzeugt Gegendruck.

Berichtigung. In der „Literarischen Rundschau“ (Artikel Ethik und materialistische Geschichtsauffassung) der Sonntagsnummer ist an einer Stelle eine Zeile herausgefallen. Es muß in der zweiten Spalte nach dem Bitat aus Kautskys „Ethik“ heißen:

„In der griechischen Philosophie dieser Epoche kommt dieser Ausgang deutlich zum Ausdruck; denn worauf sie sich konzentriert, ist jene spezielle Form der Ethik, die man als Staats- oder politische Ethik bezeichnen darf. Zwar geht sie nicht, wie später, von einem konstruierten abstrakten Staatszweck aus; sie ist zunächst rein intuitiv, d. h. sie fußt auf bloßen sinnlichen Anschauungen, und diesen Anschauungen nach ist ja der Staat nichts anderes als eine Summe von Individuen; aber sie betrachtet den Menschen auch nicht für sich als Einzelwesen, sondern, wie er sich im täglichen Leben darstellt, als Zoon politikon, d. h. als Teil eines Gemeinwezens, dessen Existenzbedingung sich seine Eitlichkeit untergeordnet hat.“

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I. Hierdurch dient zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kolbenarbeiter

Wilhelm Golla

am 16. d. M. verstorben ist. Obre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen, Freitag, den 20. April, von der Leichenhalle des Ginnams-Richthofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 68/1 Um recht zahlreiche Beteiligung bittet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Walter Bienko

am 14. April verstorben und am 18. April zur letzten Ruhe gebettet wurde. Obre seinem Andenken! 84/3 Die Ortsverwaltung.

August Pusch

im Krankenhaus am Friedriehshain an der Lungenschwindsucht verstorben ist. Die Beerdigung findet am 19. April, namn. 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedriehshofe statt. 12676 Die Hinterbliebenen.

Berlin SO. 16.
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen**
Amt 4, 3014.

Ich habe noch nie eine so gute,
preiswerte Zigarre für so wenig Geld angetroffen, deshalb bitte ich Sie, mir nochmals 500 Stk. für 7 M. fr. geg. Nachnahme zu senden.
Hochachtungsvoll Anton Döring, Roxel.
NB. Ueber 2000 Anerk. habe ich erhalten!
Bestellen Sie bitte auch zur Probe gegen Nachnahme franko: Sie werden viel Geld sparen!
Garantie: Umtausch od. Zurückn.
500 Stück „Union“ für nur 7 M.!
Rud. Tresp, Zigarrenfabrik, Neustadt bei Danzig H. N. 245.

SUNLIGHT SEIFE
GARANTIRT UNVERFÄLSCHT FREI VON SCHÄDLICHEN BESTANDTEILEN
Nichtraucher
wird hergestellt in der oben ersichtlichen, imposanten Fabrik, welche bei Mannheim in Baden liegt. Dieselbe ist mit allen modernen Einrichtungen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiete ausgestattet und kann deshalb mit vollem Rechte als ein Musterabslissement bezeichnet werden. Die Fabrikation erfolgt unter Leitung und Aufsicht bedeutender Fachleute, für eine stets gleichbleibende Qualität wird jede Gewähr geboten. Sunlight Seife findet man in allen einschlägigen Handlungen.

Frühjahrs-Anzüge

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigst. Sortimenten.

Viele Tausende Exemplare neuester Frühjahrs-Moden.

50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 33.-, 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.- Mk.

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.



Frühjahrs-Paletots

Vielseitigste Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons.

Viele Tausende Exemplare auserlesener Farbestellungen.

50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 33.-, 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.- Mk.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Billigste Bezugsquelle für Händler!

Von Mk. 16.- an für 1000 Stück.

Als Muster nur Probezehntel.



Zigarren-Fabrik-Lager BELL & Co., Berlin C. 2, Rosenstr. 18, I.

Wenn der Magen knurrt

und energisch nach kräftiger, nahrhafter Suppe verlangt, dann gebe man ihm rasch eine solche aus Knorr's Erbsenwurst oder Suppentafeln, die nur wenige Minuten mit Wasser gekocht zu werden braucht und bei den hohen Preisen des frischen Fleisches als billiger, wohlschmeckender Ersatz unentbehrlich ist; aber beachten Sie, daß Sie ausdrücklich verlangen: Knorr's Suppentafeln und Erbsenwurst!

289/17*

Die rationelle Ernährung gesunder Kinder bedingt eine Nahrung, welche der Muttermilch möglichst ähnlich ist. Eine solche Nahrung bietet Kufeles Kindermehl, welches nicht nur das Mischverhältnis der Bestandteile, das durch die notwendige Verdünnung der Kuhmilch entsteht, ausgleicht, sondern auch die Kuhmilch im Magen des Kindes feinstkörnig, der Muttermilch ähnlich, gerinnen und dadurch leichter verdaulich macht und endlich den Nährgehalt der Kuhmilch durch seine Eiweiß- und Mineralstoffe noch erhöht. Die mit Kufeles Kindermehl und Kuhmilch ernährten Kinder gedeihen daher auch wie Brustkinder, sind ruhig, schlafen gut, haben geregelte Verdauung und normale Zunahme des Körpergewichts.

Restaurant Bellevue

früher Rieck-Werder

Wollersdorfer Schleuse, Werderstraße 37
am Flakensee
empfiehlt sich den geehrten Vereinen so. zu kulantesten Bedingungen.
Großer Saal für 800 Personen.
35 Fremdenzimmer.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen - Verkaufshaus Verkaufshaus 11/12 Saffron-Ausnahmepreise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Vorhänge, Tischdecken. Reste enorm billig. 1435A*

Stoppdecken billigst Herbst Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Gabelsberger Markt 4, Bahnhofs Börse. 263/3

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Vintnerstr. 247 I.

Hochverehrte Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 26,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Verkaufshaus, Jägerstr. 63, I. Trepp.

Herrenanzüge, Damenanzüge, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstr. 35b. 1427A*

Nährer, Leihzahlungen. Bergstr. 28, Schillerstr. 40. 1418A*

Teppiche mit Farbenleibern in allen Größen Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

Herren - Garderobe nach Maß, laubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 26 Mark an. Kaufen beim Handwerker, lassen den Handwerker verdienen. Teilszahlung gestattet. J. Börgel, Dredenerstr. 109.

Möbel, Spiegel, Sofas, Bettstellen, reelle Kataloge, enorm riesige Auswahl vorläufiger Wohnungs-Einrichtungen bekannt billig! Nur Grünerweg 81. Hermann Dornhagen.

Gardinen, Wäsche, Brautkleider, Decken, Teppiche, Anzüge, Uhren, Schmuckstücke, Sportbillig, Pfandleihhaus, Mühlentorplatz 7. 1468A*

Teppiche, keine Bedenken, Sportbillig, Leopoldhaus Mühlentorplatz 17.

Gardinen, Vorhänge, Stores, Tischdecken wegen Überfüllung Sportbillig, Leopoldhaus Mühlentorplatz 17.

Kanarienhähne, Wachsen, Seifentische, verkauft Birshof, Frankfurter Chaussee 98. +130

Kanarienhähne, billige, Geyberg, Martin Lutherstr. 50. +104

Kanarienhähne, Neueste Geflügelzucht, 1905 höchsten Ehrenpreis, goldene Medaille, erstklassiges Zuchtmaterial. Große Auswahl. Verkaufsstelle, Mühlentorplatz 17a. 1273A*

Kanarienhähne, Zuchtweibchen, Blumenstr. 29. 1212B

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

Restabtes Boots-Verleih-Geschäft und Bier-Kaufhaus ist billig zu verkaufen. Zu erfragen in Köpenick, Wilhelmstr. 5, bei Hinfelde. *

Stoppdecken, Tischdecken, Schlafdecken, Bettdecken, Sportbillig, Leopoldhaus Mühlentorplatz 17. 1369A*

Herrenanzüge, Paletots, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufte Hälfte Kostenpreis. Brenzlauerstr. 23 II. 75/6*

Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 1361A*

Brennaborräder, Leihzahlungen ohne Anzahlung. Beste, Danzigerstr. 55.

Hochverehrte Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Fikalen. 14168A*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Lauchschiff, hochartig, komplett, mit allen Zubehören. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Sellmann, Götterstr. 25, nahe der Landbergerstr. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 1133A*

Möbelschneiderei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Ausgest. 17, Aufbaum-Kleiderkasten, Berlin 45, Trumau gefächelt 35, Plüschsofa 55, Aufschl. Bettstellen mit Matratze 40, Schlafzimm. Parfüm, Bücher 60. Beschäftigung meines namens großen Lager erbeten. Auf Zahlung. Kein Laden. Nur Keller und Hinterzimmer. Dornack, Tischlermeister, Dredenerstr. 124, zwischen Deantienplatz und Kottbuser Thor. Genossen erhalten 5 Prozent. 14500A*

Grünfranggeschäft, Goldgrube, zu verkaufen Götterstr. 71.

Handwerkzeuge verkauft billig Frankfurter Chaussee 145. +131

Handwerkzeuge wird wegen Krankheit billig verkauft. Näheres erteilt Seifentisch, Nankwitzstr. 23.

Zigarrengeschäft, langjährig, über 2000 jährlicher Reingewinn, sofort billig veräußert. Nankwitzstr. 16. +85

Handwerkzeuge, geschmiedeter Bauwesenplan, Straßenland frei, projektierter Bohlen mit Kolonie. Quadratische neue Mark, ganze Wände billig, circa 80 Forzen verkauft. Burkhardt, Blumberg bei Ahrensfelde. +121*

Damenhüte Gratiszugabe oder bis 12,00 Vergütung. Nähmaschinen ohne Anzahlung Woche 1,00. Postkarte genügt. Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Brenzlauerstr. 59/60. +89*

Nähmaschinen, Sable bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauer, Tischlerstr. 90. +67*

Trumau Sportbillig Zigarrengeschäft, Große Frankfurterstr. 80/81.

Verkauf sofort billig Schreibwaren-Geschäft Schreinerstr. 67.

Wohnbüro, tadellos, verkauft Scheibe, Hofmeisterstr. 34, I.

Gelehrten, Vertreter sofort, wenig Kapital. Prokiste, umlaufend halber. "Gutgeheud", Volkam 58.

Größerer Unternehmung wegen verlässt meine ausgehende Kneipe. Tempelhof, Friedrich Wilhelmstr. 15.

Herrenanzüge, Sommeranzüge, wenig getragene Konstantin, garderobe von 5 Mark an, große Auswahl, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidemeister Fürtzenzell. Vom 3. April nur Kolonnenstr. 10. Kein Laden. Habe keine Fikalen. *

Verkauf meine prachtvollen Stoppdecken, Stores, Gardinen, Verleppisch 6,00, Plüschsofa 4,00, Gasströmen, Bilder, Möbel, Plüschsofa 40,00, Bergschleibede 42 II. 1272B

Kanarienvogel billig Jüdenstr. 47 II. 115/6

Monatanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Dolan von 1,50 an, Gehrosanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für fortwährende Figuren. Neue Garderobe zu namens billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vortheilhaftesten bei Rab, Mühlentorplatz 14. 1271B*

Auktion, Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Musikinstrumente, Uhrenverkauf, Verfallene, Pfandleihhaus, Weidenweg 19. +67

Deckbett, Unterbett, Kissen mit plattrottem Anlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Androssstr. 48, und dreifach. 1469A*

Korrosiv-getränktes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Androssstr. 48, auch dreifach. 1470A*

Sommerliches Kanarienvogel, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Kissen, Stück 1,00. Pfandleihe Androssstr. 48, und dreifach. Ueltrische nach überall. 1471A*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Tischlerstr. 73a. 973B*

Pfandleihe, Grünstr. 63, täglich 8-9, Sonntags bis 2. 1429A*

Kunststofferei von Frau Kolosch, Charlottenburg, Goethestr. 84, I. *

Platinabfälle, alte Goldschalen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kettegold, Staubgold, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Brod, Brangelstr. 4, Telefon Amt 4, 6958. 114/3*

Pfandleihe Marxstr. 27. *

Klavier, Violinunterricht, gemessen, 8 Stunden 3.-, M. Thierstr. 58.

Wer Stoff hat, fertige Herrenanzüge, ohne Konkurrenz, feinste Futaten, zwei Knöpfe. Für guten Stoff best. goldene Medaille. Ludwig Engel, Brenzlauerstr. 23 II, Alexanderplatz. Begründet 1892. 75/10*

Dier Vereinszimmer frei Seidelstr. 30. 2915*

Wäsche wird sauber gewaschen, freies getrocknet. Abholung Sonnabends. Emil Bankrat, Köpenick, Mühlentorplatz 40. 1259B

Automobilfabrik lehrt Janke, Friedenstr. 126. 264/1

Verkauf! Schwarzer, halbgegrüner Pudel, Hündin. Abzugeben Restaurant "Eggher", Blumenstr. 21a. Belohnung. 12916

Vermietungen.

Wohnungen.
Stube, Küche 15.-, zwei Zimmerig 19,50, sofort Altbau, Banzl. 12 (Hermannplatz). 2915*

Zimmer.
Möbliertes Zimmer für einen Herrn Dorsogenerstr. 14/15, vorn IV, bei Roginski. +68*

Schlafstellen.
Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Kolonnenstr. 26, III. 782B

Schlafstelle für 2 Herren Mühlentorplatz 70a, Cuckergasse 11. 115/2*

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht Schlafstelle oder ein- oder zweizimmeriges Zimmer zwischen Rosenfelder und Oranienburger Tor. Offerten mit Preis an Franz Hahnel, Marktgrabenstr. 83, 2. Portal I. 1260B

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glaser, Pulaskstr. 27. 1463B

Stellenangebote.
Fräser und **Schneider** auf Verleimung verlangt Crohnshof, Köpenickerstr. 154. 1242B*

Wader, **Presser** und **Handmacher** verlangen Rosenow u. Co., Schmidtstr. 6. 1472A*

Wader verlangt Leistenfabrik, Fruchtstr. 63. 115/5

Dirigent für Arbeitergesangsverein gesucht. Offerten zu richten Alfred Böfel, Mariendorf, Feldstr. 44. 1463B

Schriftmaler für Glasbilder, bei hohem Lohn sucht Gantner, Ritterstr. 31. 1265B

Zusammenfasser auf Verleimung verlangt Crohnshof, Köpenickerstr. 154. 1242B*

Grundrißer und **Verleimungen** verlangt Goldbleichenfabrik Pfälzerstr. 18, Altdorf. 1276B

Härter und **Wäcker** verlangt Gebr. Altmeyer, Färberstr. 4, Wehener, Langhausstr. 4. +124*

Tüchtige Schriftmaler verlangt Paul Voigt, Neue Königstr. 42. 1276B

Verleimungen und **Verleimungen** verlangt Ray Leonhard, Schleißerstr. 31. +121*

Zusammenfasser werden verlangt, Neubau Götterstr. 4. +94

Flotte Garnierinnen oder Zubehörmacherinnen bei hohem Lohn sofort. Berg, Königstr. 20. +65

Teppiche - Handwerkerinnen, auch außerhalb Hause, verlangt Bedler, Straßburgerstr. 2. +132

Wäcker - Arbeiterinnen, Teppicharbeiten außerhalb Hause verlangt Rosenfeld, Badstr. 57. +101

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung Schützenstr. 22/23, (Zur Mauerstr. und Landstr. 115/2*)

Korbmacher

verlangen
Pech & Danc, Meißnerstr. 6.

Karton - Arbeiterin

für Macélasten gesucht.
Monopol, Kallertstr. 38.

Achtung, Wagenfabriken!
In den Wagenfabriken von Kahlstein, Charlottenburg, 2. Nähe Joh. Leuschner, Endepl. 6, Altem. Neue Königstr. 42, Gebr. Wienicke, Gantow, Franke, Zwickstr. 6, befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streit.
Wir erziehen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Vertrieben keine Arbeit anzunehmen. 176/9
Die Agitationskommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streit und Differenzen ist **Zuzug fernzuhalten**
von Tischlern von Franz Schulz, Frankfurter Allee 28, Kuppel in Reinickendorf;
von Treppengeländer - Arbeitern (Dresdner, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer) von der Treppengeländerfabrik Joseph Dresdner, Dübenerstr. 33;
von Bodenlegern von den Bauten in Busch (Hirma Dame, Frankfurt a. D.);
von Stellmachern von sämtlichen Stellmachereien, Wagenfabriken und Drechselnfabrik Plään, Wagnersstr. 33;
von Rotorenfabrik Gottschalk in Reinickendorf;
von Korbmachern von Bedler, Langestr. 35;
von Meerschmiedwerkstätten von Belsch, Köpenickerstr. 98.
von Klavierarbeitern nach Dänemark.
Die Ortsverwaltung.

Der Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Die gestrige Sitzung begann mit der Beratung über Ergänzung und Erweiterung des Programms der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Den einleitenden Vortrag hielt Julius Gehl. Er sprach für den gedruckt vorliegenden Programmtext der Geschäfts-Kommission, schilderte die in Deutschland immer stärker hervortretende Reaktion, die es notwendig macht, zu prüfen, ob die bisherigen Waffen der Arbeiterschaft noch ausreichen.

An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, in der die meisten Redner im Sinne des Referenten und für den ersten Abschnitt „Grundlage“ des Programms in der vorliegenden Fassung sprachen.

Die Debatte über die „Grundlage“ im Programmtext wurde in der Nachmittags-sitzung fortgesetzt. Sepp Dexter-Färth ist mit ganz geringen Abweichungen mit dem Programmtext einverstanden, legt auch kein großes Gewicht darauf, daß Antimilitarismus und Antiparlamentarismus darin genannt werden.

Bei der Abstimmung wurden alle zum ersten Abzug des Programmtextes gestellten Anträge abgelehnt: ein Antrag von Hinrichsen (Zimmerer), in der „Grundlage“ der Hauptsache nach die Programmtextklärung vom ersten Kongress der Vereinigung zu wiederholen, gegen 8 Stimmen; der Antrag für Antimilitarismus gegen 10, der für Antiparlamentarismus gegen 7 Stimmen.

Die Abstimmung über diesen Punkt hatte den ganzen Tag im Anspruch genommen. Die Sitzung wurde um 1/8 Uhr geschlossen.

Berichtigung. Eine genaue Zusammenstellung der Mitgliederzahlen hat ergeben, daß die Freie Vereinigung am 31. Dezember 1905 in 13 Zentralorganisationen 13 177, in 11 Einzelvereinen 1631, also im ganzen 14 808 Mitglieder zählt. Der Massenbestand der Organisationen belief sich zur selben Zeit auf 216 546,13 22.

Die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Befreiung der Arbeiter von der kapitalistischen Unterdrückung und ihren Ausbeutern gerichteten Bestrebungen unterstützen; die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks.

Die Beratung über diesen Punkt hatte den ganzen Tag im Anspruch genommen. Die Sitzung wurde um 1/8 Uhr geschlossen.

Der Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Die gestrige Sitzung begann mit der Beratung über Ergänzung und Erweiterung des Programms der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Allgemeiner Handelshilfsarbeiter-Kongress.

Berlin, 18. April 1906.

Dritter Verhandlungstag.

Die Diskussion über die Forderungen des 8 Uhr-Laden-Schlusses und des 6 Uhr-Postaltageschlusses wurde im Laufe des Vormittags zu Ende geführt. Sämtliche Redner erklärten sich für die geforderte Durchführung beider Maßnahmen, weil dadurch der endlose Heberarbeit der Handelshilfsarbeiter am besten ein wirksamer Damm entgegengekehrt werden könne.

Einmütig gelangte hierauf folgende Resolution zur Annahme: In Erwägung, daß die gegenwärtige Dauer der Arbeitszeit der Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe eine die Gesundheit und das Familienleben schwer schädigende ist,

in weiterer Erwägung, daß durch die Unregelmäßigkeit und das lange Hinauschieben des Geschäfts- und Arbeitsschlusses, durch die übliche Sonntagsbeschäftigung, sowie durch den späten Postaltageschluss der Ausdehnung der Arbeitszeit wesentlicher Vorjuden geleistet wird,

in weiterer Erwägung, daß die notorische Unfallhäufigkeit auch in den Kleinbetrieben des Handelsgewerbes, die mangelhaften und unhygienischen Arbeits- und Aufenthaltsräume wesentliche Nachteile für Gesundheit und Leben der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Folge haben,

- fordert der Kongress: 1. Reichsgesetzliche Festlegung einer täglichen Maximalarbeitszeit von neun Stunden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre und von acht Stunden für jugendliche Personen bis zu 18 Jahren. 2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen, von denen die Mittagspause in der Kinderdauer von zwei Stunden festzusetzen ist. 3. Einheitliche gesetzliche Durchführung des 8 Uhr-Laden-, Geschäfts- und Arbeitsschlusses für alle Handelsbetriebe. 4. Generelle Einführung des 6 Uhr-Postaltageschlusses für das ganze Deutsche Reich. 5. Vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe. 6. Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesamte Handelsgewerbe. 7. Erlass von Vorschriften betreffs der hygienischen Beschaffenheit der Arbeits- und Aufenthaltsräume. 8. Verbot des Stoffs- und Logiszwanges beim Arbeitgeber. 9. Verbot der Verwendung jugendlicher Arbeiter unter 21 Jahren als Transportradfahrer. 10. Errichtung von Handelsinspektoraten analog der Fabrikinspektion unter Hinzuziehung von im Beruf erfahrenen Arbeitern als Assistenten. 11. Ausdehnung des obligatorischen Fortbildungsumrechts auf die jugendlichen Handelshilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

5. Generalversammlung des Verbandes der Stukkateure und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Leipzig, 17. April.

Erster Verhandlungstag. Heute vormittag begann im Volkshaus die fünfte Tagung dieser Organisation. Außer 42 Delegierten sind anwesend drei Vertreter vom Hauptverband und ein Vertreter vom Ausschuss; ferner Bömelburg-Hamburg als Vertreter des Maurerverbandes und Lütlich-Leipzig als Delegierter des Zentralverbandes der Bildhauer.

Begrüßungstelegramme und -Schreiben sind eingelaufen von den Bruderorganisationen in Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Holland, Bulgare, sowie aus Wien und verschiedenen deutschen Städten.

Odenhal-Hamburg, der Vorsitzende des Verbandes, erstattete den Geschäftsbericht. Daraus sei folgendes hier wiedergegeben. Die von der Organisation geführten Kämpfe seit dem letzten Verbandstage sind infolge einer guten Konjunktur alle erfolgreich verlaufen. Von 1121 im Jahre 1903 ist die Mitgliederzahl auf 7288 im Jahre 1905 angewachsen, was die Gründung einer Anzahl weiterer Filialen zur Folge hatte. Diese Erfolge hat ausschließlich die intensive Agitation ermöglicht. Der Verband hat seit seinem Bestehen überall Verfürzungen der Arbeitszeit erkämpft. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 8 1/2 und 11 Stunden, die Stundenlöhne zwischen 25 und 90 Pf. Lohnbewegungen wurden in 67 Filialen mit 4763 Kollegen geführt. In vielen Filialen wurden mit den Unternehmern Lokaltarife abgeschlossen. An Reiseunterstützung wurden vom dritten bis Ende des vierten Quartals 1905 8923 M. gezahlt. Die Ausgaben für Reichstagsreisen betragen von 1903-1905 2233 M. Die Ausgaben für Reichstagsreisen betragen von 1903-1905 2233 M. Die Ausgaben für Reichstagsreisen betragen von 1903-1905 2233 M.

Odenhal wendete sich scharf gegen die Quertreibereien der sog. Christlichen bei Lohnbewegungen der Stukkateure. Überall macht sich in Rheinland-Westfalen die Agitation der Kapläne bemerkbar.

An der Diskussion über den Vorstandsbericht wird die Nichtanstellung eines Gauleiters für das Rheingebiet bemängelt, das Eingehen lassen der Filiale Stuttgart mit 600 Mitgliedern, ferner, daß in Stettin kein Vorstandsmitglied des Verbandes politisch organisiert sei und daß in Süddeutschland, besonders in Nürnberg, nichts geschehen sei, gerade dort, wo ein besoldeter Beamter notwendig gewesen wäre. Man wünschte den Abschluß von Kartellverträgen mit den übrigen Organisationen, die endliche Befestigung der Grenztreitigkeiten, eine Vernehmung des Hauptvorstandes um drei Mitglieder (da der jetzige Vorstand die ihm zugewiesenen Aufgaben nur ungenügend erfüllen könne) und schließlich den Anschluß an den Maurerverband.

Der Vorsitzende verteidigte die Tätigkeit des Hauptvorstandes gegenüber den Angriffen der einzelnen Delegierten und betonte, auch er sei für einen großen Industrieverband der Bauarbeiter, aber dagegen, daß die Organisation vom Maurerverband aufgegriffen werde. Das Ziel des Stukkateurverbandes sei die wirtschaftliche Auffklärung der Mitglieder, wodurch auch deren politische Erkenntnis reife und sie in die politische Organisation hineingetrieben würden.

Bömelburg legte alsdann seinen Standpunkt zur Verschmelzung mit dem Maurerverbande dar und bemerkte, die Entscheidung im Baugewerbe sehe sich immer mehr nach der Richtung durch, daß ein Verzug in den anderen übergreife. Je mehr aber die beruflichen Berührungspunkte wüchsen, desto schneller reisten die Konflikte. Er bedauere lebhaft das Nichtzustandekommen eines Kartellverhältnisses. Das Aufgehen der kleinen Organisationen in den großen liege nur im Interesse der ersteren. Gleich nach der vorigen Generalversammlung der Stukkateure habe sich der Maurerverband an den Stukkateurverband gewandt um das Zustandekommen eines Kartellvertrages. Odenhal habe davon aber nichts wissen wollen. Für beide Organisationen sei der Zusammenschluß unbedingt notwendig, da die Zahl der Personen, die eine bestimmte Arbeit versehen könnten, beständig wachse. Die Agitation und die Leitung bei Lohnbewegungen könnten nur bei der heutigen Ausdehnung des Maurerverbandes erfolgreich betrieben werden. In den künftigen wirtschaftlichen Kämpfen der Bauarbeiter werde die Situation so sein, daß nur an kleinen Orten gestreift zu werden brauche, um gleich eine große Ausperrung zu haben. Die Entwicklung im Baugewerbe werde bald die Lohnkämpfe in ganzen Bezirken bringen. Am 30. März 1906 laufe der Tarif ab, der für das ganze Rheingebiet mit 90 000 Bauarbeitern gelte. Dann werde es einen Meientampf auf der ganzen Linie geben, von Kassel bis hinauf nach Mannheim. Die Unternehmer würden da vor den Stukkateuren nicht Halt machen. Solchen Situationen sei eine kleine Gewerkschaft nicht gewachsen. Aus diesen Gründen brauche die Arbeiterbewegung den Zusammenschluß.

Odenhal erwiderte, bei Ablehnung des Kartellvertrages habe den Hauptvorstand der Stukkateure der Grundlag geleitet, daß er seine Angehörigen bei Maurerstreiks nicht auf die Straße werfen lassen wollte. Das hätte die Stukkateurorganisation zum Weiskluten gebracht. Bei einer Verschmelzung würde die Stukkateure zwar nicht der Hauptvorstand, wohl aber die Maurer in den einzelnen Bezirken an die Wand drücken.

Hierauf trat die Vertagung des Verbandstages ein.

Sechste Generalversammlung des Zentralverbandes der Vergolder Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Leipzig, 17. April.

Nachdem der erste Teil der heutigen Sitzung sich mit statistischen Erörterungen beschäftigte und Klagen über schlechte hygienische Verhältnisse und Arbeitsmaterialien sowie über das Ueberstundenwesen, namentlich in Altona, vorgebracht wurden, erlauteten die Delegierten ihre Filialberichte.

In Altona werde die Hausindustrie eingeführt. Genth-Brandenburg empfahl die Angliederung der Altonaer Mitglieder an die Krankenunterstützung des Verbandes.

Auf die Klagen, daß in Berlin die Fremdarbeit und die Schmutzkonzurrenz sowie das Zwischenmeisterthum herrsche, hoben die Berliner Delegierten hervor, daß in großen Berliner Fabriken die Ueberstundenarbeit abgeschafft sei. Glockel-Rhm bemerkte dazu, daß die Bekämpfung der Ueberstunden deshalb schwieriger geworden sei, weil die Leistenbranche eine Saisonindustrie geworden wäre. Aus Wien berichtet Schmidt, daß mit Hilfe der Jugendorganisationen und der Behörden die Sonntagsarbeit mit Erfolg bekämpft werde. Genth-Brandenburg meinte, daß die Lehrlinge in Brandenburg ja heinahe bessere Löhne bekämen als die bei Zwischenmeistern beschäftigten Berliner Kollegen. Aus Burg bei Magdeburg wird von einer blühenden Lehrlingszählerei berichtet. Bei 87 Erwachsenen arbeiten 26 Lehrlinge. Der Lohn schwankt zwischen 15 und 30 Mark. In Düsseldorf sei seit Jahresanfang ein frischer Zug in die Bewegung gekommen, nur müsse der Verfall zwischen Rahmen- und Leistungsvergoldern gerügt werden. Das Haupthindernis einer schnellen Vorwärtswendigung sei der religiöse Fanatismus der „Schwarzen“. In Jülich liegen die Verhältnisse durch die schwere Krisis der Vergolderbranche in den letzten drei Jahren sehr ungünstig. Hamburg habe in den letzten Jahren in der Leistenbranche eine gute, in der Rahmenbranche eine weniger gute Konjunktur gehabt. Der Delegierte hofft von der Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverbande eine Verbesserung der zwischen 21 und 30 Mark schwankenden Löhne. In Köln herrsche unter den 500 bis 600 Arbeitern der Branche Egoismus und Gleichgültigkeit. Leipzigs Rahmenbranche habe nur vor Weihnachten guten Geschäftsgang. Die Berufscollegen seien meistens in Fabrikarbeiterverbände organisiert. Der 1. Mai sei bisher nur von einigen Kollegen gefeiert worden. In Weerane, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Branche nicht allzu schlechte seien, werde diesmal der 1. Mai ganz gefeiert werden. München mit 100 Organisierten von 200 Vergoldern konnte einen Tarifvertrag erreichen. Dort sei an der Vergolderfachschule ein Kollege als Lehrer tätig. Nachdem noch die Vertreter der Filialen in Arnberg, Rudolstadt, Reu-Allm, Jülich, Stendal und Strelich i. M. ihre Berichte über ihre Bezirke abgegeben hatten, wurde mit der Beratung des wichtigsten Punktes, dem Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband, begonnen.

Nachdem der erste Teil der heutigen Sitzung sich mit statistischen Erörterungen beschäftigte und Klagen über schlechte hygienische Verhältnisse und Arbeitsmaterialien sowie über das Ueberstundenwesen, namentlich in Altona, vorgebracht wurden, erlauteten die Delegierten ihre Filialberichte.

In Altona werde die Hausindustrie eingeführt. Genth-Brandenburg empfahl die Angliederung der Altonaer Mitglieder an die Krankenunterstützung des Verbandes.

Auf die Klagen, daß in Berlin die Fremdarbeit und die Schmutzkonzurrenz sowie das Zwischenmeisterthum herrsche, hoben die Berliner Delegierten hervor, daß in großen Berliner Fabriken die Ueberstundenarbeit abgeschafft sei. Glockel-Rhm bemerkte dazu, daß die Bekämpfung der Ueberstunden deshalb schwieriger geworden sei, weil die Leistenbranche eine Saisonindustrie geworden wäre. Aus Wien berichtet Schmidt, daß mit Hilfe der Jugendorganisationen und der Behörden die Sonntagsarbeit mit Erfolg bekämpft werde. Genth-Brandenburg meinte, daß die Lehrlinge in Brandenburg ja heinahe bessere Löhne bekämen als die bei Zwischenmeistern beschäftigten Berliner Kollegen. Aus Burg bei Magdeburg wird von einer blühenden Lehrlingszählerei berichtet. Bei 87 Erwachsenen arbeiten 26 Lehrlinge. Der Lohn schwankt zwischen 15 und 30 Mark. In Düsseldorf sei seit Jahresanfang ein frischer Zug in die Bewegung gekommen, nur müsse der Verfall zwischen Rahmen- und Leistungsvergoldern gerügt werden. Das Haupthindernis einer schnellen Vorwärtswendigung sei der religiöse Fanatismus der „Schwarzen“.

In Jülich liegen die Verhältnisse durch die schwere Krisis der Vergolderbranche in den letzten drei Jahren sehr ungünstig. Hamburg habe in den letzten Jahren in der Leistenbranche eine gute, in der Rahmenbranche eine weniger gute Konjunktur gehabt. Der Delegierte hofft von der Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverbände eine Verbesserung der zwischen 21 und 30 Mark schwankenden Löhne. In Köln herrsche unter den 500 bis 600 Arbeitern der Branche Egoismus und Gleichgültigkeit. Leipzigs Rahmenbranche habe nur vor Weihnachten guten Geschäftsgang. Die Berufscollegen seien meistens in Fabrikarbeiterverbände organisiert. Der 1. Mai sei bisher nur von einigen Kollegen gefeiert worden. In Weerane, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Branche nicht allzu schlechte seien, werde diesmal der 1. Mai ganz gefeiert werden. München mit 100 Organisierten von 200 Vergoldern konnte einen Tarifvertrag erreichen. Dort sei an der Vergolderfachschule ein Kollege als Lehrer tätig. Nachdem noch die Vertreter der Filialen in Arnberg, Rudolstadt, Reu-Allm, Jülich, Stendal und Strelich i. M. ihre Berichte über ihre Bezirke abgegeben hatten, wurde mit der Beratung des wichtigsten Punktes, dem Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband, begonnen.

8. General-Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Mühlhausen i. Th., 17. April.

Vierter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung gibt das Bureau folgende Resolution bekannt, die in der gestrigen geschlossenen Sitzung angenommen ist:

Die 8. Generalversammlung beauftragt den Vorstand, alsbald an die Ausarbeitung von Einheitslohnstarifen für die verschiedenen Branchen unseres Berufes heranzutreten. Er hat insbesondere zu diesem Zweck für jede Branche eine Konferenz zusammenzuberufen, welche aus den Hauptindustriestädten des Reiches in der betreffenden Branche besetzt werden muß. Diese Konferenz hat zum Zweck, unter Zugrundelegung schon vorhandener Tarife, das Gerippe für den Einheitslohnstarif aufzustellen. Nachdem dies geschehen, hat der Vorstand oder an dessen Stelle eine besondere Tarifkommission den Tarif zu entwerfen und den Entwurf den einzelnen Orten zur Diskussion und Radaufklärung zu übersenden. Sobald die hierzu festgesetzte Frist abgelaufen ist, ist der Entwurf mit den etwaigen Änderungsanträgen an den Vorstand zu bringen, die Tarifkommission einzusenden. Sobald dies geschehen ist, werden die Teilnehmer der ersten Konferenz zu einer neuen Tagung zusammenberufen, um unter Berücksichtigung der eingegangenen Änderungsanträge den endgültigen Tarif aufzustellen. Sämtliche Einheitslohnstarife sind dann der nächsten Generalversammlung im Jahre 1908 zur Annahme vorzulegen. Die Verträge sollen Bestimmungen enthalten über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, über Beginn und Ende der Pausen innerhalb der Arbeitszeit, über Ueberstunden, Nacht- und Feiertagsarbeit, über den Arbeitslohn für die festgesetzte tägliche Arbeitszeit, über den Arbeitslohn für Ueberstunden, Nacht- und Feiertagsarbeit, über die Zeit der Lohnzahlung, über die Kündigung des Arbeitsverhältnisses, über die sanitären Einrichtungen in den Arbeitsräumen, Aborten usw., über die Einsetzung einer paritätisch zusammengesetzten Kommission der Arbeiter und Unternehmer, welche Differenzen zu untersuchen und zu schlichten hat, über die Dauer des Vertrages, über die Kündigungsfrist desselben. Die Vertragsdauer soll in der Regel aber zwei Jahre nicht überschreiten. Eine Dauer bis zu drei Jahren ist nur dann zulässig, wenn mit einer Lohnerhöhung eine Arbeitszeitverfürzung und die Freigabe des Sonnabendnachmittages verbunden ist.

Ferner sollen Bestimmungen aufgenommen werden über den Grundlohn, die verschiedenen Zuschläge zum Grundlohn, die Nebenarbeiten, das Verarbeiten von schlechtem Material, das Warten auf Material und Reparaturen, die Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Feiertagsarbeit.

Die Lohnberechnung in den Betrieben hat nach folgenden einheitlichen Bestimmungen zu erfolgen:

Hinsichtlich der Feststellung der Schutzhöhe ist überall das Schutzhöheystem zu erstreben und der Lohn nach 1000 angezeigten Schutzh zu zahlen.

Bzüglich der Nebenarbeiten muß der Lohnstarif Bestimmungen enthalten, die dieselben günstig regelt.

Der Bericht vom internationalen Textilarbeiterkongress und vom Kölner Gewerkschaftskongress wird vom Vorsitzenden Hübisch gegeben. Redner spricht seine Unzufriedenheit über die internationale Bewegung aus, es seien recht wenig Errungenschaften gemacht worden. Dies sei aber zum großen Teil auf die geringen Mittel, die dem Sekretär zur Verfügung gestanden haben, zurückzuführen. In drei Jahren sei nur die Summe von 2889 M. aufgebracht worden und diese genüge nicht, um, wie notwendig, Agitation zu betreiben. Redner wünscht, daß die deutschen Delegierten stets für die Beschaffung der nötigen Mittel eintreten.

In seinem Bericht über den Kölner Gewerkschaftskongress vertritt Redner bezüglich der Meißner die Meinung, daß trotz allen eventuellen Meinungsverschiedenheiten die Textilarbeiter in der vollständigen Arbeitsruhe nach wie vor die vornehmste Feiertage erblicken haben. Eine lebhafteste Debatte, die den ganzen Vormittag ausfüllt und wobei die zu diesem Punkte gestellten Anträge mit zur Verhandlung stehen, finden statt. Umbreit — Vertreter der Generalkommission — stellt verschiedene Ausführungen, die von den Diskussionsrednern gemacht wurden, richtig. Redner sieht in der Resolution zum Generalstreik von Köln und Jena gar nicht

einen so großen Unterschied; beide wollen unter keinen Umständen eine Beschränkung der Vollrechte dulden, nur daß in der Kölner Resolution keine bestimmte Taktik festgelegt ist. Redner vertritt sich weiter über die Maßfeier und hofft, daß der nächste internationale Kongress eine Form findet, wodurch die Maßfeier zu einer würdiger auszuführenden Demonstration gestaltet wird. Aus der ganzen Debatte geht hervor, daß die Textilarbeiter in bezug auf die Maßfeier auf dem Boden der Pariser Resolution stehen.

Durch die ganzen Beratungen zieht sich wie ein roter Faden immer wieder die Betonung der Tatsache, daß sich die Textilarbeiter eng mit der Sozialdemokratie liiert fühlen und daß sie nicht nur die alten Vollrechte erhalten, sondern neue hinzugewinnen wollen.

Beschlossen wird, daß in Zukunft die internationalen Textilarbeiter- sowie Gewerkschaftskongresse nach folgender Form zu beschließen sind: auf je 10.000 Mitglieder soll 1 Delegierter entsandt werden, und die allgemeinen internationalen Arbeiterkongresse sollen durch 3 Delegierte besetzt werden.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung erstattet die Kommission über ihre Arbeiten Bericht. Es kommen die Beitragsberechnungen zur Beratung; hierzu stehen 13 aus den Zahlstellen gestellte Anträge mit zur Debatte.

Nachdem 20 Delegierte die Notwendigkeit der Beitragsberechnung betont, wird ein fakultativer Staffelleistung beschlossen, der in der I. Klasse 20, II. 30, III. 40 und IV. 50 Pf. betragen soll. In Klasse I können jedoch nur Arbeiterinnen und männliche Personen nur bis zum 18. Lebensjahre eintreten. In Klasse I und II bleiben die jeweiligen Unterhaltungsätze bestehen; während einer Lohnbewegung kann kein Mitglied einer höheren Klasse beitreten. Ferner muß die erhöhte Einnahme, die aus Klasse III und IV erzielt wird, voll an den Zentralvorstand abgeführt werden. Weiter wird beschlossen, daß Mitglieder, die erwerbsunfähig sind und 10 Jahre dem Verbandsangehörig haben, unter Beibehaltung ihrer Rechte vom Beitrag befreit werden.

Dadurch ist die von der Kommission vorgeschlagene Resolution zur Regelung der Beitragsleistung abgelehnt. — Alsdann erfolgt die Berichterstattung der Kommission über die Unterstützungen des Verbandes.

Vor Schluß der Sitzung gelangt ein Telegramm aus Aachen zur Berlesung. Dieses meldet, daß 4000 Textilarbeiter ausgesperrt sind, weil sich die christlich organisierten Arbeiter weigerten, in die gesperrten Fabriken zu gehen. Der christliche Verband drohte mit Entziehung der Unterstützung.

Soziales.

Wissenschaftliche Kurse zum Studium des Alkoholismus.

Unter Beteiligung von etwa 140 Hörern wurden die Kurse zum Studium des Alkoholismus vorgeritten begonnen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus, Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts, Dr. v. Strauß und Lörner, führte zur Begrüßung etwa aus:

Bedarf es wissenschaftlicher Kurse zum Studium des Alkoholismus? Diese Frage würde noch vor einem Jahrzehnt zweifellos verneint worden sein. Die Tatsache, daß die Kurse in diesem Jahre zum drittenmal eingerichtet, mit jedem Jahre stärker besucht werden, bezeugt die Bedürfnisfrage. Die Wissenschaft beschäftigt sich gründlich und ernstlich mit der Alkoholfrage. Was die Wissenschaft an Untersuchungen angestellt und an Ergebnissen festgestellt hat, wollen diese Kurse weiteren Kreisen vermitteln. Das Interesse der Regierungen und Behörden, an der Lösung der Alkoholfrage mitzuwirken, steigt. Dies ist verständlich und nötig. Ist doch die Alkoholfrage nicht nur eine individuelle Frage, welche den einzelnen Trinker, dessen Familie und die Behörde, welche mit ihm zu tun hat, angeht, sondern eine Frage von allergrößter sozialer und nationaler Bedeutung für Deutschlands Gegenwart und Zukunft. Aber noch fehlt es vielfach auch in den Reihen der Gebildeten an genauer Kenntnis über die verschiedenartigen Wirkungen gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sittlicher Art, welche der Alkoholismus als Folge- und Begleiterscheinungen verursacht; noch gehen Ansichten über die Mittel und Wege der Bekämpfung dieser Notstände stark auseinander. Deswegen wollen diese Vorlesungen sicheres Tatsachenmaterial bieten und berichten, was sich im Kampfe gegen dieses soziale Uebel bewährt und erprobt hat. Sie wollen nicht agitatorisch einer Partei oder Richtung, sondern rein informativ denjenigen dienen, welche, sei es innerhalb oder außerhalb ihres Berufs, sich für die Alkoholfrage interessieren.

Aus den bislang gehaltenen Vorträgen seien einige Ausführungen hervorgehoben. Professor Dr. Arthur Hartmann (Berlin) sprach gestern über Alkohol und Jugend. Nach der Ueberzeugung des Redners ist die Bekämpfung des Alkoholismus, der Trunksucht, mindestens ebenso wichtig für das allgemeine Wohl als die Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuuglingssterblichkeit.

Eine große Anzahl von statistischen Erhebungen in Schulen verschiedener Städte zeigt, in welchem Umfange schon von Kindern alkoholische Getränke genossen werden. Die erste grundlegende Arbeit verbanden wie dem Schuldirektor Bayr in Wien, welcher schon den Nachweis liefern konnte, daß diejenigen Kinder, welche alkoholische Getränke gar nicht oder nur ausnahmsweise genießen, die besten Noten bekommen, daß dagegen diejenigen, welche regelmäßig ein oder mehrere Male am Tage alkoholische Getränke bekommen, sich in der Schule schlecht bewähren. Diese Erfahrung wurde bei den späteren Erhebungen durchgehend bestätigt. In Berlin wurden auf Veranlassung von Hartmann an zwei Volksschulen Untersuchungen angestellt; vier Fünftel der Kinder bekommen wöchentlich mindestens einmal Bier oder Schnaps zu trinken, ein Drittel täglich. Günstiger waren die Verhältnisse bei der kürzlich in Braunschw. an 17.885 Kindern angestellten Erhebungen. Es erhielten dort nur 11 Proz. der Kinder täglich Wein, Bier oder starke alkoholische Getränke. Ein ungünstigeres Verhalten zeigen die höheren Schulen, wo bis zu 80 Proz. der Schüler täglich alkoholische Getränke zu sich nehmen. Bei diesen Kindern wird die Aufmerksamkeit, die Denkfähigkeit und das Gedächtnis gemindert. Besonders beweisend seien die in zwei Familien angestellten Experimente, über welche Demme berichtet.

Es wurde den Kindern monatlich abwechselnd zu Tisch mit Wasser vermishter Wein oder alkoholfreier Getränk gegeben. Während der Weinperioden erschienen die Kinder den Eltern mütter und zur Arbeit weniger aufgelegt, namentlich war der Schlaf unruhiger, häufiger unterbrochen, deshalb weniger ausruhend und erquickend. Bei zweien der Knaben waren die Erscheinungen so auffallend, daß sie ganz aus freien Stücken ihre Eltern darum baten, mit Wein verschont zu werden.

Der Alkohol ist ein auf das Nervensystem wirkendes Mittel, ein Nervengift, das hauptsächlich auf das Gehirn, außerdem aber auch auf das Gefäßsystem und den Stoffwechsel wirkt. Der Tod eines dreijährigen Kindes wurde schon durch 75 Gramm, der Tod eines Erwachsenen durch 300 Gramm reinen Alkohols herbeigeführt. Kleinere Mengen wirken meist erregend, später ermüdend auf das Nervensystem, größere führen eine depressierende Wirkung; es kommt zu Bewußtlosigkeit in Verbindung mit Krämpfen.

Die tägliche Zuführung von Alkohol führt beim Kind häufig zu Verdauungsstörungen, die Entwicklung wird beeinträchtigt, allmählich entwickelt sich chronischer Magenkatarrh. Durch die Einwirkung auf das Nervensystem werden die Kinder sehr nervös. Schwere Alkoholvergiftungen bei Kindern mit Hirnkonvulsionen, Bewußtlosigkeit und Krämpfen kommen in den Krankenhäusern zur Beobachtung. Bisweilen tritt Epilepsie oder Weiltanz nach Alkoholgenuß auf, auch Säuferwahnsinn wurde bei 4 bzw. 5 Jahre alten Kindern schon beobachtet.

Die allseitig gemachten Erfahrungen machen es zur Pflicht, daß insbesondere die Kinder vom Genuß alkoholischer Getränke fern gehalten werden, um sie vor Schädigung zu bewahren und um

sie nicht an den Genuß dieser Getränke zu gewöhnen. Aus Gesundheitsgründen werden übermäßige Trinker, Trunksüchtige, Erbsengetränke sind Milch, Kaffee, zuckerhaltiges Wasser, Limonaden, welche den Kindern dargeboten werden müssen.

Durch die Kurse und durch die Lehrer muß die Aufklärung über die Alkoholschädigungen gegeben werden. In Berlin wird neuerdings durch die Schulärzte den Eltern bei der Einschulung ein Warnungsblatt übergeben. Durch Ministerialverfügung wird der Lehrer beauftragt, die Kinder in der Schule über die Gefahren des Alkohols zu unterrichten.

Weiter finden die Verfügungen nicht die ihnen gebührende Beachtung, da sowohl die dem Ministerium unterstehenden Behörden als auch die Lehrer der höheren Schulen und der Volksschulen mit der Bedeutung der Alkoholfrage noch nicht genügend bekannt gemacht wurden. Es wäre zu wünschen, daß durch diese Vorlesungen ähnliche Erfolge erzielt werden, wie in Nordamerika, wo durch die Einführung des obligatorischen Alkoholunterrichtes in der Schule ein großer Teil der Lehrer enthaltam, der übrige Teil sehr mäßig wurde, und durch die Belehrung und das gegebene Beispiel der Alkoholmißbrauch in allen Volksschichten, insbesondere unter den Arbeitern, außerordentlich gemindert wurde. Man schätzt dort die Anzahl derer, die sich des Alkohols gänzlich enthalten, auf zehn Millionen, abgesehen von den vielen Bürgern, die sehr mäßig sind.

Dr. med. et phil. R. O. Neumann (Heidelberg) sprach über Alkohol als Nahrungsmittel. In keinem anderen Kapitel über den Alkohol ist bis auf den heutigen Tag so heftig gestritten worden, wie darüber, ob der Alkohol ein Nahrungsmittel ist. Die Beantwortung, so führte der Redner etwa aus, läßt sich nicht durch empirische Erfahrungstatsachen oder oberflächliche Überlegungen geben, sondern kann nur durch experimentelle Versuche an Menschen herbeigeführt werden. Die hierbei ermittelten Ergebnisse sind aber auch als Grundlage für den weiteren Kampf gegen den Alkohol zu betrachten, da durch sie am besten allen irdigen Vorstellungen und Aufstellungen der Boden entzogen wird. Die Ansichten über den Nährwert des Alkohols standen sich bisher diametral gegenüber, indem die einen für, die anderen sich gegen die Annahme eines solchen entschieden. Eine Einigung konnte bis vor kurzem nicht erzielt werden, da auch die wissenschaftlichen Versuchsergebnisse nicht übereinstimmten. Die Ansicht, der Alkohol besitze Nährwert, geht bis in das Altertum zurück; namentlich ist sie durch Ärzte gefördert worden, die seit jeher den Alkohol als Stärkung- und Kräftigungsmittel in der Medizin verordneten. Auch der allergrößte Teil des Publikums sieht im Alkohol ein Nahrungs- und Stärkungsmittel, dessen Gebrauch aber leider dort, wo gerade die Stärkung am notwendigsten wäre, durch übermäßigen Genuß zu Schädigungen des Organismus und zur Unterernährung führt. Die Ausgaben, die für Alkoholisierung gemacht werden, beweisen, wie wenig richtig noch ihr wirklicher Wert beurteilt wird, und zwar in erster Linie deshalb, weil man das verhältnismäßig geringe Quantum an Nahrung, das man im Alkohol bezug, in alkoholischen Getränken zu sich nimmt, unverhältnismäßig hoch bezahlet muß. Andererseits ist man sich dessen nicht bewußt, daß man für das teure Geld Gefahren für den eigenen Organismus mit in Kauf nimmt. Durch wissenschaftlich einwandfreie Experimente ist jetzt festgestellt, daß in der Tat dem Alkohol ein gewisser Nährwert nicht abzuzupacken ist, weil er im Organismus ähnlich wie andere stickstofffreie Stoffe, z. B. Fett und Kohlehydrate, durch seine Oxidation oder Verbrennung Spannkraft frei werden läßt, die dem Körper zugute kommen. Er wird bis zu etwa 88 Proz. im Organismus verbrannt und wirkt dadurch auf den respiratorischen Stoffwechsel ein. Wird er mit genügender Nahrung aufgenommen, so kann er Stoffe wie Fett und Kohlehydrate vor der Verbrennung schützen und wirkt so als Sparmittel. In seinem Verhältnis zum Körpergewicht verhält er sich in Stoffwechselforschungen so, daß bei genügender Nahrung der Stoffgehalt geringer wird, d. h. er wirkt Eiweiß sparend. Dies findet aber erst statt, wenn die depletäre Wirkung des Alkohols durch Gewöhnung ausgeschaltet ist. Bei ungenügender Nahrung bzw. bei bestehender Unterernährung und bei großen Alkoholdosen tritt die protoplasmachädigende Wirkung in den Vordergrund, wobei ein größerer Eiweißgehalt die Folge ist.

Die Frage nach der eiweißsparenden Kraft des Alkohols hat bisher am meisten der Erörterung unterlegen, sie wurde vom Vortragenden von neuem wieder aufgenommen und in 2 sehr langen Stoffwechselforschungen in bejahendem Sinne beantwortet. Seine Arbeiten sind von anderer, auch von früher gegnerischer Seite bestätigt worden.

Trotz der theoretisch interessanten Tatsache, daß Alkohol physiologisch ein Nahrungsmittel genannt werden muß, kann keine Rede davon sein, daß man praktisch ihn als solches empfiehlt, und der Vortragende verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß aus seinen Versuchen derartiges geschlossen werden könnte. Denn erstens wäre es ein außerordentlich teures Nahrungsmittel, und dann sind doch die Schädigungen, die der dauernde Genuß von Alkohol auf die Organe und Funktionen des Organismus ausübt, derartig in die Augen fallend und bekannt, daß es freudlos erscheinen müßte, ihn als Nahrungsmittel anzupreisen.

Des weiteren sprach der Professor Dr. G. Schaffenberg (Köln a. Rh.) über Alkohol und Seelenleben. Der Vortragende versuchte, an der Hand der durch die Experimentalpsychologie gewonnenen Ergebnisse fremder und eigener Forschungen die Wirkung des Alkohols auf das geistige Leben darzustellen. Folgende Wirkungen des Alkohols auf die seelischen Funktionen sind, nach Ansicht des Redners, nachgewiesen: Die Auffassung der Vorgänge wird durch Alkoholgenuß erschwert und verlangsamt, das Gedächtnis und die Merkfähigkeit leiden, die Verarbeitung der gewonnenen Eindrücke wird oberflächlicher, der Zusammenhang des Denkens gelockert, die Auslösung von Willenshandlungen erleichtert auf Kosten ihrer Zuverlässigkeit. Diese Wirkung zeigt sich schon bei ganz kleinen Mengen; sie wird bei größeren deutlicher und überdauert bei Mengen, die etwa 2-2½ Liter Bier entsprechen, gelegentlich zwei durchsichtige Nächte. Längere Versuchsdauern haben gezeigt, daß die verschlechternde Wirkung durch die Gewöhnung nicht abgeschwächt wird, sondern sich verstärkt.

Ueber „Alkohol und Arbeiterversicherung“ sprach Regierungsrat Dr. Wegmann. Der Vortrag ging aus von der durch die Reichsstatistik festgelegten Tatsache, daß im Jahre 1903 auf den Kopf der Bevölkerung 9,4 Liter absoluten Alkohols getrunken worden sind. Diese Zahl gebe ein falsches Bild, weil nicht jeder Deutsche alkoholische Getränke, und niemand reinen Alkohol trinkt. Wenn man den absoluten Alkohol in Prozenten umrechnet (Schnaps und Liköre enthalten in Deutschland zwischen 20 und 30 Proz. Alkohol), so entfallen davon auf den Kopf 31,3 Liter, und wenn man die Kinder unter 14 Jahren ausschließt (ein Drittel der Bevölkerung) und auf den Kopf der Frau ein Fünftel dessen rechnet, was auf den Kopf des Mannes — damit sei wahrheitlich der durchschnittliche Anteil der Frauen — bis zu hoch eingeschätzt —, so entfallen auf Mann und Frau zusammen 8 Kopfteile mit 94 Liter, davon auf den Mann — jeden über 14 Jahre alten Mann — fünf Achtel gleich 79 Liter, also wöchentlich etwas über 1¼ Liter 30prozentigen Alkohols. Diese Menge entspricht dem Alkoholgehalt von 10,5 Liter Bier (das Bier wie üblich zu 4 Proz. Alkoholgehalt angenommen) oder, da die übliche Bierflasche ½ Liter enthält, 21 Flaschen Bier. Es verzehe also jeder deutsche Mann vom 14. Lebensjahre ab Tag für Tag fast 2½ Bierflasche voll 30prozentigen Schnapses oder 5 Flaschen Bier.

Daß dies den als mäßig anguerkennenden Alkoholverbrauch bedeutend übersteige, wurde einmal aus den Forschungen namhafter Gelehrten (Krapelin, Forel, Fiehn, Strümpell, König), sodann aber aus den Statistiken zahlreicher englischer und anderer Lebensversicherungs-Gesellschaften abgeleitet, nach denen sich die Abstinente als überraschend viel günstigere Risiken selbst da erweisen haben, wo ihnen nur durchaus mäßig Lebende gegenüberstanden.

Sodann schilderte der Vortragende an der Hand zahlreicher Zahlenmotive und wissenschaftlicher Untersuchungen das Meer von Kränkheiten, die als häufige Folge der Unmäßigkeit im Trinken

bekannt sind, den verberlichen Einfluß der Unmäßigkeit auf Tuberkulose, Gefäßkrankheiten und andere verbreitete Leiden, die bedeutende Erschwerung, die die Heilung von Wunden, Knochenbrüchen und ähnlichen Verletzungen durch den Trunk erfährt (85 bzw. 80 Proz. aller Betriebsunfälle in der Industrie bzw. in der Landwirtschaft bestehen in gewaltsamen mechanischen Injurien), die Steigerung der Unfälle durch den Trunk (die auf den Montag entfallenden Unfälle verhalten sich zum Durchschnitt der übrigen Wochentage wie 11 zu 10, obwohl am blauen Montag viel weniger Arbeiter tätig sind als sonst), die ebenfalls durch verschiedene statistische Reihen nachgewiesene verheerende Einwirkung des Alkoholmißbrauchs auf die Nachkommenschaft, und endlich die aus diesem allen sich ergebende enorme Belastung der Arbeiterversicherung, die der Vortragende meinte mit 50 Millionen jährlich mäßig veranschlagt zu haben.

Hierauf ging der Vortrag über zur Schilderung der Hemmnisse, die der Alkoholmißbrauch der sozialen Wirkung der Arbeiterversicherung bereite, indem er das Bestreben, sich zunächst auf die eigene Kraft zu verlassen und die Zufriedenheit mit dem Gebotenen verringern, dagegen das Verlangen nach mühelosem Gewinn und nach Genuß steigere.

Die Arbeiterversicherung müsse daher mit den zahlreichen ihr zur Gebote stehenden Mitteln auf die nachdrückliche Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenusses abgeben, vor allem sich die äußerliche Bekämpfung des Volkes im allgemeinen und der Jugend im besonderen über die Gefahren des übermäßigen Alkoholgenusses angelegen sein lassen und ihren Einfluß für eine allgemeine Umwidmung der Trinksitten einsehen.

Wir haben vorstehend sehr ausführlich über die bislang behandelten Thematika berichtet. Der Leser mag selbst sich ein Urteil darüber bilden, ob die von den Vortragenden gezogenen Schlüsse zutreffen. Auf eins sei aber hingewiesen. Mag man ein noch so strenger Enthaltensapostel sein, so darf man doch aber die Tatsache nicht außer acht lassen: alle schönen Redensarten über Enthaltensapostel berühren die Ursache der verheerenden Wirkung des Alkoholmißbrauchs nicht. Es steht der Regierung und den bürgerlichen Parteien schlecht an, gegen den Alkoholgenuß zu donnern, wenn sie selbst durch künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel, durch Erhöhung der Lebenslage, durch Vorenthaltung der geistigen Genüsse Tausende und Abertausende dazu veranlassen, zum Fusel als Verrüger des Morgens und als Betrüber zu greifen. Wer gewerkschaftliche und politische Arbeitervereinigungen bekämpft, leistet dem Alkoholmißbrauch unendlichen Vorschub. Es ist pharisäisch, gegen den Alkoholmißbrauch loszubonnern, aber den Arbeitern den Weg zu besserer Lebenshaltung, zur Widerstandsfähigkeit gegen den Alkohol, zu geistiger Erholung und Freude zu erschweren. Das geschieht aber von Tag zu Tag.

Nach jüngst haben die gesamten bürgerlichen Parteien und die Regierung in der Hilfskassenkommission es abgesehen festzusetzen, daß die Krankenkassen berechtigt sind, Antialkoholkongresse zu beschicken, Verhören gegen Alkohol zu verbreiten usw. In unserer Nummer vom 10. April konnten wir mitteilen, wie in Königsberg Postzeitschriften, Magistrat und Stadtverordnetenkolleg den Kampf der Arbeiter gegen Alkoholmißbrauch durch Verlegen von Versammlungen und Entziehung von Beihilfen bekämpften.

Inendlich wertvoller als all die gut gemeinten Vorträge ist für den Kampf gegen den Alkoholmißbrauch: freie Bahn auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete, gezieltes Koalitionsrecht, Beseitigung der die Nahrungsmittel vertuernden Zölle. Das Tatsachematerial aus diesen Gebieten, die wissenschaftlichen Ergebnisse des verheerenden, auch Alkoholgenuß fördernden Einflusses der herrschenden Ausbeutungspolitik enthalten so reichlichen Anlagestoff, daß all den bürgerlichen Antialkoholisten dringend zu empfehlen ist, diese Ergebnisse zu studieren und zu bezeugen.

Der Reichsverband in der Ortskrankenkasse der Schneider in Berlin. Der Reichsverband wird trotz des allgemeinen Misstrauens gegen seine der Klasse abträglichen Tätigkeit vorab die große Mehrheit der Kassener und Schneiderinnen mit zwei Drittel Mehrheit einen Sieg über die durch Ueberrumpfung in den Kassenvorstand buglierten Leute des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Gegen die Wahl legten die Reichsverbandler Protest ein. Jetzt — nach Verlauf von fünf Monaten! — hat die Aufsichtsbehörde die Wahl der vom Reichsverbanden der Kassensmitglieder getragenen Vorstandsmitglieder für ungültig erklärt. Es muß also, falls nicht gegen den Verzicht der Aufsichtsbehörde Rechtsmittel ergriffen werden, Neuwahl stattfinden. Die Begründung des Entschlusses der Aufsichtsbehörde ist uns nicht bekannt. Von Interesse würde es auch sein, ob die wirkliche Aufsichtsbehörde (der Magistrat) und nicht ein Magistratskommissar entschieden hat.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maurer. Am Freitag fand in Kellers Saal eine Generalversammlung des Zweigvereins Berlin statt. Der erste Punkt der Tagesordnung war die Berichterstattung von der Gaukonferenz. In der Debatte, die den Berichten der Delegierten folgte, wurde hauptsächlich die den Gaubeamten von der Konferenz bewilligte Gehaltserhöhung kritisiert. Es war weniger die Gehaltserhöhung selbst, welche von den Rednern angegriffen wurde, vielmehr tadelte man den Vorstand deshalb, weil er den von ihm gestellten Antrag auf Gehaltserhöhung nicht vor der Konferenz bekanntgegeben habe, damit die Mitglieder dazu hätten Stellung nehmen können. — Nachdem die Diskussion über diesen Punkt geschlossen war, nahm die Versammlung Stellung zur Maßfeier. Der Vorsitzende Thöns bemerkte hierzu, die Beteiligung an der Maßfeier habe von Jahr zu Jahr zugenommen, es sei selbstverständlich, daß die Kollegen auch in diesem Jahre den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, wenn auch der Verband der Baugeschäfte wie früher so auch in diesem Jahre beschloß, jeden Arbeitnehmer, der am 1. Mai feiert, am 2. Mai auszusperrn. — Nach kurzer Besprechung nahm die Versammlung eine vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution an, welche besagt: Die Versammelten sind der Ansicht, daß der 1. Mai nach wie vor als Feiertag zu begehen ist. Jeder Kollege hat in der Versammlung zu erscheinen, die am Vormittag des 1. Mai in der Vorbereitungsstatistik. Die Ausgabe von Mailarten unterbleibt, die Beteiligung an der Maßfeier wird durch Stempel im Verbandsbuche bescheinigt. Am 2. Mai findet keine Kontrolle statt, wer länger als bis zum 3. Mai ausgesperrt wird, hat sich zur Kontrolle zu melden.

Herr Schlächtermeister Gerig, Waldstr. 2, ersucht uns mitzutellen, daß er nicht, wie in einem in Nr. 78 des „Vorwärts“ abgedruckten Bericht aus einer Schlächterversammlung behauptet wurde, seine Gesellen verpflichtet habe, bei der Krankenkassenwahl gegen die Verbandsliste zu stimmen. Auch die in Frage kommenden Gesellen bestätigen uns, daß an sie niemals ein solches Ansinnen gestellt wurde.

Eingegangene Druckschriften.

3. Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsrates Magdeburg für das Jahr 1903. 95 S. Selbstverlag.
Der Seemann, Monatschrift für pädagogische Reform (Schriftleiter Kurt Göbe). I. Jahrgang 1905. Geh. M. 6.—, in Leinwand geb. M. 6.—, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig.
Otto von. Die Fortbildungsschule für Mädchen. Leipzig. B. G. Teubner. Preis geb. M. 0,60.

Wasserstand am 17. April. Elbe bei Ruffy + 1,09 Meter, bei Dresden + 0,42 Meter, bei Magdeburg + 2,07 Meter. — Unstrut bei Stranitzsch + 2,27 Meter. — Oder bei Kalbitz + 2,30 Meter, bei Veslau Oberpegel + 5,10 Meter, bei Veslau Unterpegel — 0,42 Meter, bei Frankfurt + 1,76 Meter. — Weichsel bei Braumünde + 4,14 Meter. — Warthe bei Polen + 1,00 Meter. — Nege bei Uth 0,00 Meter.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 19. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Orpheus und Eurydike.
Schauspielhaus. Die drei Missethäter.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Westen. Die vier Grobiane.
Berliner. In der Sommerfrisch'n.
Leistung. Der einsame Weg.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Der Militärstaat.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.)
Hellas. Jäger und Cleopatra.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Kleines. Hille Bobbe. Der Unverschämte.

Neuburg. Der Prinzegehl.
Zentral. Der Bettelstudent.
Trianon. Loulou.
Schauspielhaus. Die drei Missethäter.
Thalia. Hochparterre links.
Zentral. Der Salonhörer.
Metropol. Der Totenschüler.
Walhalla. Einer von uns ist der Welt!
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.

Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin.
Spezialitäten.
Carl Weiß. Die Jagd ums Leben.
Folies Caprice. Der Schmod.
Dalles u. Co. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Eretischer Sänger.
Vossage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Im Lande der Winternachtsstunde.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Wolff. d. Schillerjäger.
Conrad Dreher
In der Sommerfrisch'n.
Freitag: In der Sommerfrisch'n.
Sonntag: Amerikaner.
Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Protzenbauer.
Abends 8 Uhr: Amerika-oppel.

Neues Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Caesar und Cleopatra.
Freitag: Ein Sommernachtsraum.
Sonntag: Caesar und Cleopatra.
Sonntag: Ein Sommernachtsraum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Unverschämte.
Hille Bobbe.
Zum Schluss: Die Schlangendame.
Freitag: Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Theater des Westens

(Station Zoologischer Garten)
Kantstraße 12.
Abends 7 1/2 Uhr:

Die vier Grobiane.

Freitag: 23. Vorstellung im Freilag-Abonnement: Die vier Grobiane.
Sonntag nachm. 3 Uhr kleine Preise: Aennchen von Tharau.
Abends 7 1/2 Uhr: Schützenlied.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Pr.: Die Hugenotten.
Abends 7 1/2 Uhr: Die vier Grobiane.

Komische Oper.

Donnerstag, den 19. April 1906, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Don Pasquale.
Sonntag zum 100. Male: Hoffmanns Erzählungen.

Zentral-Theater.

(Operette) 8 Uhr:
Bettelstudent.

Luisen-Theater.

Beneft für Mutter:
Der Salonhörer.
Freitag: Robert und Bertram.
Sonntag: Der Salonhörer.
Sonntag nachm.: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Der Salonhörer.
Montag: Der Verschämte.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 108. Male:
Der Prinzegehl.

Liebeskunst.

Sonntag, 22. April, nachm. 3 Uhr:
Die Höhe des Löwen.

Urania Taubenstr. 48/49.

4 Uhr: Im Lande der Winternachtsstunde.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Deutsch-Amerikanisch-Theater. Köpenickerstr. 67/68.

Jeden Abend 8 Uhr:
Er und Ich

Apollo-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Elfenstücke

von Teilheim. Musik von A. Ferron.
Die glänzenden Spezialitäten und: Das bummelnde Berlin.

Am 3. Bild: La matschliche.
Sonntag, den 22. April, nachm. 3 Uhr: Familien-Vorstellung. Erm. Preise! Wenns auf Erden u. Spezialitäten.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr:
Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr:
Das originelle April-Programm.
Lucie König
Vortrags-Soubrette.
Marka Freya,
Excentrique.
Teddi-Trio
Trampolin-Akt.
Ferner 14 neue Spezialitäten.

Folies Caprice

Badspester Possen-Theater
Linienstr., Ecke Friedrichstr.
Dalles & Co.
Vorher:
Komiker Schnitzel.
Anf. 8 Uhr. Kasse d. gang. Tag geöffnet. Vorher: F. Wertheim.

WINTERGARTEN

TORTAJADA

Spanische Tänzerin und Sängerin
außerdem
das
glänzende April-Programm.

Carl Weiß-Theater.

Str. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Jagd ums Leben.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Der Edelhof
oder: Durch Kindesliebe verschüt.
Vollständiges in 4 Akte v. H. Böde.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Sonntagabend Extravorstellung: Ein gebrochenes Herz.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Garten-Konzert

Theater, Spezialitäten

Am Saal Extratanz. Or. Langmuß.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Saal.

Kasino-Theater

Lothefingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Donnerstag, den 26. April:
Die Herren Söhne.

Freitag, den 27. April, zum erstenmal: Madame Bonivard.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Luftspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Meyer und Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Helden.
Komödie in 3 Aufzügen von Bernard Cham. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2 Teil).
Sonntag, abends 8 Uhr:
Helden.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
17./18. Abteilung
Kater Lampe | Der Meister.
von Emil Rosenow. | Komödie von Hermann Bahr.

Montag, den 23. April 1906, abends 8 1/2 Uhr,
12./13. Abteilung im Carl Weiß-Theater:
Emilia Galotti.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

15. Kunst-Abend

im Rathaus am Freitag, den 20. April:
Der Dichter und Musiker
Peter Cornelius.

Dr. Leopold Hirschberg, Dozent an der Humboldt-Akademie.
Billets a 30 Pf. in den bekannten Zahlstellen.
228/16
Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps (Oekonom: E. Niemann) am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Heute und folgende Tage, auf kurze Zeit:
Populäres Konzert

Johann Strauß aus Wien

Dirigent der k. u. k. Österreich. Hofballmusik
mit seiner gesamten Kapelle.
Anf. 8 Uhr. Entrée 50 Pf., Reserv. Pl. 1 M., Numer. Tisch 1,25 M.
Billets im Vorverkauf bei Bote u. Bock, Wertheim, Leipzigerstraße, und in den mit Plakaten belegten Zigarrengeschäften.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!

Es ist Zeit, daß Sie Lokale für ihre bevorstehenden Dampfpfeifen abschließen!
Restaurant „Waldhaus“,
Rauchfangwerder bei Zeuthen, hat alle 3 Pfingstfeiertage, Sonnabende im Juni u. Juli für gr. u. kl. Fabriken, sowie Sonntags 1., 8., 15. Juli, 5., 12., 19. August, die gr. Säle noch zu vergeben. Dampfer jeder Größe u. Anzahl zu verm. Um Besichtigung und rechtsseitigen Abschluß bittet
Der Inhaber Karl Römisch.

Wirkliche Freude bereitet Ihnen nur ein dauerhaftes erstklassiges Solidaria-Fahrrad.

Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen Teilzahlungen.
Anzahlung Mk. 20, 20 bis Mk. 50; Abzahlung monatlich Mk. 8 bis Mk. 15. Billige Reizebäder geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 55. an. Auch Zubehörteile wie Laufdecken, Luftschläuche, Laternen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am billigsten. Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 456.

Die Möbel-Fabrik

von
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Stilart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Rulante Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

Große Berliner Kunstausstellung 1906

im 115/7*
Landesausstellungspark

Saisonkarten a 6 Mark.
Verkaufsstellen: Pfortner des Ausstellungsparkes (kleine Pforte Alt-Moabit), Thormeyer, Zigarrengeschäft, Königgrätzerstr. 123, 12 Filialen der Zigarrenfabriken J. Neumann.

Eröffnung: Sonnabend, den 28. April 1906.

Nur noch wenige Tage!

Zirkus Busch.
Um 8 1/2 Uhr! Neu!
70 dressierte 70
Eisbären
unter persönlicher Vorführung
des Herrn Hagenbeck.
Herr Ernst Schumann
Neudressuren und die vorzüglichsten Programmnummern.
Zum Schluß zum 157. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
Indien.
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, 19. April 1906:
Abonnement-Gastspielvorst. des
Bernh. Rose-Theaters
Eine Gefallene
oder: Ein Kind der Liebe.
Orig.-Sollst. in 3 Akte v. Reiffinger.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorzugsstellen haben Vorrang.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr: Loulou.

Belle-Alliance

Eintritt 50 Pf. Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Klauenbüch: Heinz Buda
der Sänger mit der Leute und
das neue glänzende
April-Konferenz-Programm.

Sanssouci Kottbusser

Str. 4a.
Dr. Wilhelm Reimer.
Sonn., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Hochinteressantes, stets
neues Programm.
Theaterstücke, Ensemble-
szenen usw.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang
Bodenlags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Neu eröffnet!

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechselnd. Anormitäten-Prgr.
Neu! Die Hungerfelder. Neu!
Soziales Bild aus dem Leben.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Gustav Behrens

Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.
Das vorzügliche April-Programm!
Neu!
Die weibliche musikalische
Rückkompagnie.
Coffe mit Gesang und Tanz.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Größter Erfolg
des neuen
Spezialitäten-Prgr.

Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Orts-Krankenkasse

der Maler.
Montag, den 23. April 1906,
abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
der Delegierten
in den
Reminshallen, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung: 1. Kassen-
bericht per 1905. 2. Antrag der
Kassenbeamten: Erhöhung des Grund-
gebühres. 3. Bericht d. 3.
1905 Der Vorstand.

Hochsensationell! Belebend!

Wissenschaft und Verbrechen.
Tägliche wechselnde Projektions-
Vorträge aus der gerichtlichen
Medizin in Karl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 112a,
am Oranien. Tor
I. Serie
Mord- oder
Selbstmord?
Außerdem 2000
Numm. Volks-
krankheit u. d.
Bekämpf. Anat.
Samariterlehre
Entree 30 Pf. Sold. u. Kind 20 Pf.
Sämtl. Räum. mit Vortrag ohne
Nachzahlung 60 Pf.

Villa m. 2 Morgen gr. Obstg.

3. Teil fest verm. l. Riefen-
geb. b. Bad Warmbr. f. 22 b. ca. 3000
Mark. Kauf, bald zu verk. Off. D. 3
Erpedition dieser Zeitung. 206/18

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C., 69394*

30. Finien-Str. 30.

Alle Brustbänder mit elastischen Be-
lotten, angenehm u. weich am Körper.

Dr. Schünemann

Spezial-Prakt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonn- 10-12 Uhr.

Zahn-Klinik.

Preis-
beständige Teil-
zahlung.
Invaliden-
straße 145.
Olga Jacobson,

Inventur-

Ausnahmepreis!

Reichgestieckte

Portieren

abge-
paßt
Die ganze
Dekoration
(bestehend aus 2 Flügeln und
1 Querbehang)
in
schwer. Wollserge 3⁸⁵(Wert
6,50)
in Viktoriatuch . 4⁸⁵(Wert
7,50)
in Leinenplüsch 6⁸⁵(Wert
10,00)
in hell Empire 10⁸⁵(Wert
18,00)
Einkl. Partie Wollportieren, 90 cm
breit, mit allerliebster Blumen-
kante per Meter . . . 68 Pf.
(Wert 1,25 Mk.)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extrakt

gratis
und der
soeben erschienenen
Katalog 1906
und
franko

Berliner Spar- und Bauverein

eingetragene Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
Sonntag, den 29. April 1906,
vormittags 9 Uhr, in den
Sophien-Sälen, C., Sophien-
General-Versammlung.
Vierzehnte ordentliche

Tages-Ordnung:
1. Erstattung des Geschäftsberichts
unter Vorlegung der Bilanz nebst
Gewinn- und Verlust-Berechnung für
das Jahr 1905. 2. Bericht der Re-
visions-Kommission. 3. Beschluß-
fassung über die Genehmigung der
Bilanz und Verteilung des Gewinnes.
4. Neubahlen zum Aufsichtsrat. 5. Be-
schlußfassung über den Bericht des
Verbandsreferenten über die am 18. Fe-
bruar d. J. vorgenommene Revision.
6. Bericht über den Verband der auf
der Grundlage des gemeinschaftlichen
Eigentums stehenden deutschen Bau-
genossenschaften. 7. Beschlußfassung
über den Gesamtbetrag, welchen An-
teiler der Genossenschaft und Spar-
einlagen bei ihr nicht übersteigen sollen.
8. Beschlußfassung über die Aus-
scheidung von künftigen Genossen.
Die Bilanz, sowie die Gewinn- und
Verlust-Berechnung für das Jahr 1905
sind in der Geschäftsstelle, Säkungen-
straße 8, einzusehen. 1905
Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Roscher.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.

Am **Freitag, den 27. April**
1906, abends 8 Uhr bezw. 8 1/2 Uhr,
findet in Dräsel's Festsaal, Neue
Friedrichstraße 85, die

Ordentliche General-Versammlung

statt, zu der die für 1906/1907 ge-
wählten Vertreter hiermit ergebenst
eingeladen werden.
Um 8 Uhr:

Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:
Wahl eines Vorstandsmitgliedes für
den Rest des Jahres 1906 an Stelle
des ausgeschiedenen Herrn Rosenfeld.
Um 8 1/2 Uhr:

Versammlung sämtlicher Vertreter.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung
pro 1905. 2. Bericht des Prüfungs-
ausschusses und Entlastung des Vor-
standes. 3. Definitive Festsetzung des
Beitrages der Arbeitgeber. 4. Defi-
nitive Anstellung von bisherigen
Hilfsarbeitern. 5. Die Errichtung
eines diagnostischen Instituts. 6. Mit-
teilungen des Vorstandes. 272/20
Berlin, den 18. April 1906.
Der Vorstand, Wilh. Piehl, Vors.

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Donnerstag, den 26. April 1906,
abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's
Festsaal, Neue Friedrichstraße:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung für
das Jahr 1905.
2. Bericht der Kassieren.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
273/1
Der Vorstand,
J. H.: F. Josowski.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein gewerblicher Arbeiter.

Sonabend, den 21. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag
des Herrn Dr. med. Davidsohn
über: „Das Licht in der Heilkunde“.
2. Kassenbericht pro I. Quartal 1906.
3. Verschiedenes. — Gäste willkommen.
Friedr. Froudonreich, Vorsitzender.
S. 50, Köpenickerstr. 17 IV.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg

Freitag, den 27. April 1906, abends
8 Uhr, in der Schloßbrauerei,
Dauptstr. 112/114:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes
(Arbeitnehmer). 272/19
2. Geschäftsbericht.
3. Bericht der Revisionskommission
und Entlastung des Vorstandes
und des Geschäftsführers.
4. Bericht in der Bauangelegenheit.
5. Statutenänderungen.
6. Verschiedenes.
Schöneberg, den 17. April 1906.
Der Vorstand.
E. R. A. m. e., Vorsitzender.
F. G. e. i. f., Schriftführer.



Langjährige Erfahrung hat uns gelehrt, dass milder, lieblicher
Geschmack eine der hervorragendsten Qualitäts-Eigenschaften
feiner türkischer Cigaretten ist. Wir haben aber auch gelernt,
dass milder Geschmack ohne Einbusse an Aroma nur erreicht
werden kann durch sachkundige Mischungen der sorgfältigst ge-
wählten reifen Blätter türkischen Tabaks, zusammengestellt in
genau harmonischem Verhältnis. Wir sind sicher, dass jeder
Kenner welcher

JOSETTI CIGARETTEN

probiert, zu der Ueberzeugung gelangen wird, dass wir in unseren Mischungen
es erreicht haben, feinen, milden Geschmack mit köstlichem, qualitativem
Aroma zu verbinden. Josetti-Cigaretten sind deswegen aussergewöhnliche
Cigaretten nach jeder Richtung hin. Sie repräsentieren nicht allein den besten
türkischen Tabak, welchen wir zu kaufen wissen, und nicht nur die sach-
verständigste Fürsorge in der Behandlung desselben, die man obwalten lassen
kann, sondern auch sachkundig zusammengestellte und daher vollkommene
Mischungen, die nur durch unermüdete Aufmerksamkeit verbunden mit
kritischer Beurteilung erreicht werden können. Es sind die Mischungen,
welche den Josetti-Cigaretten ihren eigentümlichen, hochfeinen, qualitativollen
Geschmack geben.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Josetti

Zug mit für Josetti-Cigaretten bestimmtem
Tabak beladenen Packern.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Freitag, den 20. April 1906, abends 8 Uhr, in den „Industrie-Festsaal“, Reuthstr. 19-20:

Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1906. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Verbandsangelegenheiten
und Verschiedenes.

Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand. J. H.: Karl Heidemann.

Ortskrankenkasse der Drehler u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Die ordentliche 12538
General-Versammlung
findet am

Donnerstag, den 26. April 1906,
abends 7 1/2 Uhr,

im **Dresdener Garten, Dresdener-**
str. 45, statt, wozu die Herren Ver-
treter hiermit eingeladen werden.
Tages-Ordnung: 1. Wahl von
2 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber,
1 Arbeitnehmer). Die Wahl findet
für die Herren Arbeitgeber und Arbeit-
nehmer getrennt statt.
Hierauf um 8 1/2 Uhr für sämtliche
Vertreter: 2. Jahresbericht. 3. Be-
richt der Kassieren. 4. Statuten-
änderung (§§ 13 a. 3; 41, Abs. 1 u.
2; 62, Abs. 1). 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.
J. H.: G. Tiedt, Vorsitzender.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr, im Lokal von Augustin,
Oranienstraße 103:

Versammlung

aller in Deckenbaugeschäften beschäftigten Hilfsarbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Die Vertreterfrage. 3. Die Kassenfrage. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am **Sonntag, den 22. April, Urania - Vorstellung**
vormittags 10 Uhr, findet eine
statt. „Am Wolf von Neapel“ wird gegeben.

Billets sind auf dem Bureau zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinsen-
str. 41,
Spezialarzt für 29/14
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Suche zu besten Verhältnissen überall
Geschäftsleute, Händler u. Hausierer.
291/19 Fr. Neumann-Hofer, Kaffe 1.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, 19. April, abends 5 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstraße 20:

Branchen-Versammlung der Stuarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Larifisches. Referent: Kollege B. Bruck.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 23/18
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Vertrauensmann.

Zentralverband der Steinarbeiter

Berlin I.

Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“,
Alexanderstraße 27c:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Waifeler. 2. Bericht vom Verbandstage
in Nürnberg. 3. Verschiedenes. 172/12*
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kraftturner! Achtung!

Athleten! Artisten und Ringkämpfer!
Sonntag, den 22. April 1906, nachmittags 2 Uhr,
im Lokale von Anton Becker, Reberstr. 17:

Deffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
Was beschäftigt und bezweckt der Arbeiter-Athleten-Bund
Deutschlands? Referent: Paul Lüttin.
Freie Aussprache.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht aller Sportgenossen, zu
erscheinen. J. H.: Franz Keller.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren
Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**
Engros-Vertrieb: **Roman Talbot, Berlin S.**

Alte Alter der Frau nicht mehr festzustellen war. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Wegen einer großen Spiritusexplosion wurde am Dienstag nachmittag die Feuerweh... in der Luchenderei von W. u. S. Löwenthal...

Der Landesausstellungspart wird zusammen mit der Großen Berliner Kunstausstellung am Sonnabend, den 28. April, eröffnet.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Bilderschaft der Technischen Hochschule zu Berlin.

Unterrichtskurse für Arbeiter, veranstaltet von der freien Studentenschaft der Universität Berlin. Sommer 1906 (4. Halbjahr).

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Verführerischer Familienvater. Seit dem 4. d. M. wird der 34jährige Drechsler Paul Ohlmeier aus der Berlinerstr. 85 in Rixdorf vermisst.

Ein mysteriöser Todesfall hat sich am zweiten Feiertag im Rixdorfer Untersuchungsgefängnis ereignet. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise hat sich der 63 Jahre alte, aus Schiffsgelegen gebürtige Geschäftsmann Ernst v. Frischmann erschossen.

Der 'Vollst-Feintag' wird von anderer Seite folgende Darstellung des Vorfalles gegeben: Gegen Abend, kurz nach 8 Uhr, klopfte v. Frischmann an seine Zellentür...

Charlottenburg.

Der Magistrat von Charlottenburg ersucht um folgendes mitzuteilen: Die Stellensmittlung für weibliches Hauspersonal, welche als Wichtigste des städtischen Arbeitsnachweises...

Röpenitz.

Nach zehn Monaten exhumiert. Ein seltsamer Fall beschäftigt zurzeit die Untersuchungsbehörde in Röpenitz. Vor einiger Zeit traf bei der dortigen Polizei ein anonymes Schreiben ein...

Hermisdorf.

Zwei Selbstmorde in der Hermisdorfer Heide. Aus dem Sanatorium 'Jungborn' in Hermisdorf war vor einigen Tagen die hochgradig nervöse 52jährige Frau eines Berliner Kaufmanns entwichen.

Töppchin (Kreis Lettow).

Ein Eldorado für ausländische Arbeiter scheint das ungefähr 1000 Einwohner zählende Dorf Töppchin zu sein. Nach einer Notiz des 'Teltower Kreisblattes' herrscht dort gegenwärtig eine Wohnungsnot...

Spandau.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Maurergewerbe in Spandau und Umgegend sind neu geregelt. Es ist mit den Arbeitgebern ein Vertrag abgeschlossen...

Vermischtes.

Wenn der Bourgeois reist

Ist nach jeder Richtung hin für seine Bequemlichkeit gesorgt. Benutzt er die Bahn, so stehen ihm mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattete Wagen der ersten Klasse zur Verfügung...

St. Bureaucratius im Postwesen. In Zeit befindet sich im Lokale eines bekannten Genossen das Zentralreklamebureau für den Ausfall im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

weitere seine Fafzet! So geschahen im Jahre des Heils 1906 im mittlereen Deutschland unter dem Zeichen des Verlehrs!

Sarah Bernhardt in Texas. Auf ihrer Gastspielreise durch die Vereinigten Staaten kam Sarah Bernhardt Ende März auch nach Dallas in Texas. Der Theatertrupp, von dem sie sich nicht ausbeuten lassen wollte...

Vom Vesuv. Nacheregen wird nur aus Somma Vesubiana gemeldet; nachgelassen beziehungsweise ganz aufgehört hat derselbe in St. Anafania, Ottajano und Cereola.

In Ottajano wurden laut telegraphischer Meldung aus Neapel zwei Greise im Alter von 84 und 84 Jahren noch lebend unter den Trümmern herorgezogen.

Der in Ottajano durch den Ausbruch des Vesubs angerichtete Schaden wird auf 15 Millionen Lire geschätzt.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Rastau-Ludau. Ortsverein Berlin. Donnerstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung bei Wehnacht, Grünstraße 21.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Wochentag: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefkasten und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen.

Schulden. Ein Schuldchein ist auch gültig, wenn er nicht gestempelt ist. Die unterlassene Stempelung kann aber Strafe nach sich ziehen. Die Höhe des Stempels hängt von der Höhe der Summe ab.

3. Rein. Sie möchten Ihren Brief auffordern, das Ungelegte zu entfernen, ihm anzuheften, falls innerhalb einer angemessenen Frist dies unterbleibt, würden Sie durch einen Kammerhüter auf keine Kosten die Beseitigung vornehmen lassen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. Rindfleisch Ia 64-66 pr. 100 Pfund, Ia 54-63, IIIa 40-52, IVa 40-48, engl. Bullen 00-00, dan. Bullen 00-00, holl. Bullen 00-00.

Witterungsüberblick vom 18. April 1906, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur, etc. Rows include Berlin, Hamburg, Frankfurt, etc.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 19. April 1906. Etwas kühler, ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen nördlichen Winden.